

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Kolonien-
seite oder deren Raum 50 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Schluß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Kulturpolitik?

(Schluß)

Nachdem Genosse Bernstein uns durch Zitate zu widerlegen versucht hat, kommt er uns auch mit Tatsachen. Aber diese Tatsachen sind leider nur ebensowenig beweiskräftig, wie seine Zitate.

Daß Kolonialpolitik auch wahrhafte und notwendige Kulturpolitik sein könne, beweise das Vordringen Oesterreichs in Bosnien und der Herzegovina, Frankreichs in Tunis und Englands in Ägypten. Namentlich Englands Kulturwirken in Ägypten wird gefeiert. Sei doch durch England die Lage des Nillands erleichtert, eine geordnete Verwaltung eingeführt und ein Kulturwert wie das Stauwerk zu Assuan geschaffen worden. „Bildet sich jemand ein“, fragte Bernstein, „daß die Paschaherrschaft das zustande gebracht hätte?“

Diese Frage Bernsteins beweist, wie wenig er die Geschichte Ägyptens im neunzehnten Jahrhundert kennt! Gerade Ägypten entwickelte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine politische und ökonomische Regsamkeit, die geradezu außerordentlich genannt werden muß. Wenn Bernstein auf die Nilpferde bei Assuan verweist, durch die Sumpfböden in fruchtbares Land verwandelt worden sind, so braucht demgegenüber nur auf die Tatsache verwiesen zu werden, daß Mehemed Ali in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts durch gewaltige Kanalbauarbeiten unvergleichlich Größeres leistete. Vermehrte er doch die 2 1/2 Millionen Morgen urbaren Landes, die 1805 vorhanden waren, auf 6 1/2 Millionen Morgen im Jahre 1840! Auch mit dem Gedanken der Durchstechung des Isthmus beschäftigte sich bereits der 1848 gestorbene Mehemed Ali. Daß der Bau des Suezkanals unter seinem Nachfolger sich verzögerte, lag nicht an der Paschaherrschaft, sondern an den Querstreben der Mächte, namentlich Englands! Die Eingriffe der Mächte verhinderten auch die gewaltige Expansion Ägyptens, dessen siegreiche Heere Syrien unterworfen hatten und sogar Konstantinopel bedrohten! Man sieht, wie sehr gerade Ägypten „hinter der Geschichte liegen geblieben“ war. Wichtig ist, daß Mehemed Ali ein Despot war, daß er die Fellachen bis aufs Blut ausfog. Ob aber diese Ausbeutung eine so viel schlimmere war, als die Bauernausbeutung unter Friedrich dem Großen, darüber dürfte sich noch streiten lassen!

Es würde zu weit führen, alle die Tatsachen im einzelnen aufzuführen, die beweisen, daß die „Paschaherrschaft“, die wir ja nicht verherrlichen, sondern nur gegen Bernsteins unverständliche Heringschälerei in Schutz nehmen wollen, auch auf dem Gebiete der Verwaltung, der Justiz und des Schulwesens gar mancherlei geleistet hat. So besaß Ägypten unter Mehemed Ali 110 von der Regierung unterhaltene Schulen, deren 9000 Schüler auf Staatskosten vollständig unterhalten wurden. Ägypten besaß damals nur drei Millionen Einwohner. Auch studierten 1840 über hundert Ägypter an der Pariser Universität. Und wie Konrad Neumann in seinem Werke: „Das moderne Ägypten“ erwähnt, war es um die öffentliche Sicherheit so gut bestellt, daß es zum Sprüchwort geworden war, daß man mit einem Sack Goldes in der Hand von Kairo bis Chartum gehen könne, ohne belästigt zu werden.

Man sieht, Bernsteins Frage verrät wirklich keine allzu genaue Sachkenntnis!

Zugegeben soll werden, daß auch die Lage der Fellachen, deren Sehung sich auch vor der englischen Okkupation verschiedene Paschas angelegen sein ließen, etwas gehoben hat. Doch stimmen gerade die Kenner des Landes darin überein, daß sie noch immer eine höchst traurige ist. Das versteht sich von selbst, denn das englische und internationale Kapital will in Ägypten Geschäfte machen, aber keine Kulturmission erfüllen. So hat England den Baumwollbau künstlich forciert, den Tabakbau aber einfach verboten, um den importierten Tabak mit einem Zoll belegen zu können, der 1904 26 Millionen Mark einbrachte. Nach alledem ist es mindestens fraglich, ob Ägypten sich nicht noch kräftiger vorwärts entwickelt hätte, wenn es nicht fortwährend von den Mächten daniedergehalten und schließlich von England okkupiert worden wäre.

Von einer Unkenntnis der Dinge zeugt auch die Behauptung Bernsteins, daß die Kolonialpolitik inzwischen humaner geworden wäre. Englands Kriege in Südafrika, im Sudan, in Indien; die holländischen und französischen Kolonialkriege, der Boxerkrieg und nicht zuletzt auch die deutschen Kolonialkriege haben das Blut der Eingeborenen in Strömen vergossen. Zehntausende von Menschenleben sind in Südafrika geopfert worden, Zehntausende in Kamerun und Ostafrika. Und das Ende dieser blutigen Schlächtereien ist hier nicht abzusehen!

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, selbst wenn der koloniale Optimismus Bernsteins ebenso berechtigt wäre, wie er unberechtigt ist: die Sozialdemokratie hat die Kolonialpolitik nicht von einem ideologischen humanitären oder allgemeinen „Kultur“-Standpunkte aus zu beurteilen, sondern vom Standpunkte ihres Klasseninteresses aus!

Dies Klasseninteresse gebietet aber dem Proletariat die nachdrücklichste prinzipielle Bekämpfung der Kolonialpolitik!

Wenn schon die wertvollsten Kolonien, wie Britisch-Indien und Algier für das Mutterland keinen wirtschaftlichen Vorteil bedeuten — was ja Bernstein verschiedentlich selbst zugegeben hat! — um wieviel weniger erst die kleinen Kolonien! Den Vorteil von der Kolonialpolitik hat nur das Kapital, das, statt das Inland zu befruchten, in die Kolonien auswandert — man erinnere sich der Ausführungen von Kols! Die Massen müssen die Kosten für die Kolonialpolitik aufbringen! Hinzu kommt, daß die Kolonialpolitik die Weltpolitik gebiert, die ungeheuren Marinelaften, daß die Weltpolitik die Mächte untereinander verfeindet! Die Weltpolitik verschärft das Schutzollsystem, das die normale Entwicklung der Industrie verhindert und die Massen ausbeutet. Der imperialistische Kampf um die Futterkrippe für das ausbeutungslüsterne Kapital stärkt im Innern die Reaktion und lähmt den proletarischen Klassenkampf! Darum gibt es für das sozialistische Proletariat nur die eine Lösung des schärfsten, unverjährlichen, prinzipiellsten Kampfes gegen die Kolonialpolitik.

Nun gibt es allerdings auch innerhalb der Sozialdemokratie einige Leute, die die Umwälzung der Gesellschaft nicht vom proletarischen Klassenkampfe erwarten, sondern von dem unbegrenzten Sichausleben des Kapitalismus, dessen Entwicklungsmöglichkeiten noch lange nicht erschöpft seien. Diese guten Leuten vergessen nur, daß unter solchen Umständen manche Länder, die heute an der Spitze der Entwicklung marschieren, gar leicht auch einmal ins Hintertreffen geraten können. Denn schließlich haben Amerika, Rußland und China ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten als Deutschland, Frankreich und England. Soll aber etwa die Sozialisierung der Gesellschaft vertagt werden, bis der ganze Erdball alle Stadien der kapitalistischen Entwicklung durchlaufen hat?

Ein paar Worte über die praktische koloniale Reformarbeit, auf die unsere Revisionsisten auf einmal ein so großes Gewicht legen. Warum haben sie denn nicht selbst bisher solche Reformarbeit geleistet? Statt an den sozialistischen Grundfragen so emsig zu revidieren und an Kongreßbeschlüssen teilmüßig zu deuteln und zu drehen, hätten sie ja die kolonialen Verhältnisse studieren, ein koloniales Reformprogramm entwerfen können! Wenn sie jetzt stolz auf ihr „Programm“ verweisen, das gemeinnützige Arbeiten, hygienische Maßnahmen, Errichtung von Schulen usw. verlangt, so ist das nichts als ein wohlfeiles Plagiat an der Amsterdamer Kolonialresolution! Uebrigens erklärte von Kol selbst in Amsterdam, daß positive Maßnahmen sehr schwer vorzuschlagen seien, weil die kolonisierten Länder nach ökonomischer Entwicklung und Masse zu verschieden seien. Genau könne man deshalb die positiven Maßnahmen noch nicht angeben. Also! Mögen sich die kolonialen Reformisten erst einmal auf die Hosen sehen!

Die Marxisten speziell in Deutschland haben bisher ihre Schuldigkeit in der Bekämpfung der kolonialen Greuel und Ausbeutung getan; sie werden sie auch ferner tun. Aber es wird ihnen deshalb nicht einfallen, die wichtigste Aufgabe irgendwie zu vernachlässigen: die nachdrücklichste, prinzipiellste Führung des Klassenkampfes im eigenen Lande! Denn die möglichst rasche Ueberwindung des Kapitalismus ist und bleibt das beste Mittel zur Ausrottung auch des kolonialen Unrechts!

Das Spiel der Kamarilla.

Als Mitte Juni der „Kampf der Kamarillen“ tobte und jede die Eulenburg-Affäre zur Ratschung der Gegenpartei auszunutzen suchte, schrieben wir, daß Bülow neben der Eulenburg-Clique einen weit gefährlicheren Gegner an einer dritten Clique habe: an der Minister- oder richtiger der Bureaokratenclique, die wir folgendermaßen charakterisierten: „Sie sieht die Ueberflüssigkeit der gewaltigen Methode bei dem Verfall der bürgerlichen Parteien in Deutschland ein. Ihre Macht ist genügend gesichert durch ein Kartell der reaktionären Parteien, der Konservativen, Nationalliberalen und vor allem des Zentrums. Sie ist konsequent und wünscht für das Reich dieselbe Politik wie in Preußen. Sie hat Bülow und seine diplomatischen Rädchen... Seine Methode widerspricht nach ihrer Ansicht der borniert-preußischen, junterlichen Tradition, die auch nur das bloße Heucheln liberaler Anwendungen verschmäht und in der Tat bei der Bedeutungslosigkeit der Liberalen diese Heuchelei auch nicht nötig hat.“ Und da diese Clique nach Bülows Sieg fortbestand, versichern wir, daß das Intrigenpiel bei nächster Gelegenheit seine Fortsetzung finden werde. Diese Voraussage hat sich sehr schnell erfüllt.

Vor einigen Wochen erschien eine Flugschrift des Schriftstellers Adolf Brand in Wilhelmshagen, in der behauptet wurde, hinter der Hardenbergschen Intrige gegen den Fürsten Eulenburg habe Fürst Bülow gesteckt, und nur weil sich Herr Scheel, der Besitzer des „Berliner Lokal-Anzeiger“, in seinem Edelmut nicht zu der Prekampaagne gegen die Hardenbergsche Tafelrunde hergeben wollte, sei sein Name in Mißkredit geraten und die „Tägl. Rundschau“ zum Kaiserblatt avanciert. Dann wurde erzählt, daß Geheimrat Schaefer dem Fürsten Bülow nach Nordsee gefolgt sei, von „glücklich verbrachten schönen Schaeferstunden“ gesprochen und schließlich die Frage aufgeworfen: „Wann wird dem Reich ein

Kanzler kommen, der keine Enthüllungen zu fürchten hat und der es darum wagt, dem Kaiser die Liste des Berliner Polizeipräsidiums vorzulegen, die, nach den Angaben im Reichstage, mehr als 20000 Homosexuelle enthält, die der Polizei als solche bekannt geworden sind?“

Wir haben damals dieses Flugblatt völlig ignoriert; denn da so manches an dieser schönen Erzählung nicht stimmt, vor allem die Motive, die den „Berl. Lokal-Anz.“ betrogen haben, sich gegen Bülow zu wenden und sich in den Dienst der oben gekennzeichneten Bureaokratenclique, die in dem Freiherrn v. Rheinbaben ihr Ideal erblickt, zu stellen, völlig unrichtig geschildert sind, so erschien uns die Erzählung des Herrn Brand als zu unwahrscheinlich, um ihre Erwähnung zu rechtfertigen.

Anderes dachte die Bureaokratenclique, der die Beratungen Bülows mit liberalen Parlamentariern in Nordsee höchst verdächtig erschienen, da sie das heutige Dreiklassenwahlrecht erhalten zu sehen wünscht. So tauchten denn in einigen kleinen Sensationsblättern allerlei Auspielungen auf Herrn Brands Behauptungen auf, bis plötzlich kürzlich nach jahrelanger Pause Herr Joachim Gehlsen „Deutsche Reichsglocke“ wieder erschien und in ihrer ersten Nummer sofort die Brandschen Erzählungen und Andeutungen nach allen Regeln der Kunst sensationell ausschaltete, und zwar in einer Weise, die deutlich die Absicht bekundete, in den sogenannten „allerhöchsten“ Regionen Aufmerksamkeit zu erregen.

Herr Gehlsen scheint nach den ihm von seinen Gömmern gewordenen Informationen so sicher auf Erfolg seines Artikels gerechnet zu haben, daß er in der gestrigen Nummer seines Blattes Bülow bereits als „gehenden Mann“ behandelte und den von ihm im voraus zum Reichskanzler beförderten Herrn v. Bethmann-Hollweg folgenden Begrüßungsgefang spendete:

Und als Herr v. Bethmann-Hollweg auf Nordsee erschien, um sich über den Stand des Blockades unterrichten zu lassen, da war Fürst Bülows Schicksal so gut wie besiegelt und er konnte seinem Nachfolger die Freundschaftshand um so wärmer drücken. Herr v. Bethmann-Hollweg hat als alter preussischer Beamter durch seine Karriere erwiesen, daß er ein kluger, resoluter, denkender Mann ist und hat sich auch das ganz spezielle Vertrauen des Kaisers erworben und seit langem erfreut. Offen wir, daß, wenn ihm auch die Bürde des Reichskanzleramtes angefallen ist, er auch im Sinne der großzügigen Politik seines kaiserlichen Herrn es verstehen wird, Deutschland und Preußen vor allen Differenzen zu bewahren, in politischer wie sozialer Richtung die Fahne der Einheit und Einigkeit hochzuhalten, dem Volke die Wohltaten zu schaffen, welche im Rahmen der monarchischen Verfassung zur Entwicklung von Freiheit und Patriotismus gegeben sind.

Doch Herr Gehlsen muß schlecht informiert worden sein, denn heute abend bringt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ folgende sensationelle Meldung:

Wie wir hören, wünscht der kaiserliche Staatskämmerer in Elsfleth mit Rücksicht auf sein Alter demnächst von seinem Posten zurückzutreten und hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Zum Nachfolger des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg ist der kaiserliche Vizekanzler in Wien Graf von Wedel ausersehen, der auf diesem Posten durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn von Tschirschky ersetzt werden soll. An die Spitze des Auswärtigen Amtes wird der kaiserliche Vizekanzler in Petersburg von Schoen treten.“

Ein Sieg Bülows! Herr von Tschirschky geht nach Wien und an seine Stelle tritt als Staatssekretär der gefügigere und mit Bülows Auffassungen mehr übereinstimmende Herr von Schoen.

Danach scheint die Hoffnung der Bureaokraten-Kamarilla, den Kanzler zur Strecke bringen zu können, sich diesmal noch nicht erfüllen zu sollen. Aber wie lange wird er sich des kleinen Sieges freuen? Unter dem persönlichen Regiment wechseln oft schnell die Entschlüsse.

Raumann als Erpresser!

Der nationalliberale Parteitag, der am 5. und 6. Oktober in Wiesbaden stattfand, hat kein neues Licht auf die Nationalliberalen geworfen. Sie bleiben, was sie waren: die unbedingteste Schutztruppe des Regierungsabsolutismus, die Feinde jeder demokratischen Entwicklung, Gesteigerter Militarismus und Marinismus, Ausnahmegeetze gegen die Polen, Begünstigung der gelben Gewerkschaften, Erhebung des Dreiklassenwahlrechts durch ein Verlassenwahlrecht, das ist so das Aktionsprogramm dieser angeesehenen Vertreter der Vereinigung von Großkapital und Großgrundbesitz. Sie haben daher durchaus recht, wenn sie sich als Kern des konservativ-liberalen Blocks bezeichnen, dessen Schale der Freisinn bildet.

Gerade aber auf den Freisinn fällt helles Licht durch die Reden, die die Nationalliberalen hielten, und wir können mit Befriedigung konstatieren, daß die Nationalliberalen sich unsere Kritik der Freisinnigen Volkspartei völlig angeeignet haben, wenn sie dieser Kritik auch ein wenig andere Worte leihen als wir. In einer „Volks“-Versammlung, die im Anschluß an den Parteitag stattfand, ließ sich der heilige Paasche also vernehmen:

„Erfreulich sei die Schwärzung, die die Linksliberalen gemacht haben. Man entsinne sich noch der Aeußerung Eugen Richters vor einigen Jahren, daß es keine verhängnisvollere politische gebe, als die Nationalliberalen. Heute klinge es aus freisinnigem Munde anders. Auf dem Berliner Parteitage hören wir eine so verständige Aeußerung, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand geben könne und sich mit dem Erreichbaren begnügen wolle. Das war immer unser Standpunkt... Wir werden nach wie vor nationale Politik treiben und freuen uns dabei be-

sonders, daß uns die freisinnigen Führer unter-
stützen."

Das ist genau das, was wir gesagt haben: Seit dem
Parteitag der Freisinnigen Volkspartei ist der Unterschied
zwischen Paasche und Wassermann einerseits, den Fischbeck,
Kopisch und Müller andererseits verschwunden! Der Freisinn
ist aus der Opposition abgefallen, und Herr Paasche, der
darin sachverständig ist, spricht ihn heilig. Allerdings: wunder-
liche Heilige, die sich ihre Heiligkeit durch perverse Paarungs-
brunnent erwerbten!

Fast könnte es sogar scheinen, daß Herr Paasche, der
Agrarier, noch mehr Mut findet, den Ueberagrariern entgegen-
zutreten, als die Freisinnigen entgegen. Vor den Folgen der
Wunderzölle wird selbst einem Paasche lange:

Wir freuen uns der jetzigen günstigen Konjunktur, die es
zuzugebracht hat, daß von einer Not der Land-
wirtschaft nicht mehr die Rede sein kann. Viel
eher könnte man die Frage aufwerfen, ob die Preise heute nicht
zu sehr gestiegen seien."

Nun, die Arbeiter haben diese „Frage“ längst beantwortet
und sie werden noch sehr energisch die Herren im Parlament
um die Antwort darauf drängen, was sie gegen den un-
erträglich hohen Stand, den die Getreidepreise heute in
Deutschland erreicht haben, zu tun gedenken!

Herr Paasche, daß die Herren von der freisinnigen Volks-
partei ganz nationalliberal gesprochen und gehandelt haben,
so stante ihnen der preussische Landtagsabgeordnete Schiffer
dafür sogleich den Dank ab. Zudem er über Raumann und
das „Berl. Tagebl.“ herfiel, erfüllte er das geheime Sehnen
der Fischbeck und Konforten.

Herr Raumann wahrlich nicht allzu konsequent und allzu
kühnen Wünsche, den Freisinn zur Erfüllung seines wichtigsten
Programmpunktes, des gleichen geheimen Wahlrechts in Preußen,
zu bewegen, charakterisierte dieser Nationalliberal bloßbrüder-
lich also:

„Was Raumann aber getan hat, das hat der Wahlrechts-
reform nicht nur nichts genützt, sondern direkt geschadet. (Sehr
richtig!) Es war eine Art Revolverpolitik, die weder liberal noch
loyal ist, und gegen diese Art und Weise, die nahe an Erpressung
grenzt, legen wir hiermit Verwahrung ein.“

Wir gestehen, wir beneiden Herrn Raumann und seine
Befinnungsgenossen in der Freisinnigen Volkspartei nicht um
die Gefühle, die sie haben müssen, während sie mit solchen
Leuten gemeinsam Politik machen! Die Reaktionen erparen
ihnen neuen Gefolgsleuten wirklich keine Demütigung,
keine Erniedrigung! Den Daumen auf dem Auge
und das Knie auf der Brust, so liegt der Freisinn am Boden!

Es ist charakteristisch, mit welchem Uebermut und mit
welcher abstrichlich propagierenden Unverschämtheit die Reaktio-
näre aller Sorten ihre Forderungen stellen, je näher die
Parlamentseröffnung rückt. Man hat dem armen
Freisinn gestattet, so lange die Sommerferien währen, mit
allerlei Hoffnungen seine Wähler einzulullen, nach dem
famosen Rezept des Freiherrn v. Zedlitz, den Liberalen ihre
Phrasen gnädigst zu verstaten. Die Ferien sind
jetzt vorbei, der liberalen Reden sind genug gewechselt, nun
läßt man das Volk die reaktionären Taten sehen.
Man kann es um so ruhiger tun, da die famose Taktik der
Freisinnigen Volkspartei die Herren im voraus darüber be-
ruhigt hat, daß sie sich keinen Zwang aufzuerlegen brauchen.

Alles mit dem Block, nichts mit der Sozialdemokratie —
bei dieser Parole der Fischbeck und Müller hat die
Reaktion im vornhinein gewonnenes Spiel,
und im Austrumpfen waren die Herren ja nie schüchtern.

Der nationalliberale Parteitag hat das Verdienst, die
Marheit über die Blockpolitik, von deren Verdunkelung der
Freisinn politisch lebt, noch vergrößert zu haben. Wer noch
eine Spur demokratischen Empfindens sich bewahrt, kann heute
nicht mehr im Zweifel sein, daß Demokratie und
Blockpolitik unversöhnbare Gegensätze sind.
Die Unterstützung der Blockpolitik ist Verrat an der Demo-
kratie!

Zehn Jahre jüdischer Arbeiterbund.

Am 8. Oktober 1907 begeht der Allgemeine jüdische Arbeiterbund
die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Im Herbst 1897 war es,
als sich die lokalen sozialdemokratischen jüdischen Organisationen, die
in zahlreichen Städten Litauens und Polens die sozialistische Arbeit
in den jüdischen Massen führten, zu einer einheitlichen Organisation
zusammenschlossen.

Die ersten geheimen Zirkel, in denen den besten Elementen der
jüdischen Arbeiterschaft der Sozialismus gepredigt wurde, datieren
vom Jahre 1887. Jedoch war das Charakteristische an diesen, von
einzelnen jüdischen Intelligenzen geleiteten Organisationen, daß sie,
obwohl sie im jüdischen Proletariat wirkten, nichts
Jüdisches an sich hatten, sondern einzig und allein
auf die russischen Verhältnisse, die russische Kultur zu-
geschritten waren. Dieser Zustand konnte naturgemäß nicht lange
dauern. Sobald die Bewegung die Massen ergriff, änderte sich
ihre Charakter zusehends: Die dem jüdischen Proletariat fremde
russische Sprache mußte durch seine Muttersprache ersetzt, es mußte
eine jüdische Literatur geschaffen werden. Die Organisationen sahen
sich vor neue Aufgaben gestellt: es fiel ihnen nunmehr auch der
Kampf gegen jene besonderen Formen der Unterdrückung des
jüdischen Proletariats zu, die aus seiner Stellung als Angehöriger
der rechtslosesten Nation des russischen Reiches resultieren. Gleichzeitig
begann die bisher vorwiegend ökonomische Bewegung immer mehr und
mehr ins politische Gebiet überzugreifen und die Notwendigkeit
einer Vereinheitlichung dieses dreifachen Kampfes des jüdischen
Proletariats, eines engeren Zusammenschlusses im Kampf für seine
Rechte als Proletarier, Bürger und Jude, machte sich immer mehr
geltend. So entstand im Jahre 1897 der „Bund“.

Mit Stolz und Bemühung darf jetzt der „Bund“ auf die
Früchte seiner Arbeit zurückblicken. Dem jüdischen Proletariat,
diesem „Borja unter den Proletariaten“, den am brutalsten Unter-
drückt und Schmachtesten der rechtslosen Bürger Russlands, hat er
das Bewußtsein seiner Kraft und Würde gebracht. Die weltlich
leuchtende Fackel des Sozialismus hat er ihm in die Rechte gedrückt
und es in die vordersten Reihen der Kämpfer für Russlands Freiheit
gestellt. Nicht umsonst wird bereits im Jahre 1906 im Bericht der russischen
Sektion an den internationalen Kongress die jüdische Arbeiter-
bewegung „die Avantgarde der revolutionären Bewegung in Rus-
land“ genannt. Auch weiterhin hat das unter der Fahne des
„Bundes“ organisierte jüdische Proletariat es verstanden, diesen
ehrenvollen Platz zu behaupten — um den Preis zahlloser schwerer,
aber freudig gebrachter Opfer. Durch die Entfesselung des wildesten
Rassenhasses, durch die Organisation verbrecherischer Mordbenden,
hat die russische Regierung die revolutionäre jüdische Arbeiter-
bewegung niederzuknappeln gesucht. Und hier gebührt dem „Bund“
das hohe Verdienst, den wahren Charakter der Pogrome aufgedeckt
und das jüdische Proletariat gelehrt zu haben, mit der Waffe in
der Hand sein Leben und seine Ehre zu verteidigen. Der „Bund“
war es, der als erster die Organisation des bewaffneten Selbst-

schutzes schuf, der einen Wendepunkt in der Geschichte der Juden-
verfolgungen in Russland, eine völlige Umwälzung in der Psychologie
des russischen Judentums bedeutete.

Hochbedeutend ist ferner die Rolle, die der „Bund“ bei der Be-
kämpfung der nationalen Strömungen im Judentum gespielt hat.
Erst vor kurzem hat der zionistische Kongress in Haag den völligen
Zusammenbruch des Zionismus demonstriert, und dem „Bund“ ge-
bührt die Ehre, ihm die tiefsten Wunden geschlagen zu haben. Selbst
das sozialistische Mantelchen, das der Zionismus sich in letzter Zeit
umhängt, vermag nicht ihm nennenswerten Einfluß auf die jüdischen
Arbeiter zu sichern.

Diese ganze mächtige Arbeit hätte aber der „Bund“ nicht leisten
können, wenn er nicht, mitten im Kampf stehend, eine Waffe ge-
schmiedet hätte, die gleichzeitig eine wertvolle kulturelle Errungenschaft ist:
die jüdische Sprache verbandt ihre jetzige Gestalt in hohem
Maße dem „Bund“. Vor 10—15 Jahren war sie nicht mehr als
ein Jargon, das zum Ausdruck nur der elementarsten, alltäglichen
Begriffe geeignet war. Heute aber steht sie auf einer Höhe, die den
jüdischen Massen die herrlichsten Schätze der internationalen Kunst
und Wissenschaft zugänglich macht. Um so höher ist dieses Werk der
Umgestaltung der Sprache zu bewerten, als sie der „Bund“ unter
den erschwerten Existenzbedingungen einer illegalen Partei, mit
den unzureichenden Mitteln einer geheimen Presse geleistet hat, be-
gleitet einerseits von den wildsten Verfolgungen, andererseits vom
Hohn und Achselzucken der jüdischen Bourgeoisie, die einer jüdischen
Kultur jede Existenzberechtigung abspricht.

Das starke nationale Bewußtsein, das der „Bund“ seit zur
Schau getragen, hat sich immer mit einem tiefempfundnen Gefühl
der Solidarität mit dem gesamten Proletariat Russlands gepaart, an
dessen Seite er — wenn auch vorübergehend organisatorisch ge-
schieden — für die Befreiung des Landes kämpft. Und jetzt, als der
„Bund“ wiederum ein vollberechtigtes Mitglied der sozialdemokrati-
schen Partei Russlands ist, nimmt er den regsten Anteil an ihrem
inneren Leben, im Bestreben, die sie zerfleischenden Zwistigkeiten, wie
er selbst sie glücklichweise nie gelampt, zu schlichten und zu beseitigen.

Hand in Hand mit dem Proletariat Russlands hat das jüdische
Proletariat seinen Heldenkampf geführt. Der schönste Wladimir,
den wir dem „Bund“ an dem erhebenden Festtag seines Jubiläums
darbringen können, ist der, daß dieser Kampf in naher Zukunft mit
einem vollen, ungetrübten Siege enden möge!

Marokko.

Agelias' Ausweisung.

Auch frühere Ministerpräsidenten haben ausländische Politiker
als „gefährlich für die öffentliche Ordnung“ ausgewiesen. Melinae
hat Weibel und Vueb, Combes zuletzt noch dem Abbé Desfor
den Aufenthalt auf französischem Boden untersagt. Aber der eine
Minister war ein ausgesprochenen Reaktionsär, der andere in den
Diktaturbedingungen der ersten Republik politisch erwachsen, kein
anarchistischer Individualist, kein — Clemenceau! Und dann —
für den erbitternden Akt haben jene doch nicht die gebührende,
geringschätzige Form gesucht, wie sie dem „Achteten“ Clemenceau
beliebte. Daß aber Clemenceau die gebührende, geringschätzige
Form wirklich gesucht hat, darüber ist kein Zweifel möglich.
Er hat sich doch selbstverständlich sagen müssen, daß das Verfahren
gegen Agelias mit dem ungleich höflicheren der deutschen Regierung
gegen Zaurès verglichen werden würde, zumal da der Kulah
hier wie dort der gleiche war: die Absicht eines sozialistischen
Redners, vor Parteigenossen des anderen Landes eine Propaganda-
rede für die sozialistische Friedenspolitik zu halten. Nun sind
wir wahrhaftig weit entfernt davon, aus der größeren „Aktivität“
der deutschen Reichsregierung in jenem Falle auf eine Ueberlegen-
heit in Politik und Manieren bei der deutschen Diplomatie zu
schließen. Die Kulturschminke, die sie gegenüber dem berühmten
Redner und ehemaligen Vizepräsidenten der französischen Depu-
tiertenkammer aufzuliegen sich verpflichtet fühlte, verschwindet ja,
sobald sie es etwa mit — Russen zu tun hat. Und Agelias
ist bloß ein in jahrzehntelanger Arbeit für das Proletariat er-
grauter schlichter Pionier des Sozialismus, nicht eine Persönlichkeit
auch im Sinne schöngestiger Diplomaten. Aber immerhin
— daß der Vergleich gezogen werden würde, das hat Clemenceau
voraussehen müssen, und darum kann man eben sagen, daß er
ihn gesucht hat.

Nun ist ja zu begreifen, daß Clemenceaus Nervosität einen
solchen Grad angenommen hat, daß er irgend eine jähre Aus-
lösung für sie sucht. Die Situation in Marokko ist heute so,
daß die französische Regierung weder vorwärts noch zurück kann,
das erste nicht, weil sie ja doch vor den Gefahren eines inter-
nationalen Konflikts zurückzusehen, das zweite nicht, weil die nach-
drängenden Stämme das Land in Anarchie stürzen werden. Aber
daran sind doch wahrlich nicht die Sozialisten schuld, die von Anfang
an gegen das marokkanische Abenteuer Einspruch erhoben! Clemenceau
hat allerdings den trübseligen Versuch gemacht, in einem Gespräch
mit einem bürgerlichen Journalisten in der Offenbar der
„Antipatriotismus“ verstanden sein soll in Verbindung zu
bringen. Aber wen will der Minister wohl glauben machen, daß
der Eroberungszug in Afrika ohne Hindernis von staten gegangen
wäre, wenn die Sozialisten ihm nicht opponiert hätten? Und
wie soll das Bemühen der Sozialisten, jeder Kriegsgefahr vorzu-
beugen, mit dem Herbeismus identifiziert werden, der doch, wo-
fern er konsequent ist, gar nicht das Interesse hat, sie zu be-
seitigen, da er den Augenblick der Kriegserklärung als das Datum
der Revolution festsetzt?

Aber wenn der nervöse Born des Ministerpräsidenten nicht
nach einem zureichenden Grunde gefragt hat, so hätte ihm doch
einige ruhige Ueberlegung sagen müssen, daß die rücksichtslose Be-
handlung des Spaniers Agelias auch vom Standpunkt seiner
Politik aus ein schwerer Fehler war, da doch in eben diesem Augen-
blick die Vermittlung der Spanier aller Parteien über das kost-
spielige und aussichtslose marokkanische Abenteuer überhand nimmt
und es an Neidungsflächen auf dem afrikanischen Schauplatz doch
wahrlich nicht fehlt! Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß
die spanische Regierung der französischen den Gefallen erwiesen
hat, ihrerseits die zur Madrider Versammlung gekommenen fran-
zösischen Redner auszuweisen. Ob die Politik der radikalen Regie-
rung eine lange Fortsetzung solcher blinden Ausdrücke persön-
lichen Mergers ausfällt, wird sich zeigen. Daß jedoch die Aktion
der Sozialisten für den Weltfrieden und gegen die kapitalistische
Kolonialpolitik durch sie nicht gehemmt und nicht geschwächt wird,
darüber wird den Herrschenden bald kein Zweifel bleiben.

Die Protestversammlung der Pariser Sozialisten.

Die voranzuziehen war, hat die Ausweisung Pablo Agelias'
der Versammlung am Sonnabend keinen Eintrag getan, sondern
im Gegenteil die Erbitterung der Versammelten und ihren ener-
gischen Entschluß verstärkt, mit der kapitalistischen Abenteuer-
politik in Afrika auch das Willkürregiment im Inland zu be-
kämpfen.

Den Vorsitz führte Lafargue, der in einer feurigen An-
sprache die neuere Tat des Clemenceauschen Kurzes charakterisierte.

Ihm folgten die Deputierten Dubois, Groussier, Meß-
lier und Sembat, endlich Genosse Tarbouriech. Be-
sonders scharf sprach Sembat: Die Politik der radikalen Re-
gierung hat Frankreich, so führte er aus, in das Dilemma gebracht,
entweder sich freiwillig aus Casablanca zurückzuziehen und
Marokko dadurch erst recht den Stämmen preiszugeben oder aber
zu bleiben, auf die Gefahr hin, von Deutschland eines Tages
zur Räumung aufgefordert zu werden, was auf einen
europäischen Krieg oder ein zweites Faschoda hinausläufe. „Aber
alle Faschoda der Welt“, so rief der Redner, „sind mir lieber
als ein Krieg! Wenn wir einen Fehler begangen haben, so müssen
wir ihn ohne falsche Scham wieder gut machen.“

Die Versammlung beschloß schließlich zwei Resolutionen, von
denen die erste gegen die Ausweisung Agelias' protestiert, die
zweite, an den Beschluß des Stuttgarter Kongresses über die
sozialistische Friedensaktion erinnernd, die Solidarität des fran-
zösischen und des spanischen Proletariats und der ganzen sozia-
listischen Internationale im Kampfe gegen die kapitalistische
Kolonialpolitik verkündet. Die Versammlung ging nach dem Gesang
der „Internationale“ ruhig auseinander, ohne daß die in Massen
bereitschenden Polizeikräfte Gelegenheit gefunden hätten, zur
„Rettung des Staates“ mit ihrer Muskelkraft beizutragen.

Madriz, 7. Oktober. Gestern fand hier eine Kundgebung
gegen die Marokko-Expedition statt, an der sich etwa 2000 Per-
sonen beteiligten. Es wurden Reden gehalten, in denen gegen
die Ausweisungen aus Paris und Madriz protestiert und er-
klärt wurde, die spanische und die französische Regierung
hätten das Völkerrecht verletzt; der Krieg in Marokko sei ver-
dammungswürdig. Schließlich wurde eine Resolution gefaßt,
in der von der Regierung verlangt wird, sie solle die
spanischen Truppen zurückziehen und die Unabhängigkeit
Marokkos achten. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Oktober 1907.

Lebensmittelverteuerung.

Einen interessanten Beitrag zur Frage, wie stark in den letzten
Jahren die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse gestiegen,
liefert eine Statistik, die jüngst der „Preussische Beamtenverein in
Breslau“ aufgenommen hat, um die Notwendigkeit einer Erhöhung
der Beamtenbesoldung nachzuweisen.

Als Grundlage für die Aufstellung dienen Auskünfte, die bei
Firmen und Geschäftslenten eingeholt sind, sowie die von Vereins-
mitgliedern seit vielen Jahren geführten Wirtschaftsbücher. Die
„Schles. Ztg.“ bringt über die Erhebung folgende Mitteilungen:

Die Preissteigerungen für Brot, Fleisch und Milch betragen
nicht ermittelt zu werden, da aus anderen Erhebungen ersieht,
daß sie um 10 bis 20 Proz. gestiegen sind. Von den sonstigen
Lebensmitteln sind teurer geworden Butter um durchschnittlich
25 Proz., Eier um 28, Kartoffeln um 22, Mehl um
10, Obst um 14, Hülsenfrüchte um 27 bis 33, Getreide um 11
bis 20, Hirsche um 45, Semmel um 27, Zwieback um 17, Serringe
um 20 Proz. Die Preise für Feuerungsmaterial sind um 15 bis
22, für Hausgeräte um 15 bis 20 Proz. in die Höhe gegangen.

Ebenso erfordert die gesamte Kleidung erheblich höhere Aus-
gaben. Männer- und Kinderhüte sind um 10 bis 25, Frauenhüte
um 30, Leibwäsche um 33, Baumwollene Unterbekleidung um
20 bis 25, wollene um 18 bis 28, Oberbekleidung um 20 bis 50,
Schuhwerk um 10 bis 25, Schirme, Handschuhe u. dergl. um
25 bis 28 Proz. teurer geworden. Außerdem sind die Wohnungen
im Preise (um fast 25 Proz.), das Sänftgeld um 20 Proz.
erhöht, die Wäcker sind durch Wegfall des Rabatts um 5 bis
10 Proz. teurer geworden.

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt zu dieser Aufstellung: „Die
Veröffentlichung dieser statistischen Erhebungen kommt gerade zur
rechten Zeit. Sie wird hoffentlich bei den endgültigen Beratungen
in den Ministerien noch die gebührende Beachtung finden.“ Würde
ein Arbeiterverein diese Preisstatistik aufgenommen und daraus die
Notwendigkeit einer Lohnerhöhung gefolgert haben, so würde das
edle „Kaiserblatt“ über Unverschämtheit der Arbeiter
schimpfen. —

Ein „Anglistag“.

Einen „Anglistag“ nennt die „Kreuz-Ztg.“, das
führende konservative Organ des 13. Dezember 1906, den Tag der
Reichstagsauflösung! Seit das Zentrum aus blöden Partei-
fanatismus die Regierung gezwungen habe, den „sogenannten ent-
schieden liberalen“ zu Hilfe zu rufen, habe „ein Wettbewerb
der Demokratie mit der Sozialdemokratie um die Gunst der Massen
eingeleitet, der der Regierung selbst Angst und Sorge machen könne.
Die „Kreuz-Ztg.“ belämpft dann namentlich die liberalen Forderungen
auf dem Gebiete des Schulwesens.

Eine nette konservativ-liberale Paarung! Noch hat die Re-
gierung dem Liberalismus nicht die kleinste Konzession gemacht,
noch hat das Zentrum nicht das kleinste Opfer zu bringen
brauchen — und schon nennt das führende Organ der Konservativen
den Bernadottentag der Blockbetreffenden einen Anglistag!
Trotzdem glauben wir nicht, daß der Tag der Scheidung schon
so nahe ist. Der Freisinn wird sich durch die leitende Gardine
predigt seiner stärkeren Hälfte noch mehr einschüchtern und mit noch
jämmerlicheren Klimenten abfinden lassen! Selbst ein gelegentliches
Traktament mit der Reichspresse wird ihn nicht veranlassen, seinem
ruden Ehegelpens davonzulassen. —

Zentrumshyänen.

Im bayerischen Zentrum hat die Richtung Wähler v. No. über
Dr. Heim und seine radikal-radikale Gefolgschaft einen vorläufigen
Sieg errungen. Während bisher Dr. Heim als Vertreter seiner
Fraktion dem Finanzausschuß des bayerischen Landtages angehörte,
ist er diesmal bei der Eröffnung des Landtages nicht wieder in
diesem Ausschuß gewählt worden. Darauf hat kurz entworfen:
Dr. Heim den ihn von der sogenannten „höfischen“ Richtung des
bayerischen Zentrums hingeworfenen Reichstagsausschuß aufgenommen
und seinen Austritt aus dem Fraktionsvorstande erklärt. Das
Merklale „Bayerische Vaterland“ schreibt zu diesem Abfallstreit:

Die Abfegung Dr. Heims im Finanzausschuß hat in allen Kreisen
größte Ueberraschung und peinliches Aufsehen
herborgebracht. Denn die Abfegung des hochbedeutenden Parlamen-
tariats wurde in verletzender Form in Szene gesetzt.
Dr. Heim hat aber die Konsequenzen des Dankes vom Hause Habs-
burg resp. Wähler u. Komp. gezogen und hat auch seinen Austritt
aus dem Vorstande der Zentrumspartei erklärt. Dr. Heim ist
mit berechtigter Uebersetzung am Donnerstagsmorgen für
längere Zeit nach Regensburg abgereist. Inzwischen finden die
bekannten Zentrumshyänen-Parlamentarier gegen Dr. Heim
auf neue Rahepfläne.

Vorläufig hat demnach Dr. Heim den kürzeren gezogen; aber
so leicht wird es den Wähler und Schädler nicht werden, ihn matt
zu legen, denn Dr. Heim hat nicht nur den größten Teil der
bayerischen Bauernschaft, sondern auch der niederen Geistlichkeit
hinter sich. —

Ostafrikanische Presbunster als Kulturverbreiter.

In dem Ulstein-Blatte erzählt einer der journalistischen Ost-
afrika-Bunster, die Derubura auf seiner Exkursion geleitetet, daß

auch er zur Verbreitung der Prägekultur bereits beigetragen habe. Conrad Alberti heißt der journalistische Auktionskäufer. Er beklagt sich darüber, daß die ihn begleitenden Träger, Leute von der Art, die beim Erheben des Gebirges furchtbar geschäftig hätten. Namentlich der Kräftigste von ihnen habe sich ange stellt, als ob er unter der Last zusammenbräche. Er habe ihn aber der Behörde übergeben, die ihm 25 ausgezählt habe, und da sei es andern Tages wunderhübsch gegangen! Im übrigen vergleicht Herr Alberti die Zammerklappen von schwarzen Trägern mit Tiroler Vergleisern, die ganz anders leisteten.

Dieser Reisebrief zeigt, wie leicht ein Eingeborener in Ostafrika zu Prägeln kommen kann! Jemand einem landesfremden Touristen braucht es nur einzufallen, seinen Träger der Faulheit zu bezichtigen, und dieser erhält prompt seine Hundswangig! Zu gleich zeigt der Vorfall, wie rasch selbst ein im Vaterland so beschönigtes, ja demütigtes Lebewesen, wie ein deutscher Journalist, sich in den Kolonien zum „Herrmannschen“ entwickelt!

Wie wirkliche Vandalen über die Leistungen ostafrikanischer Träger urteilen, beweist der Reisebrief eines anderen journalistischen Dornburg-Trabanten, der im „Hamburg. Korrespondent“ wiedergegeben ist. Es heißt da:

„Die Träger tragen 60—70 Pfund“ ist ein Satz, den man in jedem Afrikawerk lesen kann, aber wer hat wohl schon mal darüber nachgedacht, was das eigentlich heißt und welchen enormen Aufwand von Kraft, Ausdauer und Energie das erfordert! Wer von allen Afrikareisenden hat schon mal solche Last auch nur eine Tagereise weit geschleppt! Ich habe es einmal getan im Jahre 1885, da trug ich eine Last von Kagerengere nach Koo, wenn ich mich recht erinnere, etwa fünf Marschstunden. Ich war damals ein Riesenskerl an Kraft und Ausdauer, aber ich gestehe, daß ich schon nach den ersten zwei Stunden mein Unterfangen verfluchte und zähnelnrisch meine Last weiter trug, nur weil ich vor meinen Leuten nicht klein beigeben wollte. Damals habe ich den Träger und seine unglaublichen Leistungen erst so recht schätzen gelernt, nachdem ich am eigenen Leibe erfahren hatte, wie es ist.“

So urteilt ein alter Afrikaner, der selbst einmal die Arbeit als Träger probiert hat! Vielleicht macht Herr Alberti auch einmal den Versuch — und zwar in der Ebene und in der Sonnenglut, die er eben so gewöhnt ist, wie ein Kästenträger das Bergklettern! —

Eine Münzkur.

Eine in früheren Zeiten von Reichen Raubstaaten oft angewandte Methode den Landesfinanzen aufzuhelfen, hat nach der Versicherung der „Mitt.-Pol.-Korresp.“ aus neue die Reichsregierung erdacht. Sie will im kommenden Winter dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Betrag der umlaufenden Silbermünze um 5 Mark pro Kopf der Bevölkerung erhöht. Ursprünglich hatte, so meldet die betreffende Korrespondenz, die Regierung eine Erhöhung der Silbermünzquote um 2 Mark auf den Kopf der Bevölkerung beabsichtigt. Es besteht jedoch Neigung, eine Erhöhung von 5 Mark pro Kopf, also um rund 310 Millionen Mark einzutreten zu lassen. Der Reichszähler steht dem Projekt, das von Seiten der Hoerresverwaltung aus Gründen des finanziellen Mobilisationsbedarfes (Auszahlung der Rannschafslöhne an das Bier-Millionenheer) lebhaft unterstützt wird, auch schon deshalb sympathisch gegenüber, weil nach dem heutigen Silberstande der Gewinn des Reiches auf diese vermehrte Ausprägung 40 Prozent, also etwa 125 Millionen Mark, betragen und „mit einem Schlage die drohenden Schwierigkeiten des Reichshaushaltsvoranschlags von 1908/09 beheben würde.“

Eine wahrhaft geniale Idee, die Reichsfinanzen zu verbessern. —

Liebert schwagt aus der Schule.

Herr Liebert, der Reichsverbandsgeneralissimus und der Adjutant Wilows, hielt am Sonnabend in Vorna eine Rede, aus der einige Stellen festgehalten zu werden verdienen. Er tadelt zunächst Wilow wegen seiner Karokopolitik. Man hätte mit Frankreich ein Abkommen treffen sollen, nach dem die eine Hälfte Karokos Deutschland, die andere Hälfte Frankreich zugeworfen sei. Die Abgeradante sei absolut wertlos. Liebert vertat dann weiter den Standpunkt, daß Deutschland England den Rang ablaufen müsse. In diesem Zweck müsse es auf die Verehrung der deutschen Sprache im Ausland das höchste Gewicht legen. Namentlich müßte eine Vermehrung der deutschen ausländischen Schulen angestrebt werden. Selbstverständlich pläbierte der Reichsverbandsgeneralissimus auch für eine uferlose Weltpolitik. Bis 1917 sei Deutschland zur See so gut wie wehrlos, wenn nicht der Flottenbau beschleunigt werde.

Interessant war auch, daß Liebert bemerkte, daß der Graf Pobadowsky wegen politischer Differenzen mit Wilow „gegangen worden“ sei. Ferner: daß die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung noch ungewiß sei. Sei doch kaum anzunehmen, daß der Plan, aus den Einnahmen des Postzinses dafür jährlich 40 Millionen zurückzulegen, ausgeführt werden könne.

Liebert ist ja nicht nur der Vertraute Wilows, sondern auch der gesamten Reaktion. Das er ungeniert und zuweilen mit geradezu läppischer Offenheit andrückt, denken die Kreise, in deren Dienst sich der Reichslügenverband gestellt hat! —

Mit der Selbsthilfe des Offizierssäbels

droht die „Deutsche Tageszeitung“. Sie gibt folgenden Bericht der „Hamburger Nachr.“ aus Lübeck wieder:

„Vor einigen Wochen stellte ein hiesiger Offizier bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen einen Bauarbeiter, weil dieser, als der Offizier an dessen Arbeitsstelle vorüberging, „Bräsewiy“ gerufen hatte. Der betreffende Offizier ließ die Persönlichkeit des Bauarbeiters sofort durch einen Schutzmann feststellen, was zur Folge hatte, daß der Arbeiter noch am Tage des Vorfalles den Offizier zweimal in dessen Wohnung aufsuchte, um flehentlich um Entschuldigung zu bitten. Der Offizier zog indessen den Antrag nicht zurück und zwar, weil er nicht in seiner Person, die dem Bauarbeiter gänzlich unbekannt war, beleidigt war, sondern die Beleidigung sich gegen den Stand richtete, dem er angehört. Dieser Tage nun wurde vor dem hiesigen Schöffengericht der Fall verhandelt und endigte mit der Freisprechung des Bauarbeiters. Sie erfolgte, einmal weil der angeklagte Arbeiter und zwei seiner Genossen, diese unter ihrem Eid, ausfragten, einer von ihnen habe den Spinnamen „Bräsewiy“ und sei bei dem Vorfall gemeint gewesen und sodann, weil das Gericht der Behauptung des Angeklagten Glauben schenkte, den Offizier nicht gesehen zu haben und überhaupt nicht zu wissen, wer Bräsewiy gewesen sei. Endlich noch das Gericht auch noch dem Umstand Gewicht bei, daß der beklagte Bauarbeiter erwiebsenermaßen selbst gerne Soldat gewesen sei, da er sich über alle nicht gebenden Kollegen als „Reichskämpfer“ lustig machte.“

Trotzdem also erwiesen war, daß der Angeklagte nicht den Offizier, den er gar nicht gesehen hatte, sondern einen Arbeitskollegen „Bräsewiy“ tituliert hatte, trotzdem der Angeklagte gar nicht wußte, was das Wort bedeutete und obendrein alles andere als Gegner des Militarismus war, nennt das Agrarierturn den Freispruch „befremdend“.

Ja, es meint, daß durch solche „Milde“ (!) des Gerichts „die Selbsthilfe geradezu herausgefordert“ werde! Das Viertelblatt animiert also förmlich zur — Kräfteviherei! Nun, gegen solche Selbsthilfe des Säbels gäbe es schließlich auch noch — Selbsthilfe!

Oesterreich-Ungarn.

Der „Ausgleich“, diese berühmte Seeflange, soll nun doch noch glücklich in den Hafen gebracht werden. Wie ein Wunder ist dies Resultat über Nacht vom Diplomatenhimmel herabgefallen; denn am Sonnabend mittag hieß es noch, die Chancen des „Ausgleichs“ ständen schlimmer als je. Dann aber — des Abends — fand man urplötzlich doch noch die rettende „mittlere Linie“, auf der sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern für die nächsten 10 Jahre sollen regeln lassen. Vom 9. September 1906 bis zum 5. Oktober 1907 haben die Verhandlungen gewährt, deren letzte formale Stadien augenblicklich noch in Ofen zu passieren sind, für die jedoch nach übereinstimmenden offiziellen Aeußerungen von verschiedenen Seiten keinerlei Weiterungen mehr befürchtet werden.

Der österreichische Reichsrat ist auf den 16. Oktober einberufen, an welchem Tage die im Parlament sowohl wie dem ungarischen Reichsrat die Ausgleichsentwürfe vorgelegt werden sollen.

Der 10. Oktober.

Budapest, 6. Oktober. Falls das Verbot der Demonstration bei der Eröffnung des ungarischen Reichsrats am 10. Oktober aufrechterhalten wird, beabsichtigen die Korporationen, in kleineren Trupps vor das Parlament zu ziehen.

Budapest, 7. Oktober. Der Minister des Innern hat die Entschcheidung des Polizeichefs, welche den Sozialdemokraten einen Demonstrationszug vor dem Parlamente am 10. d. M. verbietet, bekräftigt. Die Parteileitung wird in einer heute stattfindenden Konferenz hierzu Stellung nehmen. —

Frankreich.

Paris, 7. Oktober. Der Reserveoffizier Biville, der sich geweigert hatte, die Regimentsfahne zu tragen, wurde, nach einer Meldung aus Caen, zu vierzehn Tagen strengen Arrests verurteilt. —

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Oktober. Der Reichstag ist heute zusammengetreten. Der Højething hat sein bisheriges Präsidium wiedergewählt. Der Landsting wählte an Stelle des Konferenzrats Hansen (freikonserverativ) den Generalauditeur Steffensen (freikonserverativ) zum Präsidenten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Wadjen Rhodol (Reformpartei der Linken) wiedergewählt, zum zweiten Vizepräsidenten Breinholt (freikonserverativ) anstatt Steffensens. Die Linke und die Freikonserverativen stimmten bei den Wahlen zusammen gegen die Rechte. —

Indien.

Unruhen in Calcutta.

In den letzten Tagen haben, wie englische Blätter nach Reuters zu berichten wissen, in Calcutta blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Bevölkerung stattgefunden. Es wurden Fenster Scheiben und Gaslaternen eingeschlagen und verschiedene öffentliche Gebäude mit Steinen bombardiert. Gegen 40 Polizisten sollen verwundet sein. Die Zeitungen Bengalens machen die Polizei für die Unruhen verantwortlich, da ihr brutales Vorgehen die Bevölkerung provoziert habe. Ein Blatt spricht den Verdacht aus, man habe die Sache in Szene gesetzt, um Air Hardie zu diskreditieren. —

Persien.

Der englisch-russische Vertrag.

Wie einem Londoner Blatt aus Teheran gemeldet wird, wurde am Sonnabend der englisch-russische Vertrag im Parlamenten berlesen. Ein Abgeordneter besprach die Bedeutung des Vertrages für die Unabhängigkeit Persiens: Die Perser seien England und Rußland gleich freundlich gesinnt. Könnten aber nicht anerkennen, daß Verträge auswärtiger Mächte für persische Angelegenheiten maßgebend seien. Die Fortsetzung der Debatte fand in geheimer Kommissions-Sitzung statt. —

Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Seit Jahren kämpfen die Handelsangestellten zwecks Verkürzung der überlangen täglichen Arbeitszeit um die allgemeine Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. An eine Erreichung dieses Zieles durch die gewerkschaftliche Aktion ist in Anbetracht der Organisationsverhältnisse unter den Handelsangestellten zurzeit nicht zu denken, der Achtuhr-Ladenschluß kann gegenwärtig nur durch eine Maßnahme der Gesetzgebung erreicht werden. Nach der Gewerbeordnung kann zwar der Achtuhr-Ladenschluß auf Antrag der Geschäftsinhaber durch Ortsgesetz eingeführt werden, was dank der unausgesetzten Bemühungen der Angestellten verschiedentlich auch geschehen ist, aber in den meisten Orten leistet das kurzfristige und egoistische Unternehmertum energischen Widerstand. Die Angestellten fordern daher den reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß. Auch hiergegen wehren sich die Unternehmer, und zwar berufen sie sich darauf, daß mit Rücksicht auf die konsumierende Arbeiterschaft der Achtuhr-Ladenschluß nicht eingeführt werden könne. Dasselbe behaupten sie von der Sonntagruhe. Die Arbeiterschaft kann aber ruhig zusehen, wie das heuchlerische Unternehmertum, das sonst nicht nach den Interessen der Arbeiterschaft fragt, eine Kategorie der arbeitenden Bevölkerung gegen die andere ausspielt.

Die unterzeichnete Kommission erklärt daher, daß sie den Forderungen der Handelsangestellten durchaus sympathisch gegenübersteht. Sie erwartet, daß die Wünsche der Angestellten und speziell ihre Forderungen nach dem reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß und der Sonntagruhe bei der Gesetzgebung endlich die gebührende Berücksichtigung finden.

An die Arbeiterschaft richten wir das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß jeder Einkauf nach acht Uhr abends unterlassen wird und auch die Sonntagseinkäufe vermieden werden. In den Kaufvereinen möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau auf die Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses und der Sonntagruhe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagruhe gewähren und den Achtuhr-Ladenschluß eingeführt haben.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, laßt nicht nach 8 Uhr abends und nicht Sonntags ein.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird gebeten, dieser Aufforderung durch Abdruck die weiteste Verbreitung zu sichern. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Leuten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei A. Jandorf u. Co.

In der am Montagvormittag abgehaltenen Streikversammlung haben sich 158 Streikende zur Kontrolle gemeldet. Die Streikleitung bemerkte dazu, diese Zahl umfasse nicht alle Streikenden, denn viele derselben seien auf der Suche nach anderer Arbeit und deshalb nicht in die Versammlung gekommen. — Ueber die Situation des Streiks wurde berichtet, daß die Firma sich bemüht, unter Dedadressen Arbeitswillige zu finden. Auch der Zentralverein für Arbeitsnachweis hat nach Ausbruch des Streiks eine größere Zahl von Arbeitswilligen an die Firma Jandorf vermittelt. Die betreffenden Arbeiter wählten nicht, daß bei der Firma gestreikt wird, sie waren deshalb zum Teil den Aufklärungen durch die Streikposten zugänglich, andere aber, die unbemerkt in die Betriebe gebracht werden konnten und den Vertrag unterzeichnet haben, sind nicht zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Natürlich sind die Arbeitswilligen, welche die Firma bekommt, gänzlich unzureichende Arbeitskräfte. Den Zuzug brauchbarer Arbeitskräfte haben die Streikenden bis jetzt hindern können. — Im Kaufhaus des Westens, welches von allen Geschäften der Firma Jandorf die meisten Hilfsarbeiter hat, war ein großer Teil der Hausdiener usw. erst kurze Zeit organisiert; diese haben in großer Zahl die Arbeit wieder aufgenommen. In diesem Geschäft haben sich auch die Handlungsgehilfen nicht getrennt. Hausdienerarbeiten zu verrichten. Im Geschäft in der Brunnenstraße hat sogar der Inspektor Sonntagswoche ausgeübt. Zahlreicher wie im Kaufhaus des Westens ist die Beteiligung am Streik in den anderen Geschäften der Firma Jandorf. Starke Aufgebote von Schülern sind vor diesen Geschäften aufgestellt, welche die Tätigkeit der Streikposten in der bekannten Weise hindern. In der Bellealliancestraße erregte die große Zahl der vor dem Jandorfschen Geschäft postierten Schülern so großes Aufsehen beim Publikum, daß die uniformierten Beamten zurückgezogen, aber durch eine doppelt so große Zahl von Nichtuniformierten ersetzt wurden. Hier versuchte auch ein Mann, der sich als Arbeitswilliger zu geben suchte, mit den Streikposten in Berührung zu kommen. An seinem Leibesumfang und an seinen Stiefeln konnte man jedoch ohne weiteres erkennen, daß es sich um einen verleideten Beamten handelt. Die Streikenden mieden ihn deshalb. —

Ueber die allgemeine Lage wurde seitens der Streikleitung ausgeführt: Der jetzige Kampf gegen die Firma Jandorf sei allem Anschein nach erst der Anfang eines großen Kampfes, den der Verband der Warenhausbesitzer gegen die Hilfsarbeiter führen werde. Ein Vertrag mit denselben Kaufleuten, welche der Jandorfsche Vertrag enthält, soll jedenfalls in allen Warenhäusern eingeführt werden. Einem Gerücht zufolge soll auch die Firma S. Litz heute einen solchen Vertrag den Hausdienern usw. zur Unterschrift vorlegen wollen. Unter diesen Umständen sei der Kampf mit der Firma Jandorf entscheidend für den Ausgang des großen Kampfes, welchen der Verband der Warenhausbesitzer gegen den Transportarbeiter-Verband führen wolle. Wenn die Arbeiter der Firma Jandorf den Sieg erringen, dann würden es die anderen Warenhausbesitzer nicht erst zum Kampfe kommen lassen. Es gelte deshalb, den Kampf bei Jandorf mit aller Energie zu führen und alle erlaubten Mittel anzuwenden, um den Sieg zu erringen. Die Situation sei keineswegs ungünstig. Mit den Arbeitswilligen könne die Firma Jandorf nicht auskommen. Es seien auch Verhandlungen im Gange mit anderen Instanzen der Arbeiterbewegung, um den Boykott über die Geschäfte der Firma Jandorf zu verhängen. Die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft werde die Pläne der Warenhausbesitzer zu schanden machen.

Die Firma Jandorf sendet uns eine Zuschrift, in der sie erklärt, es sei unzuwahr, daß sie Diener mit geringeren als den bisher gezahlten Löhnen eingestellt habe. Wir nehmen davon Notiz. Und ist diese Mitteilung aus dem Kreise der Beteiligten gemacht worden.

Der Streik der Töpfer.

Der allgemeine Lohnkampf im Ofenschergewerbe Berlins war, wie seine Entwicklung deutlich genug erkennen ließ, von den Unternehmern beabsichtigt. Sie haben sich sicherlich auch von Anfang an auf den Kampf vorbereitet und wenden jetzt alle Mittel an, um ihr Ziel, die Verschlechterung der Lohnverhältnisse, zu erreichen. Auch mit den Nachfabrikanten haben sie sich zu diesem Zwecke in Verbindung gesetzt und, wie verlautet, ist dieser Tage bei einer Besprechung mit Dr. Wehner und Weltener Fabrikanten von einer allgemeinen Aussperrung die Rede gewesen. In Vorkriegszeiten ist den Nachfabrikanten bereits in 16 Fabriken gekündigt worden. Diese Arbeiter sollen also erst einmal dafür büßen, daß die Ofenschfer Berlins sich keine unverschämten Lohnherabsetzungen gefallen lassen wollen. Daß das Unternehmertum derartige Mittel anwendet, ist für die Arbeiterschaft selbstverständlich keine Ueberraschung; man hat von Anfang an damit gerechnet, und demgemäß wird auch die Aussperrung in der Nachfabrikation keinen Einfluß auf die Durchführung des Kampfes ausüben können.

Die Arbeiterschaft ist natürlich auch nicht unvorbereitet in den Kampf gezogen. Wüßte man doch nach der Kündigung des Tarifs durch die Unternehmer, nach Vorlegung ihres Tarifentwurfs mit Lohnherabsetzungen bis zu 40 Prozent, sowie aus der Verschleppung der Tarifverhandlungen nur zu gut, daß die Unternehmer eine friedliche Einigung nicht wollten. Der Kampf wird denn auch von der Arbeiterschaft mit voller Kraft durchgeführt. Das herausfordernde Verhalten des Unternehmertums mußte natürlich dazu mitwirken, daß die Gehältnen um so einiger und entschlossener dastehen. Auch die Aufforderung an die Unverheirateten, das Streikgebiet zu verlassen, wird gern und willig befolgt. Schon in den ersten beiden Streiktage sind 150 Verbandsmitglieder abgereist. Da tagtäglich auf dem Filialbureau des Verbandes Ofenschfer nach auswärtig verlangt werden, ist es den jungen Leuten ja auch um so leichter gemacht, abzureisen.

Die Zahl der streikenden Verbandsmitglieder beträgt, soweit bis jetzt festgestellt ist, rund 1800, die der streikenden Mitglieder des Vereins der Töpfer ungefähr 850. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß ein erheblicher Teil der in Berlin organisierten Töpfer außerhalb des Tarifgebietes arbeitet, also vom Streik nicht berührt wird.

Kupferdruckerstreik. Bei der Firma L. Angerer ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma verlangte von jedem Kupferdrucker die Unterschrift eines Reverses, laut dessen sie der Organisation, solange sie im Betriebe der Firma beschäftigt sind, nicht angehören dürfen. Acht Kupferdrucker weigerten sich dessen und wurden Sonnabend, den 6. Oktober entlassen. Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Fensterputzer!

Um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen die Fensterputzer Hamburgs einen erbitterten Kampf mit dem dortigen Unternehmertum. Wir haben nun in Erfahrung gebracht, daß im Hagerengäßchen von Juhl, Ede Bad- und Wuttmanstraße, arbeitswillige Fensterputzer für Hamburg gesucht werden. An die Arbeiterschaft und insbesondere an sämtliche Fensterputzer richten wir deshalb das Ersuchen, Zuzug von Fensterputzern nach Hamburg auf das strengste fernzuhalten und auf die Arbeitsvermittlung bei Juhl, Ede Bad- und Wuttmanstraße, ein wachsamtes Auge zu richten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Wachläge vom Streik in der „Morgenpost“.

In der letzten Nummer der „Solidarität“, dem Organ des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter, werden in einem Artikel, „Der wilde Streik bei Ulstein u. Co.“, Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ erhoben, er habe die Leser über den Streik falsch informiert. Worin die Berichterstattung falsch sei, ist freilich aus dem Artikel nicht zu erfahren. Die „Solidarität“ glaubt aber noch einen besonderen Trümpf auszuspielen zu können, indem sie schreibt, daß wir bei einem Streik der Hilfsarbeiter bei der Firma Hempel u. Co. im Jahre 1905 einen Bericht über den Streik erst dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes vorgelegt und ihn in Verfolg dessen abgelehnt hätten. Die Redaktion der „Solidarität“ sollte doch wissen, daß es nicht angängig ist, sehr heftige Angriffe einer organisierten Arbeitergruppe gegen eine andere Gruppe organisierter Arbeiter im „Vorwärts“ aufzunehmen, nur um dem lachenden Dritten, dem Unternehmer, ein Extravergnügen zu bereiten. Weiter ist die Redaktion der „Solidarität“ „eigentümlich berührt“, daß in dem Ulstein'schen Falle die Redaktion des „Vorwärts“ den Bericht, der nach Meinung der „Solidarität“ augenscheinlich von der Streikleitung verfaßt sei, abgedruckt habe, ohne beim Vorstand der Hilfsarbeiter Erkundigungen einzuziehen. Erstens ist der Bericht von einem Redaktionskollegen verfaßt, der sich durch Augenblicken von der Tatsache des Streiks informierte und zum anderen glauben wir nicht, daß Sonnabend's nachts um 1/2 12 Uhr die Organisationsleitung der Hilfsarbeiter zu erreichen ist. Zumuten wird uns die „Solidarität“ doch wohl auch nicht, daß wir an einem Streik, der das Erscheinen eines an Abonnentenzahl großen Blattes in Frage stellt, achlos vorüber gehen. Uebrigens ist in unserer Notiz nur die Tatsache des Streiks und die Ursache angegeben, und ausdrücklich hervorgehoben, daß der Ausstand gegen den Willen der Organisationsleitung erfolgte. Die Angangung des „Vorwärts“ durch die „Solidarität“ ist daher ebenso unangebracht wie unverständlich.

Achtung, Schuhmacher! „Die Hunde müssen hungern lernen!“ sagte der Schuhmachermeister W. H. aus Potsdam in der am Donnerstag stattgefundenen Versammlung der dortigen Schuhmachermeister, welche von der Innung einberufen worden war, um zu den Forderungen der Gehülften Stellung zu nehmen. Er hatte mit diesem Ausdruck dem größten Teile der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, denn auch der Obermeister der Innung, Herr Schneider, meinte: „Wir wollen sie die Strahe fegen lassen!“ Letzteres wäre kein großes Unglück für Schuhmachergehülften, da Strafenfehler im allgemeinen besser entlohnt werden. Der Ausdruck zeigt nur von der Veringschämung, mit welcher diese Innungsgröße auf eheliche Arbeiter herabsieht. Bei der ganzen Stimmung der Versammlung war die Ablehnung der Gehülftenforderungen nicht zweifelhaft. Die am selben Tage stattgefundenen Versammlung der Schuhmachergehülften beschloß deshalb, in Erkenntnis der ganzen Sachlage, die Kündigung zum Sonnabend, den 5. Oktober, einzureichen. Es kann somit zum 10. Oktober zur Arbeitsniederlegung kommen, denn nach solchen Ausdrücken ist eine Verständigung fast ausgeschlossen. Die Schuhmachermeister Potsdams hoffen, in Berlin und Vororten Arbeitskräfte anwerben zu können, und ersuchen wir daher die Kollegen, sich nicht irre führen zu lassen.

Zentralverband der Schuhmacher. Gewerkschaft Berlin.

Deutsches Reich.

Kollektiv-Streiklausel in der Textilindustrie.

Die deutschen Textilindustriellen sind seit Jahren bemüht, sich gegen Erfahrungsgründe, soweit diese aus infolge Streiks oder Aussperrung unmöglich gewordener Annehmlichkeit der Lohnverträge zu schützen. Seit langem hat sich eine aus Industriellen und Konfektionären zusammengesetzte Kommission mit der Frage beschäftigt. Diese Kommission, welcher Vertreter aus allen Teilen Deutschlands angehört — unter ihnen sehr bekannte Scharmacher — hat jetzt einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Der Entwurf soll den verschiedenen Organisationen der Unternehmer, den Einzelfirmen der Konfektion usw. zur Anerkennung vorgelegt werden. Sowohl die Presse der Fabrikanten, wie die Presse der Konfektionäre läßt keinen Zweifel, daß der Entwurf bei den betreffenden Kapitalisten die günstigste Aufnahme finden wird. Der Entwurf scheidet sich in zwei Teile. Der erste Teil betrifft Fälle, in welchen als Lieferer und Abnehmer nur Fabrikanten der Textilindustrie in Frage kommen. Der zweite Teil betrifft Fälle, bei denen es sich um Fabrikanten als Lieferer und Konfektionäre oder Händler als Abnehmer handelt. Die Bestimmungen sind im wesentlichen für beide Teile gleich lautend. Zunächst steht dem Lieferer wie dem Abnehmer, dessen Betrieb eine Störung infolge Streiks oder Aussperrung erleidet, ohne weiteres das Recht zu, die Lieferungs- oder Abnahmepflicht um 3 Wochen hinauszuschieben. Ist nach 3 Wochen die Sache noch nicht erledigt, so ist jeder der beiden Kontrahenten berechtigt, von dem ursprünglichen Kaufvertrag, soweit dieser noch nicht erfüllt ist, zurückzutreten. Die Abfahrt, vom Kaufvertrag zurückzutreten, muß jedoch sofort nach Ablauf der dreiwöchentlichen Frist dem anderen Teil angezeigt werden. Erfolgt eine solche Anzeige nicht, so wird die Lieferungs- oder Abnahmepflicht um die ganze Zeitdauer der weiteren Störung des Betriebes verlängert. Die letztere Bestimmung wird fast ausschließlich den Fabrikanten zugute kommen. Die meisten Streiks sind bekanntlich in Zeiten aufsteigender oder in der Hochkonjunktur statt, wie wir das seit einigen Jahren in der Textilindustrie wieder beobachten konnten. Die Fabrikanten sind seit langem nicht in der Lage, alle Aufträge ausführen zu können. Die Konfektionäre können nicht genug Ware bekommen. Die Lieferungsfristen sind immer größer geworden. Die Produktion der Fabrikbetriebe ist oft auf länger als 1 Jahr ausverkauft. Im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung kann es also dem Konfektionär gar nicht einfallen, vom Kaufvertrag zurückzutreten zu wollen. Er weiß ja nicht, wer ihn die ausfallende Ware ersetzen soll. So rechnet er lieber mit baldiger Beendigung des Lohnkampfes. Die Bestimmungen des Entwurfs sollen auch gelten, wenn Fälle höherer Gewalt im Sinne des § 275 des B. G. B. vorliegen. Streitigkeiten zwischen den Parteien entscheidet ein Schiedsgericht. Dasselbe soll aus fünf Mitgliedern bestehen. Zwei werden von dem Verbands ernannt, dem die Partei angehört oder den die betreffende Partei für sich als zuständig betrachtet. Als Vorsitzender fungiert der stellvertretende Geschäftsführer der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverband, Regierungsrat a. D. Professor Dr. Leidig-Berlin. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig. Soweit es sich um Streitigkeiten wegen Streiks oder Aussperrungen handelt, wird jedoch das Schiedsgericht wenig zu entscheiden haben. Es heißt ausdrücklich im Entwurf: Hat der Arbeitgeberverband, dem der von der Störung des Betriebes Betroffene angehört, den Streik für unbedeutend oder die Aussperrung für berechtigt anerkannt, so ist dessen Entscheidung hierüber für das Schiedsgericht bindend. Auch Streiks in dritten Betrieben können zur Hinausschiebung oder Aufhebung der Lieferung oder Abnahme berechtigen. Im Streitfalle entscheidet das Schiedsgericht. Angenommen eine Wechsellieferung infolge eines Metallarbeiterstreiks die bestellten Wechsellieferungen nicht erhalten. Sie kann infolge dessen ihre eingegangenen Verpflichtungen den Konfektionären gegenüber nicht nachkommen. Die Streiklausel kann dann angewandt werden.

Die deutschen Textilarbeiter haben alle Ursache, diese Vorgänge im feindlichen Lager aufmerksam zu verfolgen. Im allgemeinen können sie diese Entwidlung nur begrüßen. Die Kapitalisten der Konfektion sind ja noch niemals den Arbeitern in ihren Kämpfen mit den Fabrikanten zu Hilfe gekommen. Wie der Arbeiter zum Arbeiter, so muß notwendig auch der Kapitalist zum Kapitalisten neigen. Immerhin mag bisher noch mancher an die Möglichkeit geglaubt haben, daß die Konfektionäre im Falle eines Streiks auf Lieferung bestehen. Die Arbeiter wissen für

die Zukunft, daß das nicht der Fall ist. Nur eine starke schlagfertige Organisation kann ihnen helfen.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.

Senftenberg, 7. Oktober.

Auch der Arbeitswilligentransport von 50 Mann, die in Posen unter Aufsicht eines Steigers Konrad aus Neppitz bei Senftenberg von einem Agenten erworben waren, ging unter Schwierigkeiten vor sich. Auf jeder Station wurden Schnaps und Bier in Mengen verteilt. Raum konnte man die Leute wieder in den Wagen IV. Klasse, der dem Zuge angehängt war, bekommen. Hinter Neudorf hielt der Zug plötzlich: die Arbeitswilligen hatten die Kotleine gezogen! Nachdem in Senftenberg die Verteilung vor sich gegangen war, ging das Weglaufen auch wieder los. Bis am Abend war kaum noch ein Mann auf den Gruben. 14 Mann meldeten sich in Senftenberg obdachlos. Sie wurden ins Gerichtsgefängnis abgeführt zum Uebernachten. Hätten die Verhörten das gleich so gemacht, die Unruhen von voriger Woche wären vermieden worden! Ein anderer Transport ging unter starker Bewachung in Finsterwalde ins Gefängnis „Notquartier“ zu beziehen. Anderen Tages machte die Polizei einen guten Fang: Es befand sich unter dem Transport ein lange gesuchter Redaktionsbriefführer schwerer Verbrecher. Der Mann steht im Bergschloß, an der deutsch-österreichischen Grenze einen Mädchenraub begangen zu haben. Es wurde ihm ein großer sechsläufiger Revolver mit Selbstspannung sowie ein Dolchmesser abgenommen.

Eine Anzahl Verhafteter behauptet, von Polizeiorganen mißhandelt worden zu sein. Einer der Leute ging sofort zum Arzt. Dieser lehnte aber Untersuchung und Behandlung ab, da er nicht mehr Mitglied der Ortskrankenkasse sei! In der Tat war er abgemeldet worden, obgleich die Beiträge bis 6. bezahlt und er sich nur einen Tag Urlaub zum Umzug erbeten hatte. Kurzum, es war dem Manne unmöglich gemacht, weil er mittellos war, ein ärztliches Zeugnis zu erlangen. Der Bürgermeister riet ihm, die total verschwollenen und geschlagenen Hände usw. mit Vaseline einzureiben, dann würde alles wieder heilen!

Der Direktor Junghans hat bei dem Ueberfall außer sonstigen Verletzungen am Kopfe, schwer an der einen Hand gelitten. Es sind mehrere Sehnen durchschnitten und die ganze Hand ist entzündet. Die Ärzte hoffen aber, ihn ganz wieder herzustellen. — Die Hoffnung der Unternehmer, daß am Montag eine Anzahl Streikender die Arbeit aufnehmen würden, ist kläglich zusammengebrochen. Die Zahl der Streikenden ist eher noch größer geworden! Die Werkspresse läßt durchblicken, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit die Verhandlungen zu Unterhandlungen bereit sein würden. Davon kann nun allerdings keine Rede sein und so geht der Kampf eben weiter.

Entlarvter Terrorismandschwindel. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 7. Oktober: Gelegentlich des letzten Bauhandwerkerstreiks wurden den Streikenden von der hiesigen Verleumder- und der Reichsverband-Lügenpresse allerhand Verbrechen in die Schuhe geschoben. So schrieb man auch, der „streikende“ Maurer Landgraf habe einen tugendhaften arbeitswilligen Maurerlehrling Weber auf der Rietlebener Chaussee überfallen und schwer mißhandelt. In der heutigen Schöffengerichtssitzung, in der Landgraf nun wegen Körperverletzung angeklagt war, stellte sich nun er selbst heraus, daß Landgraf kein Streikender, sondern ein Arbeitswilliger war, und daß die Sache mit dem Streik auch nicht das geringste zu tun hatte. Und noch mehr. Der von der Schwindelpresse so sehr gelobte Weber hatte sich am Tage der Tat besoffen und nach seinem arbeitswilligen Gesellen mit dem Messer gestochen, ja, wollte jene Tat als Zeuge auch noch unter dem Eide in Abrede stellen, wurde aber durch vier einwandfreie Zeugen überführt. Landgraf kam mit 10 Mark Geldstrafe davon. O selig, o selig, ein Arbeitswilliger zu sein.

Ein Kampf um den Arbeitsnachweis

wird gegenwärtig im Bremer Holzgewerbe ausgefochten. Am 30. September war nämlich der paritätische Arbeitsnachweis für das Tischlergewerbe sanft entfallen, nachdem es die Arbeiter abgelehnt hatten, auf Forderungen der Unternehmer einzugehen, die eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes darstellten. So verlangten die Meister aus dem Regulator des paritätischen Arbeitsnachweises die Beseitigung eines Paragraphen, nach dem jeder neu eingestellte Arbeiter im Verlauf von einer Woche seine Stellung ohne weiteres wieder verlassen konnte, wenn er sich nicht mit dem Unternehmer über die Höhe des Lohnes einigte. Beim Arbeitsnachweis wurde der betreffende Arbeiter in solchen Fällen wieder an der vorher eingenommenen Stelle registriert. Ob dieser Passus dazu beigetragen hat, daß mancher Krauter mehr Lohn bezahlen mußte, als ihm lieb war, bedarf keiner weiteren Erörterung. Genug, die Herren Scharmacher beabsichtigen nun die Einführung eines Entlassungsscheines, auf dem außer der Dauer der Beschäftigung auch die Höhe des zuletzt bezogenen Lohnes vermerkt ist. Auf diesen plumpen Trick antworteten die Arbeiter mit der Gründung eines provisorischen Arbeitsnachweises, nachdem der Arbeitgeber-Schutzbund der Tischlermeister es abgelehnt hatte, die früheren Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises bestehen zu lassen. Die Unternehmerorganisation hat daraufhin beschlossen, daß derjenige Tischlermeister eine Konventionalstrafe von 100 M. zu zahlen hat, der den Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes benützt. Ferner sollen in Zukunft nur noch solche Arbeiter eingestellt werden, die einen Entlassungsschein von der letzten Arbeitsstelle aufzuweisen haben. Die organisierten Holzarbeiter werden nun den vom „friedliebenden“ Unternehmertum vom Jaun gedrohenen Kampf mit aller Schärfe durchzuführen, handelt es sich doch um die Bekämpfung eines Mittels, das zur Niederdrückung der Löhne bestimmt ist.

Ausland.

Die passive Resistenz

unter den österreichischen Eisenbahnstellen dauert fort und scheint einem siegreichen Abschluß entgegenzugehen. Auf dem Nordwestbahnhofe kamen die Güterzüge mit acht bis zehn und die Personenzüge mit drei bis vier Stunden Verspätung an; auch die Abfahrt der Züge verpätet sich. Mit noch größeren Verspätungen treffen die Züge der Staatsbahn ein.

Infolge der passiven Resistenz stellte die Staatsbahn-Gesellschaft auf der Strecke Wien-Brünn und auf der Strecke Wien-Brünn den Verkehr von sieben lokalen Personenzügen ein. Die Verzögerungen im Güterverkehr haben die Einstellung zahlreicher Lastzüge zur Folge. Zahlreiche Fabriken in Wien und Umgebung haben wegen Kohlenmangels den Betrieb eingestellt.

Auf Intervention des Eisenbahnministeriums sind zwischen Vertrauensmännern der Eisenbahner und Vertretern der Verwaltung der Staatsbahn-Gesellschaft und der Nordwestbahn informative Besprechungen wegen Beilegung der passiven Resistenz erfolgt. Es verlautet, daß die Verhandlungen der Bediensteten der Staatsbahn mit der Direktion einen sehr befriedigenden Fortgang nehmen.

Der Streik im Hafen von Rotterdam.

Bei dem Kampf, den die Getreideverlader im Rotterdammer Hafen führen, nimmt die Unternehmervereinigung einen ebenso

unversöhnlichen Standpunkt ein wie jüngst die Föderation der Antwerpener Hafenkapitalisten. Auf den ihnen entgegenkommenden Beschluß, den die Streikenden vor 8 Tagen fahnen, antwortete die Unternehmervereinigung, daß sie zu verhandeln erst dann bereit sei, wenn die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden sei, und die Getreidearbeiter sich schließlich verpflichteten, mit den es auch sei, also auch mit allen möglichen Streikbrechern, zusammenzuarbeiten. Bei dieser Haltung der Unternehmer konnte selbstverständlich von einer Einigung keine Rede sein. — Inzwischen suchte man Streikbrecher in Massen heranzuziehen; welcher Nationalität, ist den Herren natürlich gleichgültig. Wie berichtet wird, sind am Dienstag 350 Streikbrecher aus Deutschland angekommen, die meisten betrunken, wie das ja bei richtigen Streikbrechern so Sitte ist. Unterwegs sollen sie Diebstähle verübt und Prügeleien angefangen haben. Sie wurden zunächst nach den Leichterhäusern gebracht, wo Hunderte von Streikbrechern in einem Raum dicht beieinander auf Strohsäcken ihre Schlafstelle haben. Die Zustände in diesen elenden Schlafräumen werden natürlich dadurch noch verschlechtert, daß die Insassen auf recht niedriger Kulturstufe stehen. So halten es z. B. einige dieser Diebstahl- und Prügeleier für ratsam, ihr Wasser morgens gegen die aufgestellten Strohsäcke abzuschlagen. Der Gestank ist denn auch morgens so scheinlich, daß vielen übel wird. Wie der Korrespondent von „Het Volk“ erzählt, ist jetzt bei der Polizei Klage über die Zustände auf diesen Schiffen eingereicht worden. Bis jetzt erblüht die Polizei freilich ihre einzige Aufgabe darin, unterstützt von Militär, gegen die Streikenden vorzugehen. Hufaren werden verwendet, um die Hafengegend von Streikposten „zu säubern“. Am Donnerstag wurde auch einmal gegen Streikbrecher mobil gemacht, allerdings in dem Glauben, es handle sich um Streikende. Es waren Amsterdamer Streikbrecher, die sich nach dem Kontor des Stauerunternehmervereins begeben hatten, um aus der Arbeit zu treten, wie die bürgerliche Presse berichtete, weil sie gegen die Streikenden nicht genügend beschützt würden, tatsächlich aber, weil sie die Zustände in den Logierhäusern nicht mehr ertragen konnten. Das Kontorpersonal glaubte, es mit Streikenden zu tun zu haben, telephonierte, offenbar bange gemacht durch allerlei dumme Räubergerüchten, wie sie die Feinde der Arbeiterbewegung über Streikende zu verbreiten pflegen, sofort nach der Polizei und holte auch ein gerade vorbeimarschierendes Detachement Festungsartillerie herbei. Die polizeilichen Schutzengel kamen natürlich auch schleunigst in großer Anzahl und schwer bewaffnet. Hunderte von Neugierigen versammelten sich und hätten ihren Spott, als die kriegerische Aktion der Lächerlichkeit verfiel.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

Ein Kulturbild aus Ostpreußen.

Am 4. September berichteten wir darüber, daß der 19-jährige Sohn des Intendanten L. von dem Gutspächter der dem Grafen Lehndorf gehörigen Domäne Ragitten im Kreise Fischhausen, einem Herren Schadowinkel, mit Häuten und einem Reisschiff verprügelt war, daß dann gar noch der als Amtsvorsteher fungierende Landratsrat und Gutsbesitzer Kühn dem Mißhandelten einen Strafbefehl wegen Verweigerung der Arbeit ohne gesetzlichen Grund in Höhe von 10 Mark eventuell drei Tagen Haft zugehen und vollstrecken ließ. Wir hatten damals dargelegt, daß der Strafbefehl ein rechtswidriger sei und daß es angebracht wäre, daß die Rechtswidrigkeit durch einen Prozeß gegen den Amtsvorsteher festgestellt würde. Die Angelegenheit kam am 4. Oktober vor dem Königsberger Schöffengericht zur gerichtlichen Beurteilung. Der Scharwerker hatte wegen fortgesetzter Arbeitsverweigerung einen zweiten Strafbefehl in Höhe von 15 Mark erhalten. Gegen diesen war rechtzeitig Einspruch erhoben, weil der Landarbeiter inzwischen sich bei Sozialdemokraten Rat geholt hatte. Im Termin gab der Belastungszeuge zu, daß der Angeklagte als Scharwerker im Dienste des Intendanten (seines Vaters), nicht in dem des prägelustigen Gutsbesitzers stehe. Der Amtsanwalt beantragte selbst Freisprechung, da zweifellos schon aus diesem formalen Grunde der Strafbefehl ein rechtswidriger sei. Das Gericht folgte dem Antrag.

Derartige gesetzwidrige Vergehen gehören in Ostpreußen nicht zu den Seltenheiten. Offenlich geht nunmehr der Scharwerker, um ein Exempel zu statuieren, gegen den mißhandelnden Gutspächter und gegen den stellvertretenden Amtsvorsteher zivil- und strafrechtlich vor.

Vom Versäumen der Fortbildungsschule.

Der Kaufmann und Fabrikant Eustian hatte einen kaufmännischen Lehrling einigemal nicht in die Breslauer Fortbildungsschule geschickt, weil sein sonstiges kaufmännisches Personal krank war. Die Genehmigung der Behörde hatte er nicht erhalten. Von der Anklage, die Gewerbeordnung und das Breslauer Ortsstatut übertreten zu haben, wurde er democh vom Landgericht freigesprochen. Das Landgericht glaubte ihm, daß bei Nichtbeschäftigung des Lehrlings zur Schulzeit, die im Fabrikationsbetriebe des Angeklagten beschäftigten Personen zum Teil hätten feiern müssen. Es sah darin ein außerordentliches Vorkommnis, das nach dem Breslauer Ortsstatut entschuldige.

Das Kammergericht hob dies merkwürdige Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das Landgericht zurück. Es führte aus: Es sei ein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht sage, der kaufmännische Lehrling hätte von der Fortbildungsschule ferngehalten werden dürfen, weil die Buchhalter krank gewesen seien und der Fabrikationsbetrieb ohne jene Beschäftigung des Lehrlings lahmgelegt hätte. Denn der Lehrling sei nicht dazu da, des Chefs Lage dahin zu erleichtern, daß er nicht mehr Handlungsgeschäften bezw. keine Ersatzkräfte, wie hier, einzustellen brauche. In diesem Falle gehe die Fortbildungsschule vor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durch Kohlenmassen verschüttet.

Weißensefel, 7. Oktober. (B. G.) Auf der Grube Winterfeld bei Hohenmöcklen wurden zwei Bergleute durch einströmende Kohlenmassen verschüttet. Der Bergmann Habel war tot, der andere schwer verletzt. — Auf der Grube Reutichen wurde der Bergmann Pech durch einströmende Kohlenmassen verschüttet und war sofort tot.

Im Kampf mit Polizisten.

Rotterdam, 7. Oktober. (B. L. B.) Bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Dockarbeitern in der Nähe von Dels haben fünf Personen durch Revolvergeschüsse und Säbelstiche leicht verletzt worden.

Streik in Genua und Mailand.

Rom, 7. Oktober. (B. L. B.) In Mailand, Genua und San Pier d'Aranda, wo die Gasanstaltsarbeiter sich im Ausstand befinden, sind Vorkehrungen getroffen worden, um die Beleuchtung der Stadt zu sichern.

Zusammenstoß zweier Züge.

Genua, 7. Oktober. (B. L. B.) Heute nachmittag stießen auf dem Bahnhof von San Pier d'Aranda zwei Eisenbahnzüge zusammen. Bierzehn Wagen wurden umgestürzt, fünf Reisende, sämtlich Italiener, erlitten Verletzungen.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland.

Die Ursachen der gegenwärtigen Krise und der Arbeitslosigkeit in Rußland sind außer in allgemeinen Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung auch in spezifisch russischen, mit dem Wesen gerade des russischen Kapitalismus zusammenhängenden Erscheinungen zu suchen. Vor allem müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung lenken, die sich nicht nur durch ihre unsinnige Wirtschaftspolitik indirekt der Förderung der Arbeitslosigkeit schuldig macht, sondern die Arbeitslosigkeit zum Teil selbst herbeiführt, indem sie sich aus ihr eine politische Waffe, ein Werkzeug zur Bekämpfung der Revolution geschnitten hat.

Eine ebenso große Rolle bei Arbeiterentlassungen — wie die „Politik“ — spielt aber auch die nackte, von keinerlei politischer Rührung getriebene Profitgier der industriellen Bourgeoisie. Diese würde zwar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn das Proletariat um den Preis seines Blutes und Lebens politische Freiheit für sie, die Bourgeoisie, erproben würde, aber den Proletariats selber gönnt sie weder politische Rechte noch eine nennenswerte Besserung ihrer ökonomischen Lage.

Eine viel gefährlichere und schärfere Waffe im Kampfe gegen die Arbeiterklasse hat die russische Unternehmerklasse von ihren ausländischen Kollegen übernommen — die Aussperrung. „Der Hunger, die Aussperrung“, so verkündete der Fabrikpöbel Podnanski in Lodz, „ist das einzige Mittel, den Arbeitern Vernunft beizubringen“, d. h. sie zu bedingungsloser Unterwerfung unter alle Ausbeutungsgelüste der Unternehmer zu zwingen.

Wenn nun Regierung und Bourgeoisie die fluchbeladenen Mitschuldigen an der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sind, so hat der Arbeiterlohn von ihnen keine Hilfe, keine Linderung seiner Not zu erwarten. Auch hier gilt das Wort, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk ihrer eigenen Hände sein kann.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Eßlingen, 6. Oktober 1907.

Der Parteitag war von 330 Delegierten und 89 Abgeordneten und Gästen, darunter Reichstagsabgeordneter Franz Joseph Ehrhart als Vertreter Bayerns und der Parteisekretär der badischen Landesorganisation, besucht. Die Delegierten vertraten 257 Ortsvereine mit 18 688 männlichen und 116 weiblichen Mitgliedern.

Die Genossen Steinbrenner und Wagner erstatteten den Vorstands- und Kassendbericht, die gedruckt vorlagen, und deren wesentlichen Inhalt wir bereits mitgeteilt haben. Im Anschluß an den Vorstandsbericht kam es zu einer längeren Debatte darüber, ob die bei den Reichstagswahlen ausgesagten Wahlparolen für Naumann in Heilbronn und gegen Haumann in Balingen-Zuffingen richtig waren oder nicht.

Der Bericht der württembergischen Landtagsfraktion erstattete sodann Landtagsabg. Dr. Lindemann. Der Bericht lag gedruckt in einer stattlichen, 96 Seiten umfassenden Broschüre vor. In seinem mündlich gehaltenen Ergänzungen schilderte Lindemann die Parteikonstellation im Landtage, die zur Bildung eines Großblocks, ähnlich wie in Baden, hindrange.

handelt habe. Der diesmalige Etat brachte den Unterbeamten und Arbeitern ganz bedeutende Verbesserungen, die zum wesentlichen Teil der sozialdemokratischen Mitwirkung zu verdanken waren. Unsere Partei habe in der Finanzkommission unermüdlich in diesem Sinne gearbeitet. Sollte sie nun ihr eigenes Werk durch ein Rein wieder zerstören und aufheben? Das hätten die Wähler nicht verstanden und wir hätten den Gegnern nur Waffen gegen uns in die Hände gegeben.

In der Debatte sprachen mehrere Redner gegen die Haltung der Fraktion in der Budgetfrage. Genosse Kahler-Stuttgart brachte einen Antrag ein, der die Stellungnahme der Fraktion behauerte und sie verpflichtete, bei den zukünftigen Etatabstimmungen mit Rein zu stimmen.

In seinem Schlusswort erwiderte Genosse Dr. Lindemann auf die erhobenen Einwände. Es war auch bemängelt worden, daß die Fraktion der Verlesung der Thronrede in der Kammer beigewohnt habe. Der Referent erwiderte hierauf, daß sich die Fraktion von der Teilnahme an einer staatsrechtlichen Aktion, wie es die Thronrede sei, nicht ausschließen lassen könne, zumal dieser Akt sich nicht bei Hofe, sondern in der Kammer vollziehe.

Bei der darauf erfolgenden Abstimmung wurde der Antrag Kahler unter lebhaftem Beifall mit etwa 2/3 Majorität abgelehnt.

Som Landtagsabgeordneten Genossen Reil wurde sodann in Sachen der preussischen Wahlrechtsbewegung folgende Resolution im Auftrage der Landtagsfraktion eingebracht und begründet:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs konstatiert mit Befriedigung, daß es der jahrelangen eifrigen Tätigkeit der Sozialdemokraten Preußens gelungen ist, die dringliche Aufgabe der Erzeugung des Klassenwahlrechts zum preussischen Landtage durch das gleiche Recht aller erwachsenen Staatsangehörigen in den Mittelpunkt des politischen Lebens Deutschlands zu stellen.“

Die Verbeibehaltung des Klassenwahlrechts in Preußen bedeutet die Aufrechterhaltung der Diktatur des preussischen Junkertums, des preussischen Absolutismus, der preussischen Polizeibureaucratie über das Deutsche Reich.

Die reaktionäre Vorherrschaft Preußens hemmt und lähmt auch die freiere politische Entwicklung anderer deutscher Einzelstaaten sowie die soziale und politische Ausgestaltung der Gemeinden. Sie fesselt die Entwicklung der deutschen Verhältnisse auf allen Gebieten der politischen Selbständigkeit, des sozialen Aufstiegs, der geistigen Bildung.

Preußens Vorherrschaft in der gegenwärtigen Gestalt bedroht ferner das Deutsche Reich ständig mit auswärtigen Verwicklungen, da unter dem heutigen System der verantwortliche Wille der Nation an die unübersehbare Willkür verantwortungsloser Claqueurs ausgeliefert wird.

Die Durchsetzung des gleichen politischen Rechts in Preußen entspricht somit den Interessen und dem energischen Wunsch und Willen einer überwältigenden Mehrheit nicht bloß des preussischen, sondern des gesamten deutschen Volkes.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Württembergs senden daher ihren preussischen Genossen, die mit Beharrlichkeit und wachsender Energie den Kampf um das allgemeine Wahlrecht führen, brüderlichen Gruß und wünschen ihren Bestrebungen baldigen und vollen Erfolg.“

Diese Resolution wurde mit Beifall begrüßt und fand einstimmige Annahme.

Sodann brachte Abg. Hildenbrand namens der Landtagsfraktion den folgenden Antrag ein:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs beschließt:

Die Sozialdemokraten Württembergs sind bereit, die Bestrebungen zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts nach jeder Richtung zu unterstützen.“

Die Landesversammlung erklärt jedoch mit besonderem Nachdruck, daß nur ein freies Gesetz, das die Bürger bei Vertretung ihrer politischen und sozialen Interessen in keiner Weise behindert und daher auch nicht zur Unterdrückung einer Klasse oder einer politischen Richtung mißbraucht werden kann, den Bedürfnissen des Volkes genügt. Sie fordert daher als Grundlage eines solchen Gesetzes mindestens die Anerkennung der Rechte des Volkes in dem Umfange, wie sie ihm durch den bestehenden rechtlichen Zustand in Württemberg garantiert sind.

Sie spricht deshalb auch die Erwartung aus, daß die württembergische Regierung im Bundesrat darauf hinarbeiten wird, daß diese in Württemberg durch die politische Geschichte von Jahrzehnten bewährte Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts zur Grundlage des gesetzgeberischen Vorgehens in Reich genommen wird, auf keinen Fall aber eine Verschlechterung des württembergischen Zustandes erfolgt.“

Die Landesversammlung erwartet ferner von der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag, daß sie bei den Beratungen des zu erwartenden Entwurfes eines Reichsvereinsgesetzes ihre ganze Kraft einsetzt, um nicht nur ein einheitliches, sondern auch ein freibürgerliches Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Reich zu schaffen.“

Auch diese Resolution fand unter Beifallsbezeugungen einstimmige Annahme. (Schluß folgt.)

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 5. Oktober 1907.

Arbeitsmarkt — Kohlenpreise — Roheisenpreise — Automobilindustrie — Baumarkt — Textilindustrie.

Die Arbeitsnachweiskommission, die heute allerdings nur in gewissem Umfange als Barometer des Beschäftigungsgrades der Industrie gelten kann, registriert für den Monat August ein Abwärtgehen der Nachfrage am Arbeitsmarkt. Nicht nur in Deutschland, auch in England und Frankreich machte ein härteres Angebot sich geltend, während der Nachfrager nach Arbeitskräften stark nachließ.

und von 3,7 im Juli dieses Jahres auf 4,0 im August 1907 hinauf. In Frankreich betrug die Arbeitslosenziffer im August 1906: 7,5, im Juli 1907: 6,0 und im August dieses Jahres: 8,4. In einzelnen Bezirken ist in Deutschland der Umfang der Arbeitslosigkeit im September noch weiter gewachsen. Und nun tritt es auch vernehmlicher in der Eisenindustrie. Ganz gleich, welche Motive man dem Beschluß der rheinisch-westfälischen Walzwerke, die Betriebe periodisch zu schließen, unterstellt, daß ein solcher Beschluß gefaßt werden konnte, daß ihm sachlich einwandfreie Begründung zur Seite steht, das ist ein stark töndendes Signal.

Durch die Preisfestsetzung für Halbzeug, von der die Preisgestaltung für Fertigzeugnisse auf dem Weltmarkt ganz unabhängig ist, wird den verarbeitenden Werken der Wettbewerb mit dem Auslandskonkurrenten unterbunden. Für die Stahlwerke mag ein Trost in dem Umfange zu suchen sein, daß sie eventuell in der Lage sind, verminderten Inlandsverbrauch durch Exportsteigerung wieder auszugleichen. Damit ist dem deutschen Arbeitsmarkt aber nicht geholfen, denn im Halbzeug steckt weniger verarbeitete und entlohnte Arbeitskraft als in Fertigzeugnissen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet gewinnt auch das fortgesetzte Anziehen der Kohlenpreise besondere Bedeutung. Gerade in dem Augenblick, wo die verarbeitende Industrie in Rücksicht auf die Gestalt der Verhältnisse am Außenmarkt mit Preisnachlässen vorgehen muß, schnellen die Kohlenpreise weiter hinauf.

Table with 4 columns: Notierungen der Essener Börse, Durchschnitt 28. August, 1900, 1907, In Prozent Zunahme + oder Abnahme -. Rows include Gasförderlohe, Gasflammförderlohe, Fettsförderlohe, etc.

Also lediglich die damals ganz exzeptionell überpannten Kohlenpreise sind jetzt nicht wieder erreicht. Die heutigen Kohlenpreise decken sich mit den Durchschnittspreisen des Jahres 1899, nur Dreifachlohe steht nach den jetzigen Notierungen um 1 M. über der damaligen. Ganz enorme Steigerungen ergeben sich aber bei sämtlichen Kohlenarten. Die Aufschläge bewegen sich zwischen 12,2 bis 23,2 Proz. Das ist für die Kohlen laufende Industrie eine nicht unwesentliche Preissteigerung.

Für Roheisen ist das Preisverhältnis folgendes:

Table with 3 columns: Notierungen von „Stahl und Eisen“ Jahresdurchschnitt 20. September, 1900, 1907, pro Tonne Mark. Rows include Spiegeleisen, Bessemer Roheisen, etc.

Die Preise für deutsche Ware stehen durchgängig um 13 bis 15 Proz. niedriger; das englische Roheisen ist um 20 Proz. billiger. Das Roheisenhandels hat nunmehr die Preise außerhalb des rheinisch-westfälischen Marktes um durchgängig 5 M. reduziert.

Wenn auch die Halbzeugpreise nicht wieder auf den Stand von 1900 hinaufgeleitet sind, so ist doch die Spannung zwischen Halbzeug- und Fertigpreisen kleiner geworden. Wenn dieses Verhältnis keine günstigere Gestaltung erhält, dann brauchen allerdings die gemischten Betriebe noch keine Not zu leiden; sie produzieren ja bedeutend günstiger als die reinen Werke, weil sie nicht dem Kohlen- und Roheisenhandel tributpflichtig sind und sie als Kostgänger des Staates ziemlich reichlich gefüttert werden.

Und der Staat ist bei dieser Gelegenheit wieder ein schlechter Wirtschaftler gewesen. Zweifellos, nach den Wünschen der Stahlwerke hat er den Schützer der nationalen Arbeit gemittelt, durch Verrückung ungerichtet hoher Preise. Die mittlere Linie, auf die sich der Stahlverband mit dem Rüstungsgeheim hat, bestimmt einen Preis von 120 M. für Schienen und 111 M. für Schwellen. Daß dieser Preis ungerichtet ist, erweist die Tatsache, daß zur Zeit des Abschusses Erzeugnisse der Gruppe B schon zu 125—130 M. angeboten wurden und heute sogar noch weiter im Preise gewichen sind. Der Stahlverband beherrscht die gesamte deutsche Stahlproduktion und da kann er sowohl den willigen Staat wie auch die Halbzeug verbrauchenden Werke schröpfen. Obwohl Stabeisen und Bleche von ihrem höchsten Preisstande bis 20 M. und mehr haben einbüßen müssen, lehnt der Stahlverband jede Preisreduktion ab. Hinzu kommen dann noch die höheren Preise für Brennmaterialien. Von lohnendem Export kann da vielfach gar nicht mehr die Rede sein. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt kann es uns natürlich ganz gleichgültig sein, ob die reinen Werke bestehen bleiben oder nicht, wenn durch die Form der Ablösung nicht allgemeine Interessen verletzt werden. Aber schon der eine Umstand, daß die gemischten Werke doch nicht in der Lage sind, ziemlich unermittelt die Produktion der reinen Werke zu übernehmen, die Forcierung des Exportes von Halbzeug auf Kosten von Fertigzeugnissen den Arbeitsmarkt in Deutschland schwächt und mit dem plötzlichen Stilllegen einer Reihe Werke in einschneidender Weise lokale Interessen berührt werden, bedeutet die künstliche Erdschöpfung der reinen Werke mittels der Kartell-Preispolitik eine Schädigung von Allgemeininteressen. Für die Gestaltung der Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird von großem Einfluß sein die weitere Haltung des Stahlverbandes in der Preisfrage. Und zwar ist das direkt nicht nur für die weiterverarbeitende Industrie von Bedeutung, sondern auch, natürlich graduell verschieden, für alle Industrien. Ein starkes Abflauen in der Eisenindustrie zieht mit Sicherheit auch ein Abwärtgehen des Beschäftigungsgrades in allen

lution beschlossen: Die heutige Versammlung der zahlreich erschienenen Vertreter der Verbände der preussischen Feuerbestattungsvereine ist der Ansicht, daß die bekannte, dem Hagenen Verein für Feuerbestattung auf Veranlassung der Ministerien des Kultus und des Innern zugegangene polizeiliche Verfügung, welche Feuerbestattungen untersagt, von unrichtigen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen ausgeht. Sie widerspricht dem Empfinden der Volksgemeinde und läßt die Gründe der Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 16. März 1908 unbeachtet.

Die Versammlung betont, daß die Feuerbestattung einen Fortschritt in gesundheitlicher, schönheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung bedeutet, daß sie keinen Glaubenssatz verletzt, und daß es vom Standpunkte der Strafrechtspflege bei zwingender Leidenschaft sichhaltige Einwendungen nicht gibt.

Die Ehrung des Andenkens der Toten ist den Freunden der Feuerbestattung eine heilige Sache.

Die Einführung der Feuerbestattung ist in zahlreichen Bundesstaaten erfolgt; irgendwelche Hindernisse sind dabei nicht hervorzuheben. Die Gefühle der Freunde des Erdbegrabs können auch in Preußen nicht verletzt werden, da es sich um die unvermeidliche Feuerbestattung handelt.

Diese Befehle sollen mit eingehender sachlicher Begründung den zuständigen Ministerien zur Kenntnis gebracht werden, gleichzeitig mit dem Antrage, die bezogene Verfügung aufzuheben und Anordnungen in die Wege zu leiten, welche die Feuerbestattung ermöglichen. Diese könne im Wege der Verordnung (Waden, Württemberg) erfolgen.

Aus Industrie und Handel.

Die gute Konjunktur garantiert.

Nun kann man beruhigt aufatmen, der Weiterbestand der unverändert guten Konjunktur ist gesichert. Garantie dafür bietet in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“, denn sie selbst sagt es. Und das sollte ja eigentlich bei den rühmlich bekannten volkswirtschaftlichen Kenntnissen des Blattes genügen. Dazu ist seine Beweisführung von der beherrschten zwingenden Logik wissenschaftlicher Argumentation. Zunächst macht das Blatt einige einseitig weise Bemerkungen über Statistik und Preisstatistik. Dann macht es allem Zweifel über die Konjunktur ein Ende. Es dekretiert:

„Die Statistik spricht von der unveränderten Dauer einer glänzenden Konjunktur. Freilich hat sich in den letzten Monaten ein merklicher Rückgang der Ausfuhr in Rohstoffen feststellen lassen, aber dieses Moment verschwindet, wenn man die statistischen Angaben über die Zunahme der Einfuhr von Kohlen, von Eisenerzen, von Rohmaterialien für die Textilindustrie in Betracht zieht. Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr läßt erkennen, daß das Fundament der wirtschaftlichen Lage unerschütterlich geblieben ist. Die Betriebsmaßnahmen der Eisenbahnen führen zu dem gleichen Ergebnis, denn die Statistik des Reichs-Eisenbahnamtes erklärt, daß im Monat August im deutschen Güterverkehr für jeden Kilometer 164 W., das heißt 6,18 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres verzeichnet worden sind. Das Zahlenmaterial ließe sich häufen. Auf allen möglichen Gebieten konnte man mit Leichtigkeit nachweisen, daß der Markt andauernd von frischem Leben erfüllt und daß demnach zu irgendwelchen Besorgnissen keinerlei Anlaß vorhanden ist.“

Da sind wir ja fein heraus! Das auffällige Exportbedürfnis der amerikanischen Eisenindustrie, das Sinken der Eisenpreise, die Not der reinen Werte, das Zusammenkrumpfen der Auftragsbestände, die Verminderung des Kohlenverbrauchs, alles das gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß. Wir fürchten aber, daß, wenn jemand, auf das Urteil der „Arbeitgeber-Zeitung“ bauend, zu Schaden kommt

und er wollte dann das Blatt regreppflichtig machen, Herr Meiswiz einwenden würde, er sei ein — unverantwortlicher Matgeber.

Bewegung der Brotpreise. Seit Mitte September gehen die Brotpreise an vielen Orten recht kräftig in die Höhe. Seit 15. September hat sich für Frankfurt a. M. und Umgegend der Brotpreis um einen Pfennig pro Pfund erhöht; nur die Väderei des Konsumvereins verkauft etwas billiger. In vielen Orten des unteren Westfalens ist der Preis für ein vierpfündiges Brot durchschnittlich um 2 Pf. hinausgesetzt worden, so daß der Preis jetzt um 10 bis 11 Proz. höher ist als vor einem halben Jahre. In Schwäbisch-Gmünd ist vom 1. Oktober ab eine Brotpreiserhöhung eingetreten: 3 Pfund Weißbrot kosten 43 gegen bisher 38 Pf., 3 Pfund Schwarzbrot 43 gegen 36 Pf., 1 Paar Breden 6 gegen 5 Pf. Aber nicht nur im Westen und Süden Deutschlands, sondern auch in anderen Gegenden ziehen die Brotpreise an. Die Väderei in Posen (Schlesien) lassen zum 15. Oktober einen Aufschlag eintreten. In Bremen ist der fünfzigpfennig-Paß um circa 200 Gramm innerhalb Jahresfrist leichter geworden. Ebenso steigt der Brotpreis in Berlin, wo das Kilogramm Roggenbrot schon im Juni circa 31 Pf. kostete gegen 27 im Jahre zuvor.

Viehpreise. In den verflochtenen neun Monaten dieses Jahres sind die Preise für auf dem Berliner südlichen Viehhof zu Markt gestelltes Vieh einem ständigen Wechsel unterworfen gewesen. Der Durchschnittspreis für Rinder war am Anfange dieses Jahres 142 M. für 100 Kilogramm Schlachtgewicht. Es erfolgte dann ein Rückgang bis auf einen Durchschnittspreis von 127 M. in den Monaten Mai und Juni. Seit dieser Zeit ist der Preis aber wieder auf 141 M. gestiegen. Für Kälber waren die Preise im Januar seit langer Zeit die höchsten. Der Durchschnittspreis war 108 M., fiel im folgenden Monat auf 150 M., stieg in den nächsten beiden Monaten auf 154 resp. 156 M., um drei Monate später bis auf 133 M. zurückzugehen. Jedoch zogen die Preise im vergangenen Monat wieder bis auf 144 M. an. 142 M. war im Januar der Durchschnittspreis für Hammel, er ging dann in den nächsten Monat um 2 M. hinauf, fiel aber in den beiden folgenden Monaten auf 137 M. Mit dem Monat Mai setzte eine Steigerung ein, die im August ihren diesjährigen Höhepunkt erreichte, es wurde ein Durchschnittspreis von 158 M. erzielt. Der September brachte einen Rückgang auf 152 M. Zu Anfang des Jahres war der Durchschnittspreis für Schweine 114 M. für 100 Kilogramm Lebendgewicht mit 20 v. H. Tara. Die folgenden vier Monate brachten einen ständigen Rückgang bis auf 91 M. Dann zogen die Preise wieder bis auf 126 M. an; im letzten Monat erfolgte dann wieder ein Rückgang auf 113 M.

Preis-Rückgang. Nach den Notierungen der New Yorker Börse ist Kordisches Giesereisen seit dem 1. Mai um 6 1/2 Dollar pro Tonne und Kupfer um 9-9 1/2 Cent pro Pfund gefallen. Kordisches Giesereisen notierte am 1. Mai 24,75-25,77, am 4. Oktober 19,25-20,00, Kupfer 25,00-25,50 resp. 14,25-14,75.

Man hört aus allem nur das „Rein“. Die Rhein-Weiß-Ztg. dient dem Stahlverband als Sprachrohr für folgende Ableitung: Man wird sich vielleicht zu der Gewährung einer Exportunterstützung entschließen. Kräftigst wird aber eine Herabsetzung der Halbzugspreise eine Mehrheit unter den Verbandsmitgliedern finden, da man die daraus entstehenden Folgen auf die Gestaltung der Marktverhältnisse im Inlande sowohl wie im Auslande für sehr bedenklich hält.

Stabeisenpreise. An der Düsseldorfer Börse am Sonnabend wurde für gewöhnliches Stabeisen aus Aulseisen ein „offizieller“ Preis von 130-132 M. (gegen 132,50-140 M. am 20. September) festgesetzt. Dieser Preis ist aber, wie die „R. Volks-Ztg.“ schreibt, mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen;

denn, wie wir hören, liefern „gemischte“ Werke Stabeisen der angegebenen Art bereits zum Preise von 125 M., frei Berl. Auch die Feinbleche von 135 M. entsprechen nicht den wirklichen Erlösen, da Feinbleche in großen Posten bereits zu 130 M. und darunter angeboten werden.

Aus der Frauenbewegung.

Bereitstellung der Frauen für das politische Leben. Die Schwedische Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht beginnt in diesem Monat, zunächst in Stockholm, mit Unterrichtskursen, die dazu dienen sollen, unter den Frauen das Interesse und das Verständnis für politische und kommunale, wirtschaftliche und soziale Fragen zu wecken und zu fördern. Die Kurse erstrecken sich auf Nationalökonomie, Kommunalpolitik, Staatspolitik und aktuelle Fragen. Daneben werden Diskussionsstunden, fingierte Stadtratssitzungen usw. veranstaltet, um die Frauen für die praktische Tätigkeit in derartigen Körperlichkeiten vorzubereiten. Man rechnet darauf, daß auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen sich lebhaft an diesen Kursen und Veranstaltungen beteiligen und hat deshalb dem „Frauen-Verein“ Teilnehmerkarten zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedenan. Dienstag, den 8. Oktober findet die Versammlung nicht statt.

Charlottenburg. Mittwoch, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3: Generalversammlung. Vortrag: „Die Bausteine des Lebens“. Wahl des Vorstandes. 19. Oktober Stiftungsfest im Volkshaus.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Gailus Notizen zum Gedächtnis. Von M. G. — Ein Vierteljahrhundert — Ueber den Marxismus in Rußland. (Zum fünfzigjährigen Jubiläum der „Neuen Zeit“.) Von Trotsky. — Möglichkeiten des Klassenkampfes. Das Verhältnis des Proletariats zur Monarchie. Von Karl Renner. — Die Geschichte eines Buches. Von Otto Bauer. — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Eysch-Petersburg. I. — Sozialismus in der amerikanischen Vorle. Von Dentelle Kolond-Hoff. — Literarische Rundschau: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift. Redaktion: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner. Verlag: G. Emmerling, Wien VI. Von r. h. Dr. Rudolf Wasserbaum, Beruf, Konfession und Verbrechen. Von Dr. F. U. Senger. Amsterdam. Victor Social, Monatliche Revue der rumänischen Sozialdemokratie, redigiert von Dr. C. Nalooki, Georg Seligowski und M. Gh. Suter. Redaktion und Administration: Jassi, Str. St. Teodor 31. Von a. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern gehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Süddeutsche Postillon“ (Verlag: R. Ernst, München) bringt in seiner soeben erschienenen Nr. 21 in drei farbigen Vollblättern die neuesten politischen und gesellschaftlichen Ereignisse zum Ausdruck: Frankreich und Marokko, die Friedenskonferenz und das Ideal der deutschen Jungfrau, die den beiden Karikaturisten (Gau und Peters) je einen Kranz spendiert, weil beide Karl „unschuldig“ sind. Das Leitgedicht geholt den geliebten Freiheit mit seiner Hundebau, Bruder Straubinger erzählt uns vom Spalter Samarkand, das Heft der Hofstaub und Juplanerinnen. Was in der Welt vorgeht: Die schärfste Luze, Worengas Tod, Neue Farben. Eine kleine Erzählung, Puchter, Lucas Lucanus, Fetzelt, sowie eine Menge kleinerer Beiträge macht die Nummer sehr interessant und sollte zu jedem Parteigenossen gelehen werden. Preis 10 Pf. Zu haben bei allen Kolporteurs und Buchhandlungen.

„Zeitfragen“, Nr. 40. Wochenchrift für deutsches Leben. Herausgeber: F. Biel. Einzelpreis: 30 Pf. Deutscher Schriftenerlag, Berlin SW. 11. Mitteilungen der Deutschen Orient-Gesellschaft zu Berlin. Nr. 34. Selbstverlag: Berlin, Victoriastr. 33.

Inserem Genossen
Albert Kohn
zum 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
Möge er noch lange zum Wohle der Armen und Entscherten wirken!
Seine alten Freunde.

Inserem verehrten Arbeitshilfen,
dem
schönen Heinrich
aus Friedenan, Rubensstraße, zu seinem heutigen Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch!
Heinrich laß glücken!
4976 Die Arbeitshilfen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Nachruf!
Am 30. September verstarb unser Mitglied, der Hausmaler
Emil Rade
Bernauerstr. 28.
Ehre seinem Andenken!
296/19 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Am Freitag, den 4. Oktober, verstarb infolge Alters unser Mitglied, der Hausdiener
Ernst Weber
Anklamerstr. 19.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Pionier-Gemeinde, Nieder-Schönhauser-Ordens aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin II.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied
Ernst Weber
an den Folgen eines Unfalles am Freitag, den 4. Oktober, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs der Pionier-Gemeinde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung II.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Gärtner Viertel).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Eduard Kunisch
nach langem Krankenlager am 29. (Stadt, bezagt 112b) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 9. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
283/12 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die Bemühung liebevoller Teilnahme, die mir bei dem Tode und der Beerdigung meines innig geliebten Vaters erwiesen worden sind, sage ich hiermit auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.
Fron Witwe Aug. Bornwerf
nebst Kindern,
Eltern und Geschwister.

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau unseres Mitgliedes
Winkler
aus Klub „Reichendust“ am 3. d. Mis. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstraße 44/45, aus statt.
3/16 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Karl Albrecht
am 6. d. Mis. an Leberleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nieder-Schönhauser Kirchhofes, Buchholzerstraße, aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
153/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verein
der Bildhauer Deutschlands.
(Verwaltung Berlin.)
Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am Freitagabend unser langjähriges, treues Mitglied, der Steinbildhauer
Alfred Wolff
nach langer Krankheit im Alter von 43 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Städtischen Friedhofe in der Müllerstraße 44/45 statt; Empfang durch den Philippus-Kirchhof.
20/16
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neueste Katalog
in Empfohlung von Prof. Dr. H. Eger, Gesundheitsrat
Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Dem Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Wilhelm Giese
(15. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
22/1 Der Vorstand.

Verband der Wäsche-, Krawatten-
arbeiter und -arbeiterinnen
Deutschlands.
Hilfale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 30. September verstarb an den Folgen einer Brandverletzung unsere Kollegin, die Plätterin
Marie Klawitter
(Birna Krndt).
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die liebevolle Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
Friedrich Hartmann
lagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

W. Noacks Theater
Die Schuld.
Schauspiel in 4 Akten von W. Noack.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätze gütlich!
Freitag zum erstenmal: Der verkaufte Schlaf.

Zu neuer Auflage erschien vor kurzem
Die Entwicklung des Sozialismus
von der
Utopie zur Wissenschaft
von Friedrich Engels.
Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.
Diese Schrift ist eine der vorzüglichsten der sozialistischen Literatur und kann jedem Arbeiter zum Studium bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt 40 Pf.
für die besser gelagerte Ausgabe 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
Lindenstraße 69, Laden.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Kut im
Familien-
hab
Wannsee.
Am, Sonntag, 8. Sonntag 7 Uhr.

Stolas, Kollers, Krawatten
Muffen,
schick garnierte
Damenhüte, Barett
Herrn-Mützen
und Pelztragen,
Knaben- und
Mädchen-Garni-
turen, Fußsöcke,
Jagdtaschen,
Wagendecken, Pelz-
teppiche und Bett-
vorleger.
Kur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Bestes Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fabrikpreise.

Uebermorgen Ziehung!
Keine Ziehungsvorlegung!
Kleinstes und günstigste
Quedlinburger
Lotterie
Los 1.- Mk.
(11 Stück 10 Mk.)
Gewinne I. B. v.

Sämtliche gangb. Pelzarten am Lager.
F. Kalman, Kürschner,
meister.
Jetzt
nur: Kommandantenstraße 15 I.
(gegenüber Benthstraße).
Verkauft auch Sonntags. Wochentags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

27000 Mk.
Für jeden Gewinn sofort
Bar-Geld!
Lose empfehlen
H. Kulke & Co.,
Münzstraße 1,
Ecke Neue Schönhauserstraße,
sowie sämtliche Lotterien und
Bargewinnspiele. 78/9

H. Pfau
C., Klosterstraße 30 (T. I. 6347).
Wach
Broschüren und Bandagen, Gerabehälter, Leibbinden, orthopädische Apparate, künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen auf Wunsch weibliche Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Damenhüte sehr billig!
von den einfachsten bis zu den elegantesten. Aufarbeitung von 50 Pf. an. Abgenommenen erhalten Rabatt.
Kraunlerstr. 2. Puhrgeschäft.

Julius Meyer
Restaurant, Grändelstr. 103
Jeden Sonntag: (*
Gemütl. Bellsammeln und Tanz.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Anträge

auf Aenderung des Verbands-Statuts der Wahlvereine.

Die am Sonntag, den 27. Oktober stattfindende außerordentliche

Generalversammlung

des Verbandes der Wahlvereine wird sich in der Hauptsache mit den Aenderungen zum Verbandsstatut beschäftigen.

Vorschlag des Verbandsvorstandes.

Beschlossen

in der Zentralvorstands-Sitzung am Freitag, den 4. Oktober 1907.

§ 1.

Die sozialdemokratischen Wahlvereine der sechs Berliner Wahlkreise und der beiden Vorortkreise Teltow-Beeslow und Nieder-Barnim bilden einen gemeinsamen Verband unter dem Namen: „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.“

§ 2.

Aufgabe des Verbandes ist die Förderung aller gemeinsamen Parteinteressen der obigen acht Wahlkreise. Dahin gehören insbesondere:

- a) Vorbereitung aller Wahlen und Aktionen, an denen die sozialdemokratische Partei beteiligt ist.
b) Veranstaltungen von Versammlungen und Herausgabe von Flugblättern, die gemeinsamen Zwecken dienen.
c) Verwaltung und Verwendung der nach § 15 von den Kreiswahlvereinen eingehenden Gelder.
d) Herausgabe eines Mitteilungsblattes.
e) Beschaffung von Referenten.
f) Verwaltung gemeinsamer Institutionen.
g) Kontrolle des „Vorwärts“ durch eine Preßkommission laut Parteistatut.

§ 3.

Mit der Leitung des Verbandes wird ein aus 48 Mitgliedern bestehender Verbandsvorstand betraut, der alljährlich zu wählen ist.

Den 1. Vorsitzenden, 1. Schriftführer und 1. Kassierer wählt die Generalversammlung, die anderen 46 Mitglieder desselben werden von den Kreiswahlvereinen proportional ihrer Mitgliederzahl gewählt.

Zu den Aufgaben des Verbandsvorstandes gehören:

- a) Beschlußfassung über die Führung der laufenden Geschäfte.
b) Festsetzung der auf jeden Kreis entfallenden Anzahl der Verbandsvorstandsmitglieder und der Delegierten zu den Generalversammlungen nach Maßgabe des § 12 Absatz 1.
c) Einberufung der Generalversammlungen und Festsetzung der provisorischen Tagesordnung.
d) Entscheidung über Wohlworts, nachdem die acht Wahlkreise darüber beraten haben.
e) Beschlußfassung über die zur Agitation in der Provinz Brandenburg zu bewilligenden Gelder.
f) Beschlußfassung über gemeinsame Agitation für die Organisation oder die Presse und Bewilligung der hierzu notwendigen Gelder.
g) Wahl der zur Ergänzung der einzelnen Kommissionen notwendigen Mitglieder aus seiner Mitte.
h) Verhandlungen mit anderen Körperschaften der Arbeiterbewegung.

Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sind bindend für die acht Wahlvereine.

§ 4.

Zur Kontrolle der Kassenführung des Verbandsvorstandes sind alljährlich von der Generalversammlung fünf Revisoren zu wählen.

§ 5.

Zur leichteren Bewältigung der Geschäfte teilt sich der Verbandsvorstand in folgende vier Unterkommissionen:

- a) Aktionsauschuß,
b) Preßkommission,
c) Agitationskommission,
d) Lokalkommission.

In jede dieser Unterkommissionen entsendet jeder Kreis einen Vertreter (siehe auch § 3 Abs. 2), die fehlenden Mitglieder wählt der Vorstand aus seiner Mitte hinzu.

§ 6.

Der Aktionsauschuß besteht aus 17 Mitgliedern:

- dem 1. und 2. Vorsitzenden,
1. „ 2. Schriftführer,
1. „ 2. Kassierer,
8 Revisoren,

Je einem Vertreter der Preß-, Agitations- und Lokalkommission. Zu den Obliegenheiten des Aktionsauschusses gehört:

- a) Die Leitung der laufenden Geschäfte, soweit sie nicht der Beschlußfassung des Verbandsvorstandes resp. der Generalversammlung unterstehen.
b) Entgegennahme der Berichte der Preß-, Agitations- und Lokalkommission.

Jeder Kommission steht gegen einen sie betreffenden Beschluß des Aktionsauschusses die Berufung an den Verbandsvorstand zu.

§ 7.

Die Funktionen der Preßkommission sind durch das Parteistatut geregelt. Sie hat dieselben in möglichster Übereinstimmung mit der Parteio rganisation von Groß-Berlin zu erfüllen.

§ 8.

Die Agitationskommission leitet gemeinsam mit dem Zentralvorstand der Provinz Brandenburg die Agitation in der Provinz, stellt den Jahresetat hierfür auf und fungiert als Vermittlung zwischen dem Verbandsvorstand von Groß-Berlin und dem Zentralvorstand der Provinz Brandenburg.

§ 9.

Zu den Aufgaben der Lokalkommission gehört:

- a) Beschaffung von Versammlungsorten zu den von der Arbeiterschaft Groß-Berlins aufgestellten Bedingungen.
b) Herausgabe der Lokalfisse.

§ 10.

Die Vertreter der Kommissionen haben über die Stellungnahme des Aktionsauschusses zu ihren Ressortfragen ihren Kommissionsmitgliedern zu berichten.

§ 11.

Die Mitglieder des Verbandsvorstandes und speziell die der Unterkommissionen haben ihren Kreisorganisationen Bericht zu erstatten sowie Anregungen derselben in ihren Körperschaften zu vertreten.

Wichtige Angelegenheiten müssen vorher den Kreisen zur Beratung unterbreitet werden.

§ 12.

Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein proportional seiner Mitgliederzahl Delegierte zu entsenden hat. Maßgebend für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt. Die Gesamtzahl der Delegierten beträgt 500.

Die Zahl der Delegierten jeden Kreises muß mindestens 10 betragen.

Sitz und Stimme haben in der Generalversammlung außer den Delegierten: die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Abgeordneten resp. Kandidaten der acht Kreise, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Teltow-Beeslow-Storlow-Charlottenburg und 2 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Nieder-Barnim.

Außerordentliche Generalversammlungen können einberufen werden durch Beschluß des Verbandsvorstandes oder auf Antrag von drei Kreiswahlvereinen. In diesem Falle können die im Statut vorgesehenen Zeitbestimmungen für Einberufung oder Veröffentlichung außer Kraft treten.

Die Tagesordnung der Generalversammlungen und die Anträge zu denselben müssen vorher im „Mitteilungsblatt“ und im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

§ 13.

Zu den Aufgaben der Generalversammlung gehören:

- a) Entgegennahme der Berichte des Verbandsvorstandes und der Revisoren.
b) Beschlußfassung über die der Generalversammlung überwiesenen Verwaltungsangelegenheiten.
c) Beschlußfassung über Parteifragen und gemeinsame Agitation.
d) Wahl des 1. Vorsitzenden, des 1. Kassierers, des 1. Schriftführers und der 8 Revisoren.
e) Befestigung der von den Kreiswahlvereinen vorgeschlagenen Verbandsvorstandsmitglieder. (§ 3 Absatz 2.)
f) Anstellung und Festsetzung der Anstellungsverhältnisse von Verbandsvorstandsmitgliedern.

Die gefassten Beschlüsse der Generalversammlung sind bindend für die acht Kreiswahlvereine.

§ 14.

Die Parteigeschäfte in den einzelnen Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbstständig geregelt.

Jeder Kreiswahlverein ist im Bezirke einzustellen. Die Art der Bezirksenteilung ist den Wahlvereinen überlassen.

Das in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 30 Pf.

Jeder Parteigenosse hat sich der Organisation seines Kreises anzuschließen; dauernde Tätigkeit in einem anderen Kreise, einzeln oder gruppenweise, ist auf Antrag des betreffenden Kreiswahlvereins nur mit Genehmigung des Verbandsvorstandes gestattet.

§ 15.

Mitgliedskärtchen, Eintritts- und Beitragsmarken sind für alle Kreiswahlvereine einheitlich. Für jede vom Verbandskassierer entnommene Beitrags- und Eintrittsmarke sind von den Kreiswahlvereinen 10 Pf. zu entrichten.

§ 16.

Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar und endet mit dem 31. Dezember.

Nach Schluß eines jeden Geschäftsjahres ist vom Verbandsvorstand ein gedruckter Jahresbericht herauszugeben, der spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung den einzelnen Kreiswahlvereinen zugestellt sein muß.

§ 17.

In dem vom Verbandsvorstand herausgegebenen „Mitteilungsblatt“ hat derselbe alle wichtigen Vorgänge im Verband, Vorstand, in den Kommissionen und Kreiswahlvereinen zu berichten. Die Kreise sind verpflichtet, rechtzeitig zu jeder Nummer einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Wahlvereine an den 1. Schriftführer des Verbandes einzusenden, ebenso die Kommissionen. Das „Mitteilungsblatt“ ist sämtlichen Verbandsvorstandsmitgliedern, ebenso den Vorstandsmitgliedern, Abteilungs- und Bezirksführern der Kreiswahlvereine unentgeltlich zuzustellen.

§ 18.

Anträge auf Aenderung dieses Statuts sind mindestens drei Wochen vor der Generalversammlung dem Verbandsvorstand einzureichen und bedürfen zu ihrer Annahme der Zustimmung von zwei Dritteln der auf der Generalversammlung Anwesenden, ebenso Anträge auf Auflösung des Verbandes. Diese letzteren können aber nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung verhandelt werden.

Alle anderen Anträge werden durch einfache Majorität entschieden.

Abänderungsvorschläge.

a) Vorschläge der Kreise.

Teltow-Beeslow. 2. Absatz. Den letzten Satz: „Diese Wahlen bedürfen zur Gültigkeit der Befestigung durch die Generalversammlung“ zu streichen.

Teltow-Beeslow. Hinter d) Entscheidung über Wohlworts hinzu- zufügen: mit Ausschluß der Lokalsperren, hierüber entscheidet jeder Kreis selbst.

Teltow-Beeslow und 3. Kreis. Den letzten Absatz: „Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sind bindend für die acht Wahlvereine“ zu streichen.

§ 7.

Teltow-Beeslow und 3. Kreis. Den letzten Satz: „Sie hat dieselben usw.“ zu streichen.

§ 12.

4. und 6. Kreis. Halbjährlich findet mindestens eine Generalversammlung statt, zu welcher jeder Kreiswahlverein proportional seiner Mitgliederzahl Delegierte zu entsenden hat. Auf je 50 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen. Maßgebend für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt.

Nieder-Barnim. Auf je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

3. Kreis. Beim Absatz 3 den ersten Satz dahin abzuändern: An der Generalversammlung können teilnehmen, haben jedoch nur beratende Stimme: die Mitglieder des Verbandsvorstandes usw.

2. Kreis. Im vierten Absatz zu setzen statt „können“ „müssen“. 3. Kreis. Als neuen Absatz 4 einzufügen: Stimmberechtigt sind nur die von den Kreiswahlvereinen gewählten Delegierten.

§ 16.

Nieder-Barnim. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Juli. Der gedruckte Jahresbericht muß mindestens 14 Tage vor der statt-

findenden Generalversammlung den örtlichen Wahlvereinen zugestellt sein.

5. Kreis. Im zweiten Absatz statt „mindestens 14 Tage“ zu setzen „mindestens 4 Wochen“.

§ 17.

4. Kreis. Der § 17 Absatz II ist dahin abzuändern, daß es heißt: „Außerdem erhält jeder Bezirk noch 10 Exemplare“ oder „bis zu 10 Exemplaren des „Mitteilungsblattes“ unentgeltlich zugestellt.“

5. Kreis. Das „Mitteilungsblatt“ ist allen Verbandsmitgliedern zu liefern.

Nieder-Barnim. Hinter „Bezirksführern“ einzufügen „und den Kreisdelegierten“.

§ 18.

Nieder-Barnim. Anträge auf Aenderung dieses Statutes sind mindestens vier Wochen vor der Generalversammlung dem Zentralvorstande einzureichen.

b) Vorschläge

von Orts-Wahlvereinen und Einzelpersonen:

§ 8.

Teltow-Beeslow. (Antrag Schöneberg.) In Absatz 2 einzufügen hinter „wählt die Generalversammlung“: „Die Vorschläge hierzu geschehen durch die Kreiswahlvereine.“

§ 9.

Teltow-Beeslow. (Antrag Neuschel-Nizdorf.) In Absatz a das Wort „Berliner“ zu streichen und dafür zu setzen „organisierten“.

§ 17.

Teltow-Beeslow. (Nizdorf, Bezirk 15 B.) Absatz 2 soll lauten: „Das „Mitteilungsblatt“ ist sämtlichen Parteifunktionären zuzustellen.“

Diverse Anträge:

Teltow-Beeslow. Es soll ein Ausbau des „Mitteilungsblattes“ und der Fortfall der Annoncen angeregt werden.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Für die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen gibt der Magistrat die Termine nun offiziell bekannt. Die Wahlen der 3. Abteilung finden, wie wir schon mitgeteilt haben, am 6. November in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Anlaßlich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen

bitten wir unsere Genossen, die zur Verbreitung gelangenden gegnerischen Flugblätter möglichst umgehend uns zuzusenden.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Die Genossen und Genossinnen werden nochmals auf die heute abend in E. Obsts Festhale, Weiningerstraße 8, Schwarzer Adler, Hauptstraße 134, „Wilhelms Hof“, Oberstraße 80, stattfindenden drei Versammlungen aufmerksam gemacht.

Arbeiter! Die beste Demonstration gegen die bürgerlichen Machenschaften in der Kommune und die Hintertreibung der Proletarier muß ein Massenbesuch der Versammlungen sein.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Den Genossen zur Kenntnis, daß die am Mittwoch folgende Versammlung ausfällt und dafür am Mittwoch, den 18. Oktober, im Restaurant „Café Rein“ eine Versammlung mit dem Thema: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Gleichberechtigung?“, Referent Genosse Brüdner-Berlin, stattfindet. Der Vorstand.

Possen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 9. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, im Lokal des Herrn Schimke eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins stattfindet. Tagesordnung: Stellungnahme zu der vom Gewerkschaftsrat eingereichten Petition betreffend Beteiligung an der im November stattfindenden Stadtverordnetenwahl. Es ist Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen.

Waldhof. Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet bei R. Kaul, Bismarckstr. 16, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Essener Parteitag. Berichtlatter Genosse Stiefenhofer. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, auch Frauen, haben Zutritt.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Rögnitz-Bücherhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die nächste Wahlvereinsversammlung nicht am Mittwoch, den 9. Oktober, sondern am Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Neue Mühle im Lokal des Herrn Thormann stattfindet. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Käthe, Berlinstr. 39, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Anträge. 4. Verschiedenes. — Pflicht jedes Parteigenossen ist es, pünktlich zu erscheinen. Die örtlichen Verhältnisse erfordern eine eingehende Diskussion.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Eine Gemeindefschule, die zur Auflösung bestimmt ist. Wir meldeten bereits vor einigen Wochen, daß die Schulverwaltung unserer Stadt wieder eine der älteren Gemeindefschulen als überflüssig ansieht und sie zur allmählichen Auflösung bestimmt hat. Heran kommen soll diesmal die 49. Gemeindefschule, die jetzt nahezu vier Jahrzehnte alt ist. Sie wurde im Oktober 1808 gegründet, mußte damals zunächst in dem Mietshaus Blumenstr. 28 untergebracht werden und siedelte dann im Oktober 1871 in ihr eigenes Schulhaus Blumenstr. 63a über, indem sie noch heute sich befindet. Der Auflösungsprozeß beginnt schon mit diesem Winterhalbjahr, das am heutigen Dienstag eröffnet wird. Die 49. Schule darf schon jetzt keine Sechsjährigen mehr als Schulkinder aufnehmen. Die Kinder dieses Alters, die aus dem betreffenden Stadtteil jetzt zur Einschulung kommen, werden von vornherein an andere Schulen abgehoben. Manchem Kind wird da ein längerer Schulweg zugemutet werden, als die Eltern es sich gedacht hatten. Aber danach fragt doch die Schulverwaltung unserer lieben Stadt Berlin nicht, wenn sie sich in den Kopf gesetzt hat, daß eine Schule „überflüssig“ sein soll!

„Ueberflüssig“ ist nun allerdings die 49. Schule noch keineswegs. Noch für das Sommerhalbjahr, das eben zu Ende gegangen ist, weist die amtliche Frequenzstatistik die folgenden Klassenfrequenzen nach: in zwei achten Klassen 53 und 51 Kinder, in zwei siebenten Klassen 51 und 50, in zwei sechsten 49 und 47, in zwei fünften 52 und 51, in zwei vierten 50 und 45, in zwei dritten 42 und 40, in zwei zweiten 42 und 42, in einer ersten 37 Kinder, in der ganzen Schule 682 Kinder. Man sieht: die Schule hat noch eine recht hübsche Frequenz. Sie besitzt Doppellassen für sämtliche Stufen, mit Ausnahme der ersten Stufe, für die nur eine Klasse vorhanden ist. Das ist in Berlin der normale Zustand unserer Gemeindefschulen. Auch die Besetzung der einzelnen Klassen ist so, daß man noch lange nicht sagen kann, die Schule leide an Frequenzschwund und sei mithin „überflüssig“. „Ueberflüssig“ muß sie aber in absehbarer Zeit werden, da ihr nunmehr der Nachwuchs entzogen wird. Es genügt schon, daß jetzt die Aufnahmelasse weggenommen wird: da müssen dann nach einem Jahre, zwei Jahren, drei Jahren usw. auch die folgenden Klassen, die siebenten, sechsten, fünften usw., von selber wegsinken. Gewöhnlich erpart aber die Schulverwaltung den zur Auflösung bestimmten Schulen dieses langsame Absterben, indem sie sie im abgelaufenen Verfahren erdffelt. Wahrscheinlich wird in der 49. Schule übers Jahr nicht nur die siebente Stufe wegsinken, sondern gleich auch die sechste mitbeseitigt werden. Oder vielleicht reißt man der Schule auch den Kopf weg, indem man ihr vorzeitig die erste Klasse nimmt. Und über zwei oder drei Jahre wird dann mit einem Schlage die ganze Schule aufgelöst, weil sie ja doch „nicht mehr vollständig“ sei und „nur noch ein Bruchstück“ darstelle. So ungefähr haben sie's in anderen Stadtteilen bei Auflösung von Schulen gemacht, so werden sie's auch in der Blumenstraßengegend machen.

Da gibt es dann Umschulungen en gros; denn selbstverständlich müssen die Kinder der vorzeitig aufgelösten Klassen in anderen Schulen desselben Stadtviertels hineingestopft werden. Die minderbemittelte Bevölkerung des „Frankfurter Viertels“ darf für die nächste Zeit sich auf „angenehme“ Schulzustände gefaßt machen. Sie wird bald merken, wie dort in den übrigen Schulen die Frequenz der ohnedies nicht zu knapp besetzten Klassen noch zunehmen wird, weil der Ueberfluß aus der angeblich „überflüssigen“ Schule der Blumenstraße dorthin abfließen muß. Schon jetzt, bei der Einschulung der Sechsjährigen, dürfte es sich fühlbar machen, daß die 49. Schule ihre unterste Klasse verliert. Doch das alles stört unsere Schulverwaltung nicht in ihrem Eifer, in Beachtung der Wünsche des Stadtfreiwilens immer mehr Gemeindefschulen ausfindig zu machen, die sie für „überflüssig“ erklären kann. Wann und wo wird die nächste herankommen?

Wertzuwachssteuer und Grundstücksverkäufe in Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat bekanntlich kürzlich mit allen gegen zwei Stimmen eine Magistratsvorlage abgelehnt, die beim Besitzwechsel von Grundstücken einen kleinen Prozentfuß des sich hierbei gegenüber dem letzten Erwerbungspreis ergebenden Wertzuwachses der Gemeinde zuführen wollte, nachdem diese Vorlage bereits in der Ausschussberatung durch die liberale Majorität zu einem „Weser ohne Hest und Klinge“ gemacht worden war. Um welche wichtige Einnahmequelle sich dadurch die Gemeinde gebracht hat, geht aus folgender vom Statistischen Amt veröffentlichten Zusammenstellung der im Jahre 1906/07 in Berlin stattgefundenen Verkäufe von bebauten und unbebauten Grundstücken hervor:

Monat	Bebaute Grundstücke		Unbebaute Grundstücke	
	Zahl	Verkaufswert Mark	Zahl	Verkaufswert Mark
1906				
August . . .	150	37 511 018	56	5 691 059
September . . .	50	18 810 585	32	3 065 106
Oktober . . .	175	64 801 217	46	6 826 181
November . . .	212	67 475 661	52	9 785 521
Dezember . . .	94	29 199 294	30	4 233 011
1907				
Januar . . .	101	58 611 183	50	6 221 685
Februar . . .	124	41 310 112	73	7 314 327
März . . .	68	18 248 287	30	4 662 459
April . . .	188	50 529 333	34	4 256 797
Mai . . .	152	60 022 769	11	1 920 700
Juni . . .	155	51 548 615	37	5 272 627
Juli . . .	174	54 955 764	22	5 686 305
Zusammen 1708	562 023 089	482	64 055 728	

Wenn auch aus dieser Zusammenstellung natürlich nicht der seit dem letzten Besitzwechsel erfolgte Wertzuwachs ersichtlich ist, so deuten die ungeheuren Zahlen doch schon an, daß es sich hier um viele Millionen handelt, die bei einer zweckentsprechenden Wertzuwachssteuer der Gemeinde, deren Einrichtungen und Entwicklung die kolossale Wertsteigerung der städtischen Grundstücke doch in erster Linie zu verankern ist, zustehen könnten. Die schandliche Haltung des Berliner Kommunalparlaments und die trasse Privilegierung der Hausbesitzer durch das Berliner Stadtverordnetenwahlrecht, das ihnen die Hälfte aller Einnahmen einräumt, haben das verhindert.

Wegen die Lehrlingszählerei. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat bekanntlich wiederholt Gelegenheit gehabt, auf Grund der Bestimmung des § 128 der Gewerbeordnung gegen die sogenannten „Lehrlingszähler“, die in Berlin in großer Zahl ihr sauberes Handwerk treiben, scharf vorzugehen. In 9 Fällen hat sie in den letzten 7 Jahren angeordnet, daß die Zahl der Lehrlinge bedeutend herabgesetzt werde. So wurde unter anderem bereits im Jahre 1900 einem Herrn L. Hennig, welcher in der Neuen Friedrichstraße die Fabrikation mechanischer und elektrotechnischer Apparate mit einem „Werkführer“ und 26 Lehrlingen betrieb und der sich für die „Ausbildung“ seiner Lehrlinge in zwei- oder dreijähriger Lehrzeit ein Lehrgeld von 1000 bzw. 800 M. zahlen ließ, aufgegeben, künftig nur noch 8 Lehrlinge halten zu dürfen. Ähnliche Verhältnisse herrschten bei der Firma Julius Schuch, nur daß das Lehrgeld hier auf 800 bis 500 M. bei ein- bis dreijähriger Lehrzeit bemessen war. Die Firma P. Jemlich u. Wochner, Telegraphen- und Telephonfabrik, hielt zeitweilig nicht weniger als 47 Lehrlinge, für deren „Ausbildung“ ein Werkführer und ein Arbeiter sorgten. Das Lehrgeld betrug 100 M. Ihr wurde aufgegeben, die Schar ihrer Lehrlinge auf 10 herabzusetzen. Ähnlich lagen und liegen noch heute die Verhältnisse in einer ganzen Reihe anderer Betriebe. Gehülfenlohn wird nicht gezahlt, weil keine Gehülfen beschäftigt werden, das von den Angehörigen der Lehrlinge zu zahlende Lehrgeld aber ist eine recht ersprießliche Einnahme für die Herren Lehrlingszähler.

Das Lehrlingswesen, oder richtiger gesagt, das Lehrlingswesen bildet ja heute noch einen großen Krebsknoten, der je eher, je besser beseitigt werden muß. Hier würde sich auch den Gewerkschaften ein Feld dankbarer Tätigkeit eröffnen, da ja auch die Interessen der Gewerbegehülfen durch die Lehrlingsausbildung org geschädigt und der Lohn- und Preisdrückerei durch die geschädigten Missethäter Tür und Tor geöffnet werden.

Leider hat die Gewerbe-Deputation verhältnismäßig selten Gelegenheit zum Einschreiten. Die meisten Mißstände auf diesem Gebiete entziehen sich ihrer Kenntnis. Es fehlt ihr an der nötigen Ueberblick; eine ständige Kontrolle der Lehrverhältnisse findet nicht statt. Allein diesem Umstande dürfte es zuzuschreiben sein, daß die „Lehrlingszählerei“ so üppig ins Kraut geschossen ist.

Deputation bestehende Kommission mit der Aufgabe zu bekräften: Mittel und Wege in Vorschlag zu bringen, die es der Deputation ermöglichen, der Lehrlingszählerei wirksamer entgegenzutreten zu können, als dies bisher möglich gewesen.

Bereits im Jahre 1901 hat die Gewerbe-Deputation auf Antrag unseres Genossen Bürgerdeputierten Tuhauer beschlossen, in Sachen der Bekämpfung der Lehrlingszählerei auch ein Gutachten des Berliner Gewerbegerichts einzufordern. Da die Angelegenheit jetzt akut geworden, dürfte es an der Zeit sein, daß sich der Ausschuß des Gewerbegerichts mit der Sache beschäftigt.

Die Ordnung in den Büchern der Stadtsynode haben wir durch Veröffentlichung einiger besonders charakteristischer Fälle — aus den vielen uns mitgeteilten — wiederholt beleuchtet. Aus derselben erhellt, daß zahlreiche Personen in den Kirchenbüchern unrichtig geführt werden, zu Unrecht deshalb, weil diese Leute längst der Kirche den Rücken gekehrt haben, indem sie gerichtlich ihren Austritt erklärten. Die zu Unrecht in der Kirchenliste Geführten werden zur Kirchensteuer veranlagt und es wird bei Nichtzahlung Pfändung angedroht, wodurch vielen Leuten erhebliche Scherereien erwachsen. Ein besonders trasser Fall wird uns heute berichtet. Der Schankwirt Emil Lindemann erklärte am 13. Februar 1893 vor dem Berliner Amtsgericht seinen Austritt aus der evangelischen Kirche. Nach 7 Jahren wird L. von der Stadtsynode zu Kirchensteuer veranlagt. L. weigert sich zu zahlen, da er Dissident sei. Ihn wird geantwortet, daß er in den Listen des Einwohner-Meldeamtes als evangelisch geführt werde. Seine gerichtliche Austrittserklärung bewies aber, daß diese Buchungen nach 7 Jahren noch unberichtigt waren; er brauchte nun nicht zu zahlen. Vorläufig hatte L. Ruhe. Es vergingen wieder 7 Jahre. Da erhält L. vom Kirchenvorstand St. Hedwig die Mitteilung, daß er als Mitglied der St. Hedwigsgemeinde mit 6,20 M. zur Kirchensteuer veranlagt sei. L. war nicht wenig erstaunt, wie er nunmehr in die katholischen Kirchenbücher gerufen ist. Ob auch hier das Einwohner-Meldeamt wieder unrichtig gebucht und unrichtig weiter gemeldet hat, ist nicht bekannt.

Da wir einmal dabei sind, die Fehlerhaftigkeit der Melde-register zu beweisen, so wollen wir gleich einen anderen Fall registrieren, mit dem die Kirchengemeinden nichts zu tun haben, der aber insofern in einem gewissen Zusammenhange mit der obigen Angelegenheit steht, als er die Ordnung in unserem Einwohnermeldeamt beleuchtet. Ende November 1906 wurde ein Kommissar Th. aus Warschau aus Berlin ausgewiesen und er zog nach Petersburg. Pflichtschuldig erfolgte anfangs Dezember die polizeiliche Abmeldung. Nichtsdestoweniger wurde Th. zur Steuer veranlagt und als er nicht zahlte, weil er eben schon längst fort war, wurde im Oktober 1907 an seine ehemaligen Wirtskollegen auch noch der Mahnzettel abgegeben. Vom Dezember 1906 bis Oktober 1907 hätte die Abmeldung doch an das Einwohner-Meldeamt und von hier an die Steuerdeputation gelangt sein können.

Die Generaldirektion der Museen

gab kürzlich bekannt, daß die Benutzung der Kolonaden des Museums für das Publikum geschlossen werden würde, wenn es sich wiederholte, daß Stullenpapier in die Anlagen geworfen würde. Hierzu schreibt uns ein Leser: „Auf meinem fast täglichen Gang durch die Museumsstraße mache ich gewöhnlich einen Umweg nach dem Pergamon-Museum, um auf der altertümlichen Bank, welche dort im Freien aufgestellt ist, mein Frühstück zu verzehren. So halte ich es schon seit vorigem Sommer, nie ist mir in den Sinn gekommen, das Stullenpapier fortzuwerfen; ich habe auch nie gemerkt, daß dort solches herumlag, und wenn ein Kinderfräulein merkte, daß ihre Schüsselchen wirklich etwas wegwarfen, so mühten diese es schleunigst wieder aufzuheben; es herrschte auf dem Plage immer die peinlichste Sauberkeit.“

Als ich nun vergangenen Sonnabend mein Frühstück wieder auf dem dort angestellten Aufseher auf mich zu und sagte: „Frühstück ist hier nicht erlaubt.“ Als ich ihn erstaunt ansah, meinte er: „Es ist verboten, weil das Stullenpapier immer weggeworfen wird.“ Als ich darauf vor lauter Erstaunen keine Worte fand, kam scharf und schneidend das Wort „Verstanden?“ heraus.

Daß das Wegwerfen von Papier verboten wird, ist in der Ordnung, daß einem aber das Essen verboten wird, ist mir doch unangebracht.

Die obige Zuschrift scheint uns zu bestätigen, daß die Generaldirektion der Museen sehr schwarz gesehen haben muß, wenn sie ihre Warnung vor eventuellem Schließen der Anlagen fürs Publikum mit der starken Verunreinigung der Anlagen durch Wegwerfen von Stullenpapier begründete. Wir sind auch von anderen Seiten bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß in diesem Hause stark übertrieben worden ist. Wir billigen es gewiß nicht, wenn öffentliche Anlagen und Erholungsplätze verunreinigt werden, allein die Art der Behandlung, die der Einsender erfahren hat, wird deshalb keineswegs gerechtfertigt.

Wegen Verdachts der Täterschaft des Straußberger Eisenbahnfrevels sind wiederum zwei Verhaftungen erfolgt; wahrscheinlich hat man wieder daneben gegriffen.

Christlicher Abonnentensang.

Das Stickerblatt „Das Reich“ macht alle Anstrengungen, seinen Abonnentenstand in die Höhe zu bringen. Kürzlich hat es sich eine Massenverbreitung in Moabit geleistet und jetzt ist der Verlag auf die Idee gekommen, sich an die christlichen Gewerkschaften zu wenden, um ihre Mitglieder zu Abonnenten des „Reich“ zu belohnen. Ein solches an die Christlichen gerichtetes Schreiben ist auch an den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover, an den Genossen Dreh gelangt und hat folgenden Inhalt:

Berlin, den 3. Oktober 1907.
SW. 11, Königgräberstr. 40.

Sehr geehrter Herr!

Wie fragen hierdurch ergebenst an, ob Sie gewillt sind, mitfolgenden Prospekt Ihrem Jahrgang beizulegen und zwar möglichst ohne Kosten für uns. Soll „Das Reich“ das führende Tagesblatt der christlichen Gewerkschaften sein, so muß es in alle evangelischen Kreise des Volkes bringen, und dazu erbiten wir die tatkräftige Förderung der Herren Vorsitzenden der deutschen Zentralvereine.

Wir sind bereit, für jeden Abonnenten aus Ihrem Verbands und gegen Rückgabe der Abonnementsquittung 25 Pf. monatlich zu vergüten, die Sie entweder im Interesse Ihres Verbandes, oder wie es Ihnen sonst gut dünkt, verwenden können.

Ihren werten Nachrichten entgegensehend
zeichnen wir

Hochachtungsvoll
Verlag „Das Reich“ G. m. b. H.
J. B. Mertinat.

Mühte der Verlag nicht, daß er hier an die falsche Adresse kam, oder glaubte er mit der Versicherung der versprochenen Vergütung einen Mann lockern zu können, der es als seine Aufgabe betrachtet, die Dunkelmänner des „Reich“ und ihren verderblichen Einfluß auf die Arbeiter zu bekämpfen? Wirklich, eine solche Zumutung an den Vorsitzenden eines Verbandes! Selbstverständlich verzichtet Genosse Dreh auf den einträglichen Abonnentensang für „Das Reich“. Der christliche Eschek lockt ihn nicht.

Zwei Arbeiterinnen bei einer Kettexplosion verunglückt. Gestern nachmittag wurde die Feuerwehre nach der Wasserstr. 50 gerufen, wo sich die Fabrik für medizinische Verbandstoffe von Max Rahne mann befindet. Im Dachgeschoß des Quergebäudes war dort in einem Raum neben dem Laboratorium die Arbeiterin Emilie Klantka aus der Adersstr. 118 mit Umfüllen von Kettzer beschäftigt, als plötzlich die Flüssigkeit an einer offenen Flamme Feuer fing und explodierte. Umherfliegende Feuerstücke verletzten die Arbeiterin im Gesicht und an beiden Armen derart, daß sie nach der Charité geschafft werden mußte. Auch die in der Nähe stehende

Arbeiterin Marie Lehmann aus der Schulstr. 118 erlitt Brandverletzungen im Gesicht.

Ein schwerer Automobilunfall trat sich gestern nachmittag in der Chausseestraße zu. Der Arbeiter Friedrich Fischer, Frankfurter Allee 45 wohnhaft, war auf einem Zweirade von der Invalidenstr. in die Chausseestraße eingebogen und hatte dabei das Unglück, mit einem Privatautomobil zusammen zu stoßen. Er wurde von dem Rade herunter geschleudert und fiel unter die Räder des Kraftwagens, die über ihn hinweg gingen. Mit schweren Verletzungen fand der Verunglückte in der Königl. Klinik in der Ziegelstr. Aufnahme.

Großes Unheil hat eine jener Frauen angerichtet, die „ihre Kunst“ im Inzeratenteil der bürgerlichen Presse marktschreierisch ankündigen. Die 23 Jahre alte Frau Marie des Fabrikarbeiters Hermann M. aus der Residenzstraße 133 zu Reinickendorf war seit vier Jahren verheiratet und Mutter eines drei Jahre alten Sohnes Karl. Das Paar lebte in glücklicher Ehe, bis die junge Frau vor einigen Monaten ohne Grund eifersüchtig wurde. Seitdem besuchte sie oft eine Kartenlegerin in der Bergstraße, die sie in ihrem halblösen Verdacht, daß ihr Mann sie hintergehe, bestärkte. Vor Wochen äußerte sie schon zu Nachbarn, daß sie nicht länger leben wolle. Umsonst versuchte man ihr diese Gedanken auszubreden. Während ihr Mann am Nachmittag auf Arbeit sich befand, vergiftete sie in der Wohnung ihr Kind und sich. M. mußte abends, als er heimkehrte, ein Fenster einschlagen, um in die Wohnung zu gelangen. Unter den Händen eines Arztes starb die Frau nach kurzer Zeit. Gestern nachmittag erlag auch das Kind der Vergiftung.

Der Direktor der Treptow-Sternwarte, Professor Dr. Archenholz, teilt im „Weltall“ mit, daß die für den Bau des Vortragslaales gesammelte Summe den erforderlichen Betrag von 100 000 M. schon um 1841 M. überschritten habe. Die noch eingehenden Spenden sollen daher zur Verringerung der inneren Einrichtung Verwendung finden.

Von einem Schimpanse und einem Löwen gebissen. Aufregende Szenen haben sich am Sonntagabend im Zoologischen Garten und auf einem Rummelplatz im Norden der Stadt abgespielt. Im Affenhaus des Zoologischen Gartens befindet sich ein zahmes Schimpanse, der hin und wieder von einem Wärter im Inneren des Gebäudes herumgeführt wird. Das Tier, das sich bisher noch niemals etwas zuzulassen konnten ließ, muß am Sonntag wohl von einem der zahlreichen Besucher gereizt worden sein, denn plötzlich fiel es über den 13jährigen Sohn des Justizrats Chrelliker aus der Dramenburgerstraße 22 her und schleuderte ihn zu Boden. Der Affe warf sich auf den Knaben und biß auf ihn ein. Ehe es dem Wärter gelang, das wütende Tier von seinem Opfer hinwegzuführen, hatte es dem Knaben zwei Bißwunden an der rechten Hand beigebracht. Ein Arzt in der Radfahrerstraße legte dem Verletzten die ersten Rotenbinden an. — Ein zweiter aufregender Vorgang spielte sich auf einem Rummelplatz an der Müllerstraße ab. Der Kaufmann Karl Niesel, Rosfelderstraße wohnhaft, war mit seinen Kindern nach dem Vergnügungspalast gegangen und hatte eine Löwenbude besucht. Unvorsichtigerweise mochte es sich nahe an einen der Löwenzünger heran und verlor, eines der Tiere zu streicheln. Der Löwe verstand dies jedoch falsch und schlug mit der Pranke nach M. Es erfolgte keine rechte Hand und zerflechte sie derartig, daß blutige Fäden herunterhingen.

Feuer auf einem Berliner Rieselgut. Am Sonnabendabend um 1/11 Uhr brach auf dem der Stadt Berlin gehörenden Rieselgut Malchow ein Brand aus. Das Feuer vernichtete eine Feldheune, die mit 8000 Zentner Roggen gefüllt war. Die Wehren sahen sich auf der Brandstelle einem Feuer gegenüber, bei dem nichts zu helfen und nichts zu retten war. Da andere Gebäude nicht in der Nähe lagen und Rieselwäcker die Brandwaage übernahmen, rückten die Wehren bald wieder ab. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Die Freie Volkshöhne veranstaltet vom 18. Oktober ab (Freitag abends 8 1/2 Uhr) geschlossene Abendvorstellungen. Sie richtet dafür die 21., 22., 23. und 24. Abendabteilung ein. Diese Abendvorstellungen finden unter künstlerischer Leitung des Direktors Adolf Steinert, unter Mitwirkung hervorragender Singspielkräfte abwechselnd im Kaiser-Theater und im Vorhagen-Theater statt. Bis nächst gelangt Philipp Langmanns Drama „Marie Turaxer“ zur Aufführung. Am 19. Oktober ist für die Mitglieder und deren Familien ein Robert Schumann-Abend im Konzertsaal anberaumt und am 25. Oktober wird Marcel Salzer als Vortragender bei einem Ludwig Thomas-Abend im Gewerkschaftshaus mitwirken. Als dritte Serie der Nachmittagsaufführungen im Neuen Schauspielhaus ist Sebalds „Jubili“ angeführt.

Das Walfalla-Variété-Theater am Weinbergsweg hat nun gleichfalls die Winteraison eröffnet und das neue Programm kann sich sehr wohl sehen lassen. Einen breiten Raum nimmt die Akrobatik ein. Ein Wogebals ionbergleichem ist Herr Le Thro, der eine auf einer Kugel in beträchtlicher Höhe befindliche Leiter betritt und so balanciert. Als Pyramidensteller produzierte sich die aus 18 Personen bestehende Mohamed Ben Ali-Truppe, die etwas ganz Besonderes im Springen leistet. Nigger-Sänge und Tänze bringen die Georgie Pidentinnes, die damit das Montagenleben in Amerika veranschaulichen wollen. Als vorzüglicher Violinvirtuose erweist sich Herr Regnis in seiner Szene: „Der Weigenmacher von Cremona“. Einige neue Sachen brachte Herr Erbi Blum, der Komiker des Hauses, und der unermüdliche Belgograph macht den Schluß des Abends.

Kadrennen zu Treptow, 6. Oktober. Spannende Kämpfe in den beiden Dauerrennen, die sich ohne jeden Unfall abspielten, bereiteten den zahlreich anwesenden Zuschauern ein Vergnügen, das diesmal bis zum Ende angeführt blieb.

In dem Großen 50 Kilometer-Rennen mit Motorführung (400, 300, 200 M.) siegte W. Huber in 44 Min. 29 Sek. vor Haberer, 190 Meter, George, 640 Meter, und Hug & Prgrembel 5780 Meter zurück. Huber und Haberer waren während des ganzen Rennens kaum mehr als 50 Meter auseinander, nur zuletzt hatte Huber seinen Vorsprung etwas ausgedehnt. George hatte bis zum 32. Kilometer standgehalten und dann nur 2 Minuten eingeholt; Prgrembel war als Neuling seinen Begnern nicht gewachsen, er war von Anfang an zurückgeblieben.

Das Kleine 50 Kilometer-Rennen (250, 200, 150, 100 M.) wurde von C. Moriz in 47 Min. 41 1/2 Sek. gewonnen. Rehtner (Wien) eroberte 600 Meter, Langen 810 Meter und Schadebrodt 10400 Meter zurück. Rehtner war durch Reifenschaden benachteiligt; er setzte eine Zeitlang, bis sein Rad ausgerepariert war, aus, griff dann aber wieder ein; er hatte bis zum 12. Kilometer die Führung, wurde dann von Rehtner abgelöst, der wieder Moriz beim 33. Kilometer die Spitze entreißen konnte.

Ein Hauptfahren für die Flieger über 1500 Meter (20, 15, 10, 5 M.) wurde von Patke vor Ergleben, Göge und Theiß gewonnen. 25 Fahrer in den Vorläufen.

Zeugensuch. Am 28. August, abends 6—8 1/2 Uhr, wurde in der Kommandantenstraße, Ecke Alte Jakobstraße, ein Mann von einem Omnibus über die Hand gefahren. Die Zeugen dieses Vorfalls werden gebeten, ihre Adressen an Jordan, N.W., Sparrstraße 21 III, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rummelsburg.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung, die erste Sitzung nach den Ferien, hatte fast nur Schulangelegenheiten zu erledigen. Das vorgelegte Ortsstatut für die zu errichtende kaufmännische Pflichtfortbildungsschule wurde mit der von unseren Vertretern beantragten Abänderung, die dahin geht, daß außer Handlungsgehülfen auch gewerbliche Arbeiter, die nach dem Statut zum Schulbesuch nicht verpflichtet sind, zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden können, genehmigt. Die Unterhaltung

Leben der Schule werden, abgesehen von den Kosten für Heizung und Beleuchtung sowie für die benötigten Schulräume, die die Gemeinde Kummelsburg trägt, von der Potsdamer Handelskammer, der die Schule auch unterstellt ist, getragen. Das Schulgeld darf vierjährlich höchstens 4 Mark betragen. Die Schaffung zweier Oberlehrerstellen bei dem Realprogymnasium zum April 1908 wurde einstimmig beschlossen. Ebenso die Schaffung zweier Oberlehrerstellen und einer technischen Lehrerstelle bei der höheren Mädchenschule zum April 1908 gutgeheißen. Desgleichen wurde für die Knabenmittelschule die Schaffung zweier Lehrerstellen und für die Hilfsschule die Schaffung einer Lehrerstelle beschlossen. Ferner wurde der Schaffung der notwendigen Lehrerstellen bei den Volksschulen zugestimmt. Zur Erweiterung der Schulerinnenbibliothek der höheren Mädchenschule bewilligte die Gemeindevertretung die Summe von 1000 Mark und zur Ausstattung der höheren Mädchenschule die Summe von 5000 Mark. Ebenso wurde zur Beschaffung von Lehrmitteln für die fünfte und achte Gemeindefschule der Betrag von 2570 Mark bewilligt. — In nicht-öffentlicher Sitzung wurde hierauf beschlossen, von dem Bauunternehmer und Gemeindevertreter Caschke wegen verspäteter Fertigstellung der katholischen Schule eine Konventionalstrafe in Höhe von 100 Mark einzuziehen. Caschke hatte das katholische Schulgebäude fast vertragsmäßig zum 1. Oktober 1906 erst zum 1. Januar 1907 fertiggestellt.

Strafen.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand die Feststellung der Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1906 statt. Danach betrug die Einnahme 233 211,12 M., die Ausgabe 181 178,93 M., so daß ein Ueberschuß im Betrage von 52 032,19 M. zu verzeichnen ist. Den Hauptanteil des Ueberschusses hat die Umsatzsteuer mit einem Mehr von 37 000 M. gebracht. — Nachdem die Anschaffung eines neuen Turngerätes für die Schule bewilligt wurde, beschloß eine Krankenkasse für die Gemeinde zu errichten. Zur Erledigung der Vorarbeiten wurde die Angelegenheit dem Gemeindevorstand überwiesen.

Stolpe.

Über den Essener Parteitag sprach am Mittwochabend im Wahlverein Genosse Heinrich Schulz. Die leider sehr schwach besuchte Versammlung quitierte mit allgemeinem Beifall über das sehr ausführliche und sachliche Referat. Die kurze Diskussion beschäftigte sich mehr mit dem schwachen Verlauf des Parteitag als mit dem Parteitag, von dessen Verlauf man befriedigt zu sein schien. Nach Aufnahme von 8 neuen Mitgliedern gab der Kassierer den Bericht vom dritten Quartal, der eine Einnahme von 495,23 M. aufwies; die Ausgaben betragen (inklusive 330,15 M. an den Zentralverein) 467,34 M., so daß ein Bestand von 27,89 M. verbleibt. Ein Antrag, wieder in eine Agitation zwecks Gründung eines Konsumvereins einzutreten, wurde nach kurzer Diskussion dem Novemberabend zur Besprechung überwiesen. Um nicht-preussischen Genossen, die die Aufnahme in den preussischen Staatsverband nachsuchen wollen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Ahmann, Stettin und Winkelmann, gewählt. Zur nächsten Generalversammlung von Groß-Berlin wurden delegiert die Genossen Ahmann, Vorhards, Höhn, P. Rohr und Stettin. Genosse Winkelmann machte auf den am 20. Oktober bei Schellhase beginnenden neuen Geschichtskursus der Arbeiterbildungsschule aufmerksam und forderte die Anwesenden auf, nicht nur selbst Mitglieder der Schule zu werden, sondern auch in Bekanntenkreisen Mitglieder zu werben.

Weißense.

Schwarze Mieterlisten, das Ideal der Hauspatras, einzurichten, ist von dem vereinigten Grundbesitzerverein beschlossen. Der Befürworter dieses neuen Systems, der abgesetzte Vorsteher des ehemaligen Hausbesitzervereins, Neues, begründete die Einführung damit, daß trotz der besten Verträge und Bestimmungen die Hauswirte immer geschädigt würden. Nur durch den Austausch der Listen nicht empfehlenswerter Mieter würde man sich schützen können. Der anwesende Syndikus des Vereins riet zur ganz besonderen Vorsicht bei Aufstellung der Listen, da sonst leicht Schadenersatzansprüche seitens des Mieters entstehen könnten, wenn man eventuell gegen die guten Sitten verstoße. Um dieser Verurteilung die rechte Wirkung zu geben, will man einen Austausch der Listen auch an die in den Nachbarorten bestehenden Grundbesitzervereine anregen. Der neugegründete Mieterverein kann sich nun auch betätigen, und zwar durch die Herausgabe einer Liste von nichtempfehlenswerten Hauswirten.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung vom 4. d. M. bewilligte die Aus- und Verpflegungskosten für einen Knaben in der Victoria Luise-Kinderheilstätte. Zu dem Antrag unserer Genossen, die Wahlzeit für die dritte Wahlperiode zu den Stadtverordnetenwahlen in die Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends zu verlegen, meinte Genosse Helbig, daß seit den letzten vier Jahren die Wahlbeteiligung eine regere geworden sei; die bisher festgesetzte Wahlzeit mache es deshalb einem Teil der Arbeiter, welche ihren Beruf außerhalb Bernaus nachgehen müssen, unmöglich, ihr Wahlrecht auszuüben. Es sei deshalb nötig, die Wahlzeit bis 8 Uhr abends auszuweihen. Die Bürgerlichen sahen auch ein, daß eine Verlängerung der Wahlzeit unbedingt erforderlich ist, es wurde deshalb der Magistrat von der Verammlung ersucht, dahingehende Maßnahmen zu treffen, sowie auch für ein größeres Wahllokal Sorge zu tragen. Der nächste Antrag unserer Genossen, welcher die Anstellung weiterer Lehrkräfte für die Stadtschule zur Entlastung überfüllter Schulklassen verlangte, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Die Bürgerlichen meinten, in anderen Städten sei die Klassenfrequenz noch weit höher wie in Bernau und verwiesen besonders auf Berlin, daß dort gleichfalls Klassen mit mehr als 60 Schülern besetzt seien, wohingegen in Bernau die Durchschnittszahl nur 55 betrage. (Die Herren scheinen nicht zu wissen, daß die Durchschnittsfrequenz in den Berliner Gemeindefschulen im vorigen Sommer 46,87 und im letzten Winter 46,29 betrug, mithin weit niedriger war als die von Bernau. D. Red.) Von unseren Genossen wurde ausgeführt, daß man doch nicht solange warten sollte, bis in den anderen Kommunen die Besucherzahl reduziert werde, sondern die Verpflichtung habe, vorher für eine Herabsetzung der Klassenfrequenz einzutreten. Dann stimmte die Versammlung der Magistratsvorlage betreffend die Annahme von 225 M., welche von einem Diktantenklub zur event. späteren Errichtung eines Hufeisenbrunnens der Stadt überwiesen wurden, zu. Die Aufstellung zweier Gaslaternen in der Badborferstraße wurde von der Versammlung genehmigt. — Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Spandau.

Bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen, die in der III. Abteilung am 5. November, in der II. Abteilung am 9. November und in der I. Abteilung am 12. November stattfinden, will der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien unterstützen. Bereits vorige Woche hat derselbe eine Verammlung abgehalten, zu welcher die Vorstände der verschiedenen Vereine, die sich mit Kommunalwahlen befassen, geladen waren. Wie der „Spandauer Anzeiger“ berichtet, handelte es sich bei den Besprechungen um die Kandidaturen für die III. Abteilung. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht erfolgt. In einer späteren Zusammenkunft soll Beschluß über die bereits gemachten Kandidatenvorschläge gefaßt werden.

Unsere Genossen können sich bei diesen Wahlen wieder darauf gefaßt machen, daß der Reichsverband kein Mittel der Lüge und Verleumdung scheuen wird, um die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Es wird deshalb ihre Aufgabe sein müssen, schon jetzt mit der mündlichen Agitation einzusetzen, um die weitesten Kreise der Wähler der dritten Abteilung von den Verleumdungen der Sozialdemokratie und ihrer Tätigkeit im Stadtverordnetenparlament zu informieren.

Als das Dreiklassenwahlrecht zur Kommune an und für sich schon ein blutiger Hohn auf die große Zahl der arbeitenden Be-

völkerung, so nimmt es sich gar eigenmächtig aus, wenn die Spitze des Reichsverbandes noch die Partei, die für die Beseitigung dieses Unrechtes kämpft, zu verunglimpfen trachtet. Wir sind überzeugt, daß es dem Willen und der Entschlossenheit der Spandauer Genossen gelingen wird, die Reichsverbandesclique auf die arbeitende Bevölkerung einflußlos zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Eine gestrankelte Ordnungsfüge.

Wegen Unterbringung von Anlageländern hatte sich am Sonnabend vor der Strafkammer in Stettin der ehemalige Gemeindevorsteher von Podesch Karl Groß, jetzt in Berlin-Friedenau, zu verantworten. Obwohl Groß, der früher Gendarm war, bereits wegen Betruges verurteilt ist, wurde er in Podesch als Schöffe angestellt und vereidigt. Als er im Mai 1906 den Gemeindevorsteher zu vertreten hatte, ließ er sich für Gemeindevorsteher vom Steuererheber 200 M. geben, die er für sich verbrauchte. Später hat er 381 M. Umsatzsteuerbeträge einlieferte, die er nicht absetzte. Der Angeklagte bestritt jede Schuld und führte die Fälle auf unordentliche Buchführung und Ungehörigkeit des Gemeindevorstehers zurück. Die Beweisführung fiel jedoch sehr ungünstig für den Angeklagten aus, der schließlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, wurde ihm auf zwei Jahre abgesprochen.

Plakat-Pladerei.

Entgegen polizeilichen Verbot hatte Lippert in Schönebuch an Häusern und Zäunen, deren Besitzer ihm die Erlaubnis erteilt hatten, Ankündigungen einer Volksversammlung angebracht. Er wurde deshalb auf Grund von Ordnungsvorschriften in zweiter Instanz (Halle) zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung vom 6. Juni 1903 bestimmt nämlich, daß Druckschriften und Plakate an öffentlichen Orten nur mit der Genehmigung der Polizei angebracht werden dürfen, sowie an den von der Polizei bestimmten Stellen. — In seiner Revision hob Angeklagter hervor, daß es solche von der Polizei bestimmten Stellen, d. h. Anschlagtafeln oder Plakattafeln, in Schönebuch gar nicht gäbe. Somit liefe die Verordnung jeden hinsichtlich des Plakattierens dem diskretionären Ermessen der Polizei unbedingt aus und wäre deshalb ungültig. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Die Polizei sei befugt, das Anschlagwesen zu regeln und örtliche Beschränkungen für öffentliche Anschläge eintreten zu lassen. Schon aus dem § 10 des preussischen Preßgesetzes ergebe sich dies, indem es bestimme, in der durch § 30 Absatz 2 des Reichs-Preßgesetzes erhaltenen Fassung, daß niemand ohne polizeiliche Erlaubnis Bekanntmachungen, Plakate und Aufzuse öffentlich anschlagt, anheften und ausstellen dürfe. Die Verurteilung des Angeklagten sei gerechtfertigt.

Die Ansicht des Kammergerichts über eine Plakat-Pladerei-Allmacht der Polizei findet im Gesetz keine Stütze. Es ist aber gegenüber der herrschenden Rechtspraxis eine reichsgesetzliche Feststellung des Plakatrechts dringend erforderlich.

Vermischtes.

Drei Kinder erstickt. In Neu-Birchstein bei Meissen erstickten drei Kinder der Arbeiterfamilie Hegewald im Alter von einem bis zu vier Jahren infolge eines Dielenbrandes, während die Eltern auf Arbeit waren. Der Brand ist wahrscheinlich durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern verursacht worden.

600 Personen in einen Fluß gestürzt.

Nach einer Meldung aus Waterburg im Staate Connecticut (Amerika) stürzten 600 Personen, die auf einer Tribüne einer öffentlichen Versammlung bewohnten infolge Zusammenstürzens in den unter der Tribüne laufenden Fluß. Soweit bisher bekannt ist, ist eine Person getötet worden, während zahlreiche Personen Verletzungen davontrugen.

Eine Explosion. In den Stahlwerken der Stadt Dutler (Pennsylvanien) verursachte in der vergangenen Nacht ein umfallender, mit geschmolzenem Metall gefüllter Tiegel eine Explosion. Vier Menschen wurden getötet, zwanzig tödlich und zehn schwer verletzt. Es handelt sich meist um Ausländer.

Diebstähle historischer Kunstschätze und Juwelen aus Kirchen und Museen sind in Paris verübt worden. Die gestohlenen Gegenstände haben einen Wert von über 1 Million Frank.

Ein Bischofsgehülfe ermordet. In Saloniki wurde der Gehülfe des Bischofs Johan von Griechen aus der Wohnung gelockt, beraubt und ermordet.

Die hundert reichsten Leute der Welt. Die geradezu schwindelhafte Kapitalkonzentration der Gegenwart wird illustriert durch folgende aus einem bürgerlichen Blatt stammende Notiz: „Von einem amerikanischen Statistiker ist eine Liste der 100 größten Vermögensbesitzer der Welt zusammengestellt worden. Ganz fehlerlos dürfte die Aufstellung schon deshalb nicht sein, weil kein reicher Mann gern andere in seine — guten — Karten hineinschreiben läßt. Dazu wechseln die Wertungen in dem Besitz jener Milliarden dauernd und sind Schwankungen ausgelegt, die auf viele Millionen geschätzt werden dürfen. Trotzdem entbehrt die Liste, an deren Spitze der Petroleummagnat John D. Rockefeller und die südafrikanischen Minenbesitzer Beit und Robinson stehen, nicht des besonderen Interesses, schon durch die ausführlichen Erläuterungen über Art, Schaffung und Alter der Riesengeldanhäufungen. So erfahren wir, daß 51 dieser Vermögen erworben und domiziliert sind in den Vereinigten Staaten und in Südamerika, 12 in England, 6 in Rußland, 6 in Oesterreich und 8 in Deutschland. In die Liste sind nur solche Reichtümer aufgenommen, die mindestens 80 Millionen Mark ihr eigen nennen. Der Gesamtbesitz der hundert Ultra-Reichen beträgt die Summe von fast 30 Milliarden Mark. Die Vermögen der alten Welt sind meist im städtischen Besitz, sind ererbt und bestehen vielfach in Liegenschaften, während es sich in Amerika zuweilen um selbst erworbenen Reichtum handelt und der Vermögensstand flüssiger, ist. Von den 51 amerikanischen Milliarden haben ihr Geld erworben: 14 als Bankiers, je 7 durch Eisenbahnen und Petroleum, 3 durch Eisen und Stahl, 3 durch Zucker, 2 durch Zeitungsgründungen, 2 durch Grundstücksandel, 2 durch Kupfer und je 1 durch Bierbrauen, Tabak und Großschlachtereien. Die einzigen Frauen auf der Liste sind Frau Vera Krupp von Bohlen und Halbach und die beiden Amerikanerinnen Mrs. Getty Green und Mrs. Anna Weighman Walker.“

Von einem „Erwerbe“ solch fabelhafter Kapitalien kann, wie es in der Notiz zum Ausdruck kommt, selbstverständlich nicht die Rede sein. Die Millionenvermögen sind nichts anderes als der Ertrag unbezahlter Arbeit der vielen Millionen Arbeitsbienen. Nicht also auf Erwerb, sondern auf unerhörter brutaler Ausbeutung beruht der riesige Reichtum solcher Kapitalmagnaten.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Sachverständigen-Konferenz Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1000 Bahnhofs-1000 wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Größtenteils 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sachverständigen um 6 Uhr. Jeder Antrags-ist ein Sachverständiger und eine Zahl aus Verzeichnisse beizufügen. Die kritische Konferenz wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sachverständigen vor. — R. 2006. 1. Rein. 2. Ja. Einen anderen Weg als die Angaben durch Ihren Anwalt richtig stellen zu lassen, gibt es nicht. 3. Zum Termin können Sie ohne Vorladung erscheinen. 4. Wo nichts ist, da hat der Kaiser kein Recht verloren. — G. 100. Ihr Mann hat für sich keine Kirchensteuer zu zahlen. Sind Sie aber noch nicht ausgetreten, so muß der auf Sie entfallende Teil bezahlt werden. Das macht etwa 4 M. jährlich. Der Anteil kostet mit Schreibgebühren usw. 3,50 M. Treten Sie in diesem Jahre aus, so haben Sie vom 31. Dezember 1908 keine Kirchensteuer mehr zu zahlen. — W. R. Berlin. Rein. — R. E. Rixdorf. Das Amtsgeschäft, in dessen Bezirk der Ort wohnt, ist zuständig. Die Uhr wird für unzulänglich erachtet. Betrag 330. 1. Ja. 2. Ja. 3. Rixdorf, Rathaus, Berlinerstraße. — W. G. 86. Die technischen Einzelheiten sind und sind nicht bekannt. — M. Z. 43. 1. Sofern Sie selbst Einkommen hat, ja, sonst nicht. 2. Nein. 3. Keine von beiden. — C. Rein. — R. 13. Lassen Sie sich von der künftigen Bibliothek die Bestimmungen geben. Sie können Leser werden, wenn Sie einen Bürger stellen können. — H. D. 80. Neue Friedrichstraße 910. — R. Schönheim 4. Im Jahre 1899. — W. 5. 1. Das uneheliche Kind besitzt keine Kauter genau so wie das eheliche. 2. Wenn kein Testament vorliegt, erst in dem von Ihnen erwähnten Falle, falls die Mutter nicht die Nachlassregelung nach männlichem Erbrecht verlangt, die Tochter drei Viertel, die Mutter ein Viertel. 3. Vor dem Tode der Mutter hat der künftige Erbe kein Recht, Nachlass und dergleichen zu verlangen. Die Mutter kann mit ihrem Vermögen machen, was sie will. Dem künftigen Erben das Pflichtteilrecht zu, das heißt das Recht auf die Hälfte der Erbportion, die ihm zufallen würde, wenn kein Testament vorliegen würde. Die Höhe des Erbteils wird nach dem wirklich vorhandenen Nachlass (Kassa und Posten), nicht nach dem berechneten, was der Erblasser bei Lebzeiten beiseite hat. — R. G. Die Höhe der Rente muß sich aus dem Feststellungsbescheid ergeben. Im diesem Fall scheint eine Rente von 1000 M. in Höhe von je 20 Proz. festgesetzt zu sein. Ist das der Fall, so würde den drei Kindern auch im Fall ihrer Wiedererhaltung dieselbe Rente zusammen zufließen, die jetzt ihnen in Gemeinschaft mit den Kindern zufließt. — Kosemann. Die Hälfte des Vermögens von Preußen beträgt 15^{1/2} Milliarden, genauer 15 719 269 M., als deutscher Kaiser erhält der König von Preußen keinen Entbehrlöhne. — Dff. 88. 1. Wer im Jahre 1905 aus der Landesliste ausgeschieden ist, hat seit dem 1. Januar d. J. Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. 2. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts vom Dezember 1905 ist im Gegensatz zu der früheren Rechtsprechung der Vater berechtigt, den Kindern aus dem für seine minderjährigen Kinder zu erklären. — C. G. Wir können Ihnen nur empfehlen, mit dem Direktor der Handwerkerhalle mündlich Rücksprache zu nehmen. — W. G. 87. 1. 375 M. 2. Der Kennzahl-Nachschlag ist durch die Gewerbeordnungs-Novelle vom 30. Juni 1900 seit dem 1. Oktober 1900 eingeführt. 3. Gegen 20 Millionen. — J. S. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, da die Abrede bei Eingang des Arbeitsverhältnisses als eine Abrede über Ausschluss der Kündigungsfreiheit betrachtet werden kann. — J. 1. und J. O. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Römischen Markthaus-Direktion (Großhandl.) d. d. 7. Okt. 1907. In 100 Pfd., Ha 62-67, Ma 57-60, Weizen 64-67, Ha 50-59, Rogge, feil 50-55, da. mager 40-48, Weizen 54-62, Weizen, feil 54-62, da. ha. 0,00, Roggen, feil 100-115, Weizen, feil 78-88, Ha 60-75, Hafer, gen. 50-64, da. ha. 48-54, da. 0,00, Hafer, feil 78-79, Hafer, feil 70-74, Ha 64-69, ungar. 0,00, Schafe 48-62, Schweinefleisch 57-63, Rindfleisch 1a per Pfd. 0,90-0,95, Ha 0,40-0,60, Rindfleisch 1a per Pfd. 0,28-0,40, da. Ha 0,20-0,25, Dorschling 0,25-0,40, Rindfleisch 0,35, Brühlinge 0,00, Kaninchen p. St. 0,20-0,30, Kalb, groß, p. St. 2,50-3,00, da. mittel und klein, p. St. 1,00-2,00, Widener per St. 0,00, Widener per St. 0,00, Weibhühner, junge große 1,00-1,35, mittel u. kleine 0,80-0,90, alte 0,60-0,80, Fasanen-ehühner 1,00-2,50, Fasanen-ehühner 0,80-1,00, Fasanen 0,50-0,70, Wildschweine 2,50-3,00, da. Ha 1,00-2,00, Krammetsvögel 0,20 bis 0,25, Hühner, alte, per St. 1,40-1,70, Ha 0,60-1,30, da. junge 0,40-1,15, Tauben 0,25-0,55, Enten per St. 1,40-2,75, dito Hamburger per St. 3,00, Gänse per Pfd. 0,50-0,62, da. per St. 2,00-3,50, da. Hamburger per Pfd. 0,68, da. Ober- bauer per Pfd. 0,48-0,62, Bouteils per St. 0,75-1,00, Weibhühner per St. 0,00, Dichte per 100 Pfd. 92-93, da. mittel 0,81, da. groß-mittel 0,00, da. groß 0,00, da. mittel 0,00, Gander 0,00, da. klein 0,00, dito mittel 0,00, Schafe, groß und mittel 0,00, da. klein 0,00, da. unsort. 0,00, da. mittel 0,00, Kalb, groß 0,00, da. klein u. mittel 0,00, da. mittel 0,00, da. unsortiert 0,00, da. groß-mittel 0,00, da. klein 0,00, Widener 0,00, Rindfleisch 60-80er 0,00, 80-100er 0,00, da. 100er 0,00, Bunte Rindfleisch 66-78, Saufe 0,00, da. klein, mittel 0,00, Karawizen 0,00, Weid 0,00, Weid, mittel 0,00, Barde 0,00, Wand 0,00, Quappen 0,00, Raup 0,00, Amerik. Lachs la. neuer, per 100 Pfd. 110-130, da. Ha neuer 90-100, da. Ha 0,00, Seelachs 10-20, Flunder, Kieler, Etage la 2-6, mittel Rite 1-2, Hund Etage 4-6, kalbe Rite 2-3, homm la. Etage 0,00, Ha 2-4, Schillinge, Kieler per St. 2-4, Straß. 1,50-2,00, Born 0,00, Kalb, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe der Etage 5-9, Schellfische Rite 3-4,00, 1/2 Rite 1,75-2,00, Sardellen, 1900er per Anter 98, 1904er 98, 1906er 98, 1906er 90-95, Schottische Bollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full. 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Rollen, per 1/2, 50-120, Carbinen, wulf. Rog 1,50-1,60, Fröhlinge Rog 1,20-1,40, da. Büchse (4 Liter) 1,40-1,70, Reimanger, Schotisch 11, da. kleine 5-6, da. Rite 14, Krebse per Etage 0,00, große 0,60, da. mittelgroße 0,00, da. kleine 2,50, da. unsortiert 0,00, Gattler, groß 0,00, da. unsortiert 0,00, Bier, Land, unsortiert per Etage 3,00-3,50, da. große 4,00-4,40, Butter per 100 Pfd. la 122-124, Ha 112-118, Ma 100-108, abblende 90-95, Saure Gurken, neue, Etage 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberische 2,75-3,50, weiße runde 2,50-3,00, blaue 0,00, Rosen 0,00, mag. bon. 2,75-3,25, Sorree, Etage 0,50-1,00, Weizenfleisch, Etage 5-12, Spinal per 100 Pfd. 7-18, Sellerie, per Etage 2,00-3,00, Rindfleisch per 100 Pfd. 2,50-3,75, da. Perl. 40,00-100,00, Ghalotten 40,00-100,00, Petersilie, grün, Schotisch 1,00-1,25, Rohlraut Etage 0,80-1,25, Rettich, bayr., neuer Etage 0,00-0,10, hiesiger Etage 2,50-3,50, Weiden, 100 Pfd. 2,00 bis 3,50, Karotten, hiesige, Etage 2,00-3,00, Wirtinger per Etage 4,00 bis 12,00, Kohlrabi, Etage 4-10, Weißkohl 2-2,50, Blumenkohl, hiesiger 100 Etage 5-14, da. Hamburger 100 Etage 0,00, da. Brünler 100 Etage 7-17, Rosenkohl per 100 Pfd. 20-30, Grünkohl 4-6, Rohlraut, Etage 3,00-5,00, Petersilienwurzel, per Pfd. 3,00-4,00, Schoten per 100 Pfd. 20-35, Schnittlauch 1,00-1,50, Pfefferkörner per 100 Pfd. 15-22, Steinpilze per 100 Pfd. 25-40, Radieschen per Etage 0,75-1,25, Salat per Etage 1,25-2,50, Gurken, Gimmache, Etage 15-40, da. hiesig. Etage 0,00, da. Liegnitzer Etage 0,00, da. Rotherburger 0,00, Weizen, grüne, 100 Pfd. 12-30, Weizenbrot, per 100 Pfd. 0,00, Tomaten per 100 Pfd. 8-12, Rote Rüben, per 100 Pfd. 2,50-3,00, Rübchen, Weid, per 100 Pfd. 5,00-12, Rübchen 3-7, Weidenbrot per 100 Pfd. 24-30, Schmelzliche 30-32, Birnen, 100 Pfd., Italiener 0,00, Tiroler 10-25, hiesige 0,00, Rohlraut 3-8, Fenchel 10-20, da. Ha 4-10, Weid, hiesige per 100 Pfd. 3-20, ital. in Rübchen zu 12 Etage 0,00, da. in Rübchen la. per 100 Pfd. 0,00, da. Ha in Rübchen per 100 Pfd. 0,00, Apfel, italienische, per 100 Pfd. 11-12, hiesige 0,00, Gravensteiner la. 0,00, da. Ha 0,00, Tiroler la 15-25, Ha 12-20, Weid, hiesige, 3-4, Koch 5-10, Tafel la 15-25, da. Ha 7-12, Weidenbrot per Etage 1,00-2,00, da. klein 0,40-0,50, Pfäussern, pr. 100 Pfd. hiesige 10-16, hiesige 10-16, Weidenbrot, ital., per 100 Pfd. 15-22, franz. 14-20, türk. 15-18, Annas la. der Pfd. 70-100, da. II 0,00, Zitronen, Rießina, 300 Etage 11,00-20,00, da. 300 Etage 10,00-16,00, da. 200 Etage 12,00-16,00, da. 150 Etage 7,00-10,00, Bananen, gold, per 100 Pfd. 14,00-20,00.

Witterungsübersicht vom 7. Oktober 1907.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter
Swinemünde	755 SB	3 bedekt	13	Naparrnda	757 SW	bedekt	8		
Hamburg	752 SD	3 bedekt	11	Petersburg	757 SD	1 Regen	10		
Berlin	756 SD	1 wolkenl	11	Scilly	752 SW	4 bedekt	12		
Kranz a. R.	755 D	3 Regen	10	Aberdeen	746 SW	1 wolkenl	5		
München	759 E	3 halb bb.	7	Garis	758 SW	2 bedekt	11		
Wien	760 SW	bedekt	12						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. Oktober 1907. Etwas kühler, zeitweise better, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 10.	am 5. 10.	Wasserstand	am 6. 10.	am 5. 10.
Remel, Lütke	122	- 4	Gabel, Spandau	90	- 5
Regel, Ansburg	80	- 4	Regel, Spandau	145	- 0
Reichel, Ebn	64	- 0	Spree, Spremberg	-	-
Dder, Rastb	102	- 4	Weslitz, Dresden	164	+ 1
Rosfen	88	+ 3	Weslitz, Rindan	- 92	+ 4
Rastb, Frankfurt	97	+ 3	Weslitz, Rindan	- 28	- 2
Weslitz, Scharm	82	- 1	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Landsberg	28	+ 1	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Borsdam	14	+ 3	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Reitmeritz	- 47	+ 3	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Wary	69	+ 4	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Rappenburg	-	-	Weslitz, Rindan	-	-
Weslitz, Großh	73	- 1	Weslitz, Rindan	-	-

+) bedeutet Hoch, -) bedeutet Tief.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 8. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Salome. Anfang 8 Uhr.
Königliches Schauspielhaus. Viel Lärm um Nichts.
Neues königl. Opernhaus. Der Amerikaner. Anf. 8 Uhr.
Deutsches. Prinz Friedrich von Homburg.
Kammerspiele. Liebel. Anfang 8 Uhr.

Königliches Schauspielhaus. Ruff. Schiller O. (Wagner-Theater.) Götze von Berlichingen.
Schiller-Charlottenburg. Rosmersholm.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der blinde Passagier.
Verliner. Der Pastorsohn.
Verlag. Der Bund der Jugend.
Neues. Die Waise wieder!
Meines. Maria Magdalene.
Original. Undine.
Zentral. Unsere blauen Jungens.
Königliche Oper. Wertheim.
Westen. Die lustige Witwe.
Schauspielhaus. Zusehensbeher.
Reichens. Ganz der Papa.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.

Thalia. Ihr Sechsstück-Duett.
Pulsen. Der Jägerbaron.
Bernhard Rose. Spree-Athener.
Theater an der Spree. Der Aktienbubler.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Schwester Schäfer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Polles Caprice. Geteilte Liebe.
Casino. Die wilde Jagd.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Passage. Danny Gürtler. Spezialitäten.
Wintergarten. Ruth St. Denis. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Prater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Tautenstraße 18/19.
Nachm. 4 Uhr: Dr. P. Schwanitz. Einführung in die Erdkunde.
Abends 8 Uhr: Dr. P. Donath: Optik.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
6 Uhr: Dr. P. Donath: Optik.
4 Uhr: Dr. P. Schwanitz: Einführung in die Erdkunde.
(Stiftungslands der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879).
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelstrecke.

Lortzing-Theater.
Abends 8 Uhr:
Undine.
Mittwoch: Jar und Zimmermann.
Donnerstag: Lustige Weiber.
Freitag: Der Wollschneider.
Sonnabend: Martha.

Bernhard Rose Theater.
Dr. Frankfurterstr. 132.
Spree-Athener von Schwanitz.
Anfang 8 Uhr.
Wochentagspreise.
Mittwoch Gastspielabend des Opern-Ensembles, Direktor Below: Der Troubadour.

Metropol-Theater.
Das muß man seh'n!!
Gr. Rova in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher a. D. F. Massary B. Darmand a. D. E. Whithney a. D. Bender. Giampietro. Josephi.
Anfang präzise 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 13. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren v. Maxim.

Apollo Theater.
Abends 8 Uhr:
Die neuen Spezialitäten:
Um 9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlins:
Sylvester Schäfer jr. der weltberühmte Universalkünstler.

Wintergarten.
Ruth St. Denis.
Henriette de Ferris, lebende Bilder.
Lindsay, Peitschenmanipulator.
Werner Alberti, kgl. Kammerorganist.
Grays Affendressur.
Der Biograph.
Ariette Dorgères, Sängerin.
De Bière, Zauberkünstler.
Empire comedy four, amerikanisches Gesangsquartett.
Loris Loyal, Reitakt.
Die vier Gordons, Akrobaten.

Theater an der Spree.
Köpenickerstraße 68.
Abends 8 Uhr. Zum 38. Male:
Der Aktienbubler.
Mit Berliner Gelangspöffe. Original- Dekorationen und Kostümen der 50er Jahre mit Josephine Dora.
Täglich: Der Aktienbubler.

Fröbel's Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148/149.
Heute
Dienstag, den 8. Oktober 1907:
Marziß oder:
Das Ende der Pompadour.
Trauerspiel in 5 Akten von H. E. Brachvogel.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Gebr. Herrnsfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
Die erfolgreichsten
Sach-Komödien
:: seit 17 Jahren ::
Madame Wig-Wag
Operetten-Parodie, Musik von Z. Stal.
Es lebe das Nachtleben!
Separat-Vorstellung in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahnschiff geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
6 Uhr: Dr. P. Donath: Optik.
4 Uhr: Dr. P. Schwanitz: Einführung in die Erdkunde.
(Stiftungslands der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879).
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelstrecke.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Schiller-Saal — Schiller-Theater Charlottenburg
Charlottenburg, Am Stille, Einaang Bismarckstr. 120.
Mittwoch abends 8 Uhr: Vortrag Dr. Max Osborn: Max Liebermann mit Lichtbildern.
Preis für jeden Rufus 4,50 M., für den einzelnen Vortrag 60 Pf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Sonnabend, den 26. Oktober 1907,
im großen Saale der Neuen Welt, Hasenheide:
Herbst-Fest
unter Mitwirkung des
„Berliner Sinfonie-Orchesters“
42 Künstler, Kapellmeister Maximilian Fischer.
Millöcker-Abend.
Mitwirkende: Fr. Jenny Loeber, Operetten-Soubrette, Fr. Margarete Joseph, Konzertsängerin, Hr. Ernst Grenzbach, Konzertsänger, und Herr Amadeus Wandelt, Pianist.

Nach dem Konzert: **Ball** bei doppeltem Orchester.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Billett 30 Pf.
Kindern unter 10 Jahren kein Eintritt. X Die Saaltüren werden während des Konzerts geschlossen. X Getränke werden nur in den Pausen verabfolgt. X Programm gratis. X X X X Rauchen nicht gestattet. X X X X
Billette sind für unsere Mitglieder und deren Angehörige in allen Zahlstellen und in der Parteispedition, Neckarstraße 2, zu haben.

Sonntag, den 20. Oktober,
nachmittags präzise 2 3/4 Uhr,
in Gröplers Festhölle, Bergstraße:
Die Kreuzelschreiber.
Bauernkomödie in drei Akten von Ludwig Anzengruber.
In Szene gesetzt von Julius Türk.
235/20
Der Vorstand.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 8. d. Okt.,
abends präzise 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
Mit beispiellosem Erfolge.
Wahre Kaufsalben ertönen allabendlich bei dem durch einen richtigen Gewitterregen unterbrochenen Feuerspiel.
Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomimen:
Die lustigen Heidelberger.
Ein Fest
Auf dem Neckar.
Humorist. Bilder aus dem modernen Studentenleben von Hofballmeister H. Siems.
Vorher: Das anerkannte Sensations-Programm.

Theater des Zentrums.
Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um fünf
v. Strein u. Wipplich, Musik v. G. Linde.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg.
Frankfurter Chaussee 5.
Dienstag, den 8. Oktober:
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Gastspiel des Berliner Schauspiel-Ensembles (Leitung Felix Mensow):
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten von Meyer-Hörster.
Billett-Vorverkauf im „Schwarzen Adler“.

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Dienstag, den 8. Oktober 1907,
präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Herrn Willy Manns Wunder- elefantent. Mons. E. Carol. Fakierkunst.
Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig.
Diesj. gr. Ausstattung-Pantom. des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Im 2., 3. und 4. Bilde:
Sturm — Schiffsuntersang.
Die Wunder der Tiefsee sowie das große Programm.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.
Volkeingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Das vollst. neue Oktober-Programm.
Nur Attraktionen 1. Ranges.
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Max Corter.

Charlottenburg.
Freie Volksbühne.
Im Schiller-Theater Charlottenburg:
Theatervorstellung.
I. Abteilung: Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 Uhr.
II. Abteilung: Freitag, den 11. d. M., abends 8 Uhr. 297/14
Zur Aufführung gelangt:
„Das vierte Gebot“.
Vollständ. von L. Anzengruber.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 9. Oktober 1907:
Fladsmann als Erzieher.
Ein Komödie in 3 Akten v. D. Ernst.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Walhalla.
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16
Springer
Edi Blum,
der beliebteste Komiker.
Anfang 8 Uhr.
Doppelkonzert f. Theaterbes. frei.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante
Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Damen-Dressur,
Die 5 Rammeurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reinfall
Gosse.

Passage-Theater.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße:
Geteilte Liebe
Antiduellanten — hinter Zeit.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Gastspiel der Berliner
Volksbühne.
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie.
Vollständliche Preise.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sängers
u. **Tanzkränzchen.**
Sonn. Beg. 5, wochent. 8 U.

Prater-Theater
Antonien-Allee 7-9.
Im Abonnement:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Bühne und Welt.

Der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Kommunalwähler-Versammlungen

Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für den **32. Wahlbezirk**
bei Henkel, Invalidenstraße 1a.

Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für den **36. Wahlbezirk**
im Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünderstraße 52.

Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für den **44. Wahlbezirk**
in der Moabiter Brauerei, Turmstraße 25/26.

Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für den **45. Wahlbezirk**
im Artus-Hof, Perlebergerstraße 26.

Donnerstag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, für den **48. Wahlbezirk**
im Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58.

Tages-Ordnung für alle fünf Versammlungen:

Die bevorstehenden Wahlen zum „Roten Hause“.

Referenten sind die Genossen: Dupont, Theodor Glocke, Karl Leid, Dr. Weyl, Emanuel Wurm.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

Tages-Ordnung:

1/15
Berichterstattung vom Parteitage in Essen. — Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. — Wahl der Delegierten zum Preukentag.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Vertrauensperson.**

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wülke. Amt IIIa, 4835.

Achtung!

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.
Rapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Keller (jetzt Freyer),
Koppenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung, 2. Bericht vom Gautag.
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. 201/2

Achtung!

Bauhandwerker.

Achtung!

Die Töpfer Berlins sind am Donnerstag, den 3. Oktober, in den Generalstreik getreten.
Jeder beim Arbeiten angetroffene Töpfer ist als Streikbrecher zu betrachten.
Die Streikleitung: Zentralstreikbüro Gewerkschaftshaus, Amt IV, 9997.

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

145/17

Aktiva.		Bilanz-Konto 1906/07.		Passiva.	
An Baren-Konto	58 105,42	Der Geschäftsanteil-Konto	66 762,37		
Rassa-Konto	14 216,09	Reservefonds-Konto	10 222,74		
Bank-Konto	24 154,84	Sparfonds-Konto	97 002,41		
Bankdepot-Konto	2 300,—	Lieferanten-Konto	22 713,94		
Städtische Sparkasten-Konto	1 013,07	Kautions-Konto	5 742,79		
Insentur-Konto	23 463,90	Dispositions-Konto	254,97		
Debitoren-Konto	1 080,88	Dividenden-Konto	167,03		
Stammanteil-Konto (G. u. G.)	5 562,55	Reingeholm	27 349,09		
Rastagen-Konto	971,69				
Wasserkalk-Konto	570,—				
Darlehens-Konto	98 297,40				
Spez. und Bauvereins-Konto	500,—				
Stammanteil-Konto „Hoffnung“	500,—				
Summa	230 235,34	Summa	230 235,34		

Mitgliederbewegung.

Bestand am 30. Juni 1906 4 631
Neu eingetreten 1 625 **6 256 Mitglieder**

Ausgeschieden durch Übertragung 1
„ „ Tod 13
„ „ freiwillig 452 **466**

Bestand am 30. Juni 1907 5 790 Mitglieder

Die Kasssumme betrug am 30. Juni 1906 138 930,— Btl.
Dieselbe erhöht sich um 34.770,—

Währen beträgt die Kasssumme am 30. Juni 1907 173 700,— Btl.

Die eingeschulden Geschäftsanteile betragen am 30. Juni 1906 68 351,40 Btl.
Im Laufe des Jahres wurden eingezahlt 8 870,45

Ausgezahlt wurden 77 021,85 Btl.
10 259,48 Btl.
Höhe der Geschäftsanteile am 30. Juni 1907 66 762,37 Btl.

Unsere Verkaufsstellen befinden sich:

- Swinemünderstr. 44.
- Greifenhagenerstr. 84.
- Prinzen-Allee 85.
- Willdenowstr. 30.
- Gartenstr. 3.
- Wicelstr. 31.
- Ebelingstr. 13.
- Arndtstr. 5.
- Gräferstr. 40.
- Maxstr. 13a.
- Winsstr. 64.
- Tempelhofer, Berlinerstr. 41/42
- Schöneberg, Apostel Paulusstr. 27.
- Gothenstr. 1.
- Weißensee, Friedrichstr. 12.
- Rixdorf, Weisestr. 65/66.

Der Vorstand: Max Menzel, F. Tutzauc.

Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber.

Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Meyer,
Oranienstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Lobitz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Wißt eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.
Die Verbandsleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 8. Oktober 1907, abends 5 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

aller in den Berliner Etuisfabriken beschäftigten

Arbeiter und Arbeiterinnen

in Louis Melers „Festsälen“, Seebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Die Zugeständnisse der Etuisfabrikanten vor dem Einigungsamt. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Branchenleitung und Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder!

Donnerstag, den 10. Oktober, abends präzis 8 Uhr:

Versammlung der Rahmenvergolder
im Lokale Merkowski, Andrastr. 26. 95/14

Tages-Ordnung:

1. Unsere Statistik und Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.
2. Beschließendes.
Wißt eines jeden Kollegen dieser Branche ist es, pünktlich zu erscheinen.
Der Branchenleiter.

NB. Die diesjährige Matinee findet am

Sonntag, den 13. Oktober, mittags 12 Uhr, in der Alhambra
statt. Anführende: Hoffmanns Nordd. Sänger. Direktion: F. Faanther.
Billets a 30 Pf. bei den Vertrauensleuten sowie im Bureau Gewerkschaftshaus, eine Treppe, Zimmer 10, erhältlich.
D. C.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlaag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Dingon fuf

Unschädlich Chlorfrei

Wäsche ohne Arbeit

Ideales Waschmittel

Patentumgehende, unvollkommene Nachahmungen zerfetzen die Wäsche.

Generaldepositäre: **Wermann & Co.,**
Charlottenburg, Giesebrechtstr. 17.
Fernsprecher: Amt Charlottenburg 10 230.

Dingon fuf

Möbel

aubergewöhnlich billig,
auch auf Teilzahlung.

Moabit, Otto-Straße 2
(nahe Turm-Str.)
J. Kirstein.

Orts-Krankenkasse

für das

Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Wahl der Vertreter zur General-Versammlung.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die General-Versammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1907/1908 sind zu wählen:
von den Kassenmitgliedern 218 Vertreter
von den Arbeitgebern 105

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am **Sonntag, den 20. Oktober cr., vorm. präz. 10 1/2—11 1/2 Uhr,** im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, statt. (Um 11 1/2 Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bez. die Quittungskarte und werden die Herren Druckereikassierer gebeten, solbige den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhändigen.

Ohne Quittungsbuch bez. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am **Mittwoch, den 16. Oktober cr., abends 8 Uhr,** im **Papierhause (Buchgewerbe-Saal), Dessauerstraße 2,** und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.
Berlin, den 21. September 1902. 276/14

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
1. Blenz, Vorsitzender. Otto Wenzel, Schriftführer.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 127/L*

Amt 4, 3014.

Saal, 500 Personen (sitzend, neu renov., Bühne mit 28 Hermandl., noch mehrere Sonnabende in diesem und nächsten Jahre frei,
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188, Hofenthalet Tor.